Islam: Funktionäre schließen die Reihen S.5

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 17 – 26. April 2014
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Wie bereits in Libyen greifen nun auch in der Ukraine Milizen nach der Macht: Checkpoint nahe Donezk Bild: action press

Schlachtfeld fremder Interessen

Die Ukraine wird von mächtigen Akteuren missbraucht – Berlin bleibt blass

Drei deutsche Ex-Kanzler warnen davor, mit Russland zu brechen, doch Angela Merkel ignoriert ihre Vorgänger.

Der Krieg der Lügen und der Propaganda um die Ukraine spitzt sich weiter zu. Verblüffend ist die Dreistigkeit, mit welcher die streitenden Parteien vorgehen. Sie folgen offenkundig der Devise: Egal, wie durchschaubar eine Lüge auch sein mag – wenn du sie oft und laut genug wiederholst, wird sie irgendwann schon wirken, ja vielleicht sogar für die Wahrheit gehalten.

Wer sich dem Treiben widersetzt, muss mit Folgen rechnen: In Deutschland tobt die Jagd auf die „Putin-Versteher“. US-freundliche Medien knöpfen sich einzelne Personen vor, die vor einem Anheizen der Konfrontation mit Moskau warnen, und beschuldigen sie, finsteren Motiven zu folgen, korrupt zu sein oder einer irrationalen Russland-Begeisterung zu erliegen.

Bizarrerweise gerieten so sämtliche Bundeskanzler zwischen dem toten Willy Brandt und der Amtsinhaberin Angela Merkel auf die schwarze Liste: Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder warnen einhellig vor den Folgen einer Beschädigung des deutsch-russischen Verhältnisses. In der Tat mag ein Zerwürfnis zwischen Berlin und Moskau zwar US-Interessen entgegenkommen. Für Deutschland brächte es großen Schaden, geopolitisch wie wirtschaftlich.

Umso überraschender ist, dass Kanzlerin Merkel den dringenden Rat aller ihrer noch lebenden Vorgänger komplett in den Wind schlägt. Allein ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier unternimmt noch zaghafte Versuche, die Lage zu entschärfen. Doch ohne Rückendeckung der Regierungschefin vermag er wenig auszurichten. Und Angela Merkel sitzt fest im Lager der Scharfmacher.

> Ist Chaos in der Region das eigentliche Ziel?

Undurchschaubar erscheint zurzeit, welches Endziel der Kreml und das Weiße Haus eigentlich anstreben. Für beide Seiten dürfte klar sein, dass es ihnen jeweils unmöglich ist, die gesamte Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen.

Für die USA bedeutet es aber einen Fortschritt, dass ein neuer Brandherd in Europa entsteht, der ihre Rolle als Schutz- und Ordnungsmacht neu belebt. Dafür bedarf es schließlich des Gefühls von Bedrohung und Unordnung, welches mittels der Ukraine-Krise viele Europäer erneut erfasst hat.

Russland wiederum wollte ein starkes Stopp-Signal gegen eine weitere Ostausdehnung westlicher Bündnisstrukturen aussenden. Auch dies könnte gelingen.

Auf der Strecke bleibt das ukrainische Volk, missbraucht als Schlachtfeld fremder Interessen und regiert von einer zweifelhaften Riege aus De-facto-Putschisten, die sich in der Vergangenheit vor allem auf die Verfechtung sehr persönlicher, materieller Interessen verstand. Dass Berlin hier wenig machen kann, ist tragisch. Dass die Kanzlerin daran auch kein großes Interesse zeigt, ist beschämend und verfehlt die deutsche Rolle in Europa. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Warnschuss

Die Verurteilung des ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzministers Ingolf Deubel (SPD) zu einer Haftstrafe von drei Jahren und sechs Monaten ist ein hartes Urteil, allerdings eines von vorbildlicher Härte. Nicht, weil er sich persönlich bereichert hätte, sondern weil er sich in 14 Fällen der besonders schweren Untreue zu Lasten der Allgemeinheit schuldig gemacht hat. Dieses Urteil ist nicht nur ein Novum, es ist ein bundesweit vernommener Warnschuss an die Politik, dass es bei grobem Fehlverhalten wie dem Verschleudern von Staatsvermögen nicht mehr allein mit politischen Konsequenzen getan ist, sondern dass auch strafrechtliche Folgen drohen. Mitleid mit Deubel ist fehl am Platze, denn als promovierter Ökonom muss er genau gewusst haben, auf welch riskantes Spiel mit Steuermillionen er sich beim Projekt Nürburgring einlässt.

Ein neu in das Strafgesetzbuch aufgenommener Tatbestand „Steuerverschwendung“ dürfte nicht nur den Bürgern gefallen, sondern auch dem Steuerzahlerbund und den Rechnungshöfen, deren regelmäßige Berichte über die Verschwendung öffentlicher Mittel in Milliardenhöhe für die Verursacher stets juristisch ohne Folgen bleiben. Doch wer nun danach ruft, Politiker und Beamte in verantwortlichen Positionen grundsätzlich für Fehler in Haftung zu nehmen, schießt über das Ziel hinaus. Strafrechtliche Sanktionen sollten nur bei Vorsatz oder in besonders schweren Fällen angewandt werden. Andernfalls würde es bald keine Minister, Bürgermeister oder Dezernenten mehr geben. Denn das Risiko, immer mit einem Bein im Gefängnis zu stehen, dürfte kaum jemand für ein öffentliches Amt eingehen.

Rote Karte für Schulz

EU-Fraktionen fordern Rücktritt des Parlamentspräsidenten

Mit Ausnahme der Sozialisten fordern alle Fraktionen den Rücktritt des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD). In der Debatte über die Entlastung des Parlamentshaushaltes am Mittwoch vergangener Woche warfen sie ihm vor, sein ihn zu parteipolitischer Neutralität verpflichtendes Amt und seine Funktion als sozialdemokratischer Spitzenkandidat für die EU-Wahlen nicht voneinander zu trennen. Die CDU-Europaabgeordnete Ingeborg Gräßle spricht von einer Roten Karte und einem Platzverweis für Schulz. Außerdem beschuldigt sie ihn der Zensur, weil er eigenmächtig eine für ihn kritische Passage aus dem Bericht zu der Debatte entfernt habe. Sie verlangt eine klare Trennung der Funktionen, damit der Steuerzahler „nicht für den Wahlkampf europäischer Spitzenkandidaten zu bezahlen hat“.

> »Keine Trennung von Amt und Wahlkampf«

Schulz wird unter anderem dafür kritisiert, dass er offizielle Auftritte als Parlamentspräsident mit anschließenden Wahlkampfauftritten kombiniere. Für erhebliche Verärgerung sorgt auch, dass er seinen Präsidenten-Account beim Kurznachrichtendienst Twitter einfach in einen Wahlkampf-Account umgewandelt hat. Auf diese Weise „folgen“ dem Spitzenkandidaten Schulz nun automatisch 90 000 Nutzer, während dem Präsidenten Schulz auf seinem neu eingerichteten Präsidenten-Profil gerade einmal 4000 Nutzer „folgen“. Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament, moniert, das sei so, „wie wenn die Abonnenten von ‚Das Parlament‘ auf einmal den ‚Vorwärts‘ bekommen“.

Schulz' Parteifreunde weisen die Kritik als „plumpe Angriffe“ auf ihren Spitzenkandidaten zurück. Sein Wahlkampfleiter erklärte, dass Schulz seinen Pflichten als Parlamentspräsident nachkomme und beide Rollen auch finanziell voneinander zu trennen wisse. *J.H.*

Tricksen auf dünnem Eis

US-Staatsanleihen von mysteriösen Käufern vor Absturz bewahrt

Wer ist ‚Belgien‘?“ Diese Frage stellte die österreichische Tageszeitung „Die Presse“. Doch es gibt noch mehr, die an einer Antwort auf die Frage interessiert sind. Vor allem Internetpublikationen wie „Wallstreet-online“ befassen sich mit der Frage und meinen damit jedoch keineswegs das kleine Land, in dem die EU ihren Sitz hat.

In diesem Fall geht es um den Inhalt einer Statistik des US-Finanzministeriums, in der „Belgien“ in den letzten Monaten eine immer bedeutendere und vor allem mysteriösere Rolle spielt. Denn im Januar hielt „Belgien“ US-Staatsanleihen im Wert von 310 Milliarden US-Dollar. Allein im letzten Dezember und Januar wurde der Bestand um 47 beziehungsweise 53 Milliarden aufgestockt. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, an dem sich Länder wie Russland, die Türkei und

> Medien fragen: Wer ist »Belgien«?

Thailand von ihren Beständen trennten und China nur noch wenig Interesse an Zukäufen zeigte. Selbst Investoren wie die Allianz-Tochter Pimco verkauften US-Staatsanleihen, so dass im Januar insgesamt 100 Milliarden US-Dollar abgestoßen wurden ... und zum Großteil von „Belgien“ aufgekauft wurden.

Doch die US-Statistik, die die Daten immer mit dreimonatiger Verzögerung veröffentlicht, so dass keine aktuelleren Daten als Januar vorliegen, besagt nur, dass der Kauf mit jemandem in Belgien abgewickelt wurde. Da das Land Belgien auch nur ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 370 Milliarden Euro hat, kommt es als Käufer auch gar nicht infrage. Kaufen ausländische Investoren über belgische Banken US-Staatsanleihen? Und wenn, warum verdeckt plötzlich alle über Belgien zu einem Zeitpunkt, an dem andere verkaufen? Skeptiker befürchten, die USA lancieren auf diesem Wege Stützungskäufe. Stimmte dies, drohte eine globale Währungskrise (siehe Seite 8). *Bel*

MELDUNGEN

Waffen für Uno verschwunden

Abidjan – Auf dem Weg von China nach Mali sind rund 21 Tonnen Waffen und Munition verschwunden, die für chinesische UN-Soldaten bestimmt waren. UN-Kontrolleure haben festgestellt, dass die chinesische Regierung tatsächlich 24 Tonnen auf den Weg nach Mali gebracht, allerdings nur rund drei Tonnen Kriegsgerät deklariert hat, die dann auch am Ziel eintrafen. Das fehlende Material ist nach UN-Angaben irgendwo auf dem Transportweg über die Elfenbeinküste „verloren gegangen“. Brisant daran ist, dass es seit 2005 ein Waffenembargo gegen den westafrikanischen Staat gibt. Das chinesische Außenministerium erwiderte auf die Kritik der Uno, es fehle nichts und bei den 21 Tonnen handele es sich um „Güter des täglichen Bedarfs“ für die chinesischen Teilnehmer an der MINUSMA-Mission. *J.H.*

Pulitzerpreis für NSA-Enthüllung

New York – Der Pulitzer-Preis 2014 in der Kategorie „Public Service“ (Dienst an der Öffentlichkeit) geht an die US-Tageszeitung „The Washington Post“ und die US-Ausgabe der britischen Tageszeitung „The Guardian“. Zur Begründung heißt es, ihre Journalisten, darunter die bislang weitgehend unbekannten Glenn Greenwald, Laura Pitras und Barton Gellman, hätten durch ihre hartnäckige Berichterstattung einen herausragenden und verdienstvollen Beitrag dazu geleistet, die Öffentlichkeit über die weit verbreiteten Ausspähaktion des US-Geheimdienstes NSA aufzuklären und eine öffentliche Debatte darüber in Gang zu bringen. Die weltweit begehrteste Auszeichnung für Medienschaffende wird jährlich von einer aus Publizisten und Verlegern bestehenden Jury der renommierten Columbia Universität verliehen. Die diesjährige Verleihung wird als Signal dafür gewertet, dass auch die US-amerikanische Zivilgesellschaft nicht mehr bereit ist, eine unkontrollierte Überwachung der Bürger durch den Staat hinzunehmen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr: Arm gerechnet

Im Gegensatz zum Durchschnittsbürger können sich Reiche und Unternehmen für die Steuer arm rechnen. Dies hat auch die staatliche Förderbank Kfw gemacht. Nachdem sie 2012 einen Gewinn in Höhe von 2,41 Milliarden Euro gemacht hatte, stand Finanzminister Wolfgang Schäuble sofort parat, um hiervon zu profitieren. Diesen Fehler machte die KfW 2013 nicht noch einmal und so halbierte sich der Gewinn auf 1,27 Milliarden Euro. Zwar sank wegen der niedrigen Zinsen auch regulär der Zinsüberschuss, doch über laut Experten grenzwertig hohe Abschreibungen vor allem im Schiffbereich wurde der Gewinn stark gedrückt. Des Weiteren kaufte sich die KfW von regelmäßgenen Zahlungen für den Klimaschutz frei, indem sie einmalig 264 Millionen Euro nach Berlin überwies. *Bel*

2.047.952.386.809 €

Vorwoche: 2.047.651.477.322 €
Verschuldung pro Kopf: 25.346 €
Vorwoche: 25.342 €

(Dienstag, 22. April 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Volk ohne Land

Roma beharren auf traditionellen Lebensmodellen – Westeuropa übernimmt jahrzehntealte Probleme Osteuropas

Im der kommunistischen Ära offiziell assimiliert, verloren viele Roma in Osteuropa nicht erst seit der Finanzkrise ihre wirtschaftliche Grundlage, denn deren traditionelle Berufe wie Kesselflicker oder Tanzbärenführer sind im modernen Europa nicht gefragt. Ihre große Mehrheit lebt in tiefster Armut und hat ein immenses, historisch aufgehäuftes Modernisierungsdefizit. Nicht wenige werden in die Kriminalität gedrängt oder machen sich in das wirtschaftlich verheißungsvollere Westeuropa auf. *PAZ*-Autor Thilo Gehrke hat sich in ihren Herkunftsländern umgesehen.





Leben auf der Müllkippe: Varna in Bulgarien, auch wenn es aussieht wie Dritte Welt Bilder (2): T. Gehrke

Dorthin, wo die Gassen immer enger werden und die Hautfarbe der Menschen immer dunkler, verirrt sich selten ein Tourist. Nicht weit entfernt vom neuen futuristischen Einkaufszentrum am Busbahnhof von Varna, einer bulgarischen Großstadt am Schwarzen Meer, liegt ein Stadtteil, der in keinem Stadtplan verzeichnet ist. In engen Verschlägen ohne sanitäre Anlagen hausen Romafamilien – sie selbst nennen sich „Zigeuner“ – am Berghang inmitten schwelender Müllberge.

Vor einer Baracke hat die mobile Ambulanz heute Sprechstunde, um eine Gesundheitsversorgung für die Ärmsten der Stadt zu ermöglichen. Neben einer langen Warteschlange aus elenden Gestalten wird ein Schaf ausgeweidet. Ein Mann mit verlebtem Gesicht greift meinen Arm und will mein Geld sehen. Schnapsgeruch entströmt seinem zahnlosen Mund. Schnellen Schrittes, meine Wertsachen fest im Griff, entferne ich mich. Lange bleibe ich jedoch nicht unbemerkt. Dennoch gelingt es mir, versteckt einige Aufnahmen von diesem Ort zu machen. Es ist ein Ort der Hoffnungslosigkeit inmitten einer scheinbar modernen Stadt, der nicht mitten in Europa, sondern in der Dritten Welt zu sein scheint. Die stumpfen Blicke und die gebeugte Körperhaltung der Elenden in der Warteschlange vor dem Ambulanzmobil zeugen von Selbstaufgabe und Depression. Der gespielte Pioniergeist westlicher Gutmenschen, das Elend der Roma an der Wurzel zu bekämpfen und immer wieder neue EU-Millionen ohne Kontrolle in korrupte osteuropäische Länder zu schicken, wirkt angesichts des wenig motivierenden Umfelds wie Hohn.

Laut johlend folgt mir bereits eine Handvoll schmutziger Kinder mit filzigem Haar und bettelt um Geld. Einige von ihnen versuchen, mich zu berühren, als wäre ich eine Erscheinung aus einer für sie unerreichbaren Welt. Mit flinken Bewegungen zieht ein Junge einen Prospekt aus meiner Gesäßtasche und lässt ihn zu Boden fallen, sobald er die Wertigkeit des Objekts erkannt hat. Nachdem ich schon vor einiger Zeit in Genua Erfahrungen mit geschickten Kinderhänden machen durfte, trage ich meine Börse stets am Körper. Damals sagte der ermittelnde Polizist wenig mitfühlend zu mir: „Klauen ist das, was die Zigeunerkinder am besten können, denn sie kennen nichts anderes. Wir vertreiben sie regelmäßig, aber sie wissen nicht wohin und kommen zurück. Sie sind wie Hunde.“

Im Eilmarsch erreiche ich eine Brücke. Sie führt über eine Schlucht. Es sind zwei künstliche Berge aus Müll, die sich aufeinander zu bewegen. Auf Höhe der Mitte der Brücke machen die Bettelkinder plötzlich kehrt. Es scheint, als sei hier eine unsichtbare Mauer, die sie am Verlassen ihres Ghettos hindert. Vielleicht sind es aber auch nur die rasch heranziehenden dunklen Wolken. Ein kräftiger Regenguss entlädt sich. Ich suche Schutz unter dem Brückenbogen und bin auch hier nicht allein. Ein Teenager hat es sich auf einem Karton bequem gemacht, neben ihm liegt eine Tube Klebstoff. Er inhaliert ein Gasgemisch aus einer Plastiktüte und scheint mich in seinem Rausch nicht zu bemerken. Speichel entweicht seinem Mundwinkel. Der Rinnsal, der die beiden Müllberge der Schlucht trennt und die Kanalisation der Siedlung zu sein scheint, ist durch den Regen nun in einen reißenden Fluss verwandelt worden. Das reinigende Gewitter spült den angesammelten Müll ins Schwarze Meer und meine Illusionen vom lustigen und leichten Zigeunerleben, versinnbildlicht mit dem kitschigen Konterfei der schönen und verschlagenen weinenden Zigeunerin, im Goldrahmen hängend über dem heimischen Kamin, ernüchtert fort.

> »Klauen ist das, was Zigeunerkinder am besten können«

Die extrem prekären Lebensbedingungen – Analphabetismus, fehlende Gesundheitsversorgung, Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von geringfügigen staatlichen Hilfen – oder ein Abgleiten in Prostitution und Kleinkriminalität sind in vielen Roma-Gruppen in Osteuropa seit mehreren Generationen das gültige Existenzmodell.

Sie stehen am untersten Rand der Gesellschaft, sie haben keine Lobby und sind politisch schlecht organisiert. Der Rassismus gegen sie ist ein gesellschaftlicher Konsens, der von einem Großteil der herrschenden Eliten länderübergreifend legitimiert wird. Manche Beobachter sprechen bereits von einem Scheitern der Zivilgesellschaft in Osteuropa. Tatsächlich scheinen viele Länder der Region nur auf dem Papier wirklich gut in das moderne politische Europa integriert zu sein. Im bulgarischen Varna erinnert auch hier auf den ersten Blick nichts an die soziale Schieflage, die sich angesichts der wirtschaftlichen Krise, an der auch Rumäniens Nachbarland Bulgarien trotz des boomenden Tourismus am nahen Gold und Sonnenstrand leidet, abzeichnet.

In Westeuropa häufig unbeachtet, ist der Diskurs osteuropäischer Eliten geprägt von Rassismus und Nationalismus, Gewalt gegen Minderheiten und oft durch das eigene Verhalten der Roma somit indirekt legitimiert. Es ist ein Krieg gegen die Roma. Es gibt Aufmärsche gegen sie, selbsternannte Ordnungshüter schikanieren und bedrohen sie; um die Viertel, in denen sie wohnen, werden Mauern errichtet. Selbst in Frankreich wurden illegal im Land lebende Roma von der Regierung Sarkozy als Gefahr für die innere Sicherheit und zum Feindbild erklärt. Im Sommer 2012 räumte die Polizei rigoros die Roma-Lager und Massenabschiebungen fanden statt.

> Überall Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung

Doch das Geflecht der Ursachen für die ausufernde Gewalt gegen Roma in Osteuropa ist komplexer. Gemein ist den eigentlich sehr unterschiedlichen Roma-Gemeinschaften vor allem eines: Ihre große Mehrheit lebt in tiefster Armut und hat ein immenses, historisch aufgehäuftes Modernisierungsdefizit. Unter den kommunistischen Diktaturen wurde dieses Defizit durch den formalen Schul- und Arbeitszwang kaschiert, aber nicht beseitigt. Nicht selten wurden in gut gemeinter Absicht Siedlungen errichtet, um Roma sesshaft zu machen. Da dies jedoch ein Bruch ihrer Tradition und ihres Selbstverständnisses als fahrendes Volk ist, hausten oftmals nur deren Nutztiere in den Neubauten. Zudem werden typische Roma-Berufe wie Kupferschmied, Tanzbärenführer oder Kesselflicker in der heutigen modernen Industriegesellschaft nicht mehr benötigt. Nach 1989 überließen die postkommunistischen Regierungen die Roma-Gruppen sich selbst.

Es gibt in keinem einzigen osteuropäischen Land und auch auf EU-Ebene keine umfassende Strategie, um den betroffenen Roma aus dieser Situation herauszuhelfen. Zwar stellen einzelne Länder und die EU immer wieder Millionenbeträge als Roma-Hilfe zur Verfügung, doch das Geld versikkert häufig in Behörden, für Studien oder Konferenzen und bei Roma-Organisationen selbst. Letzteres konstatiert beispielsweise der rumänische Soziologe Nicolae Gheorghe, lange Jahre Roma-Beauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE): Die winzigen Roma-Eliten in Osteuropa hätten es nicht geschafft, der Mehrheit der Roma auch nur punktuell aus ihrem Elend zu helfen. Stattdessen gebe es inzwischen überall in Osteuropa eine kleine, verbürokratisierte Roma-Elite, die Fördergelder konsumiere.

Die Perspektivlosigkeit der Roma in Osteuropa hat dazu geführt, dass viele von ihnen in den Westen wandern, vor allem aus Rumänien und Bulgarien. Nach Italien, Spanien, Frankreich und England sind neuerdings wieder deutsche Großstädte Ziele der Roma. Eine Bleibe in einer deutschen Asylbewerberunterkunft mit einer garantierten gesundheitlichen Mindestversorgung ist im mit Romaverfolgung historisch vorbelasteten Deutschland immer noch lukrativer als die ungewisse Zukunft in der Heimat. In westeuropäischen Ländern arbeiten sie für ein paar Euro pro Stunde in Putzdiensten, auf dem Bau oder als Buntmetallsammler, oder sie betteln, nicht wenige stehlen. Je nach Gesetzeslage erhalten sie Sozialhilfe oder Kindergeld. Für viele ist das mehr, als sie in ihren Heimatländern jemals erwarten können. Doch natürlich ist Westeuropa damit überfordert, die jahrzehntealten sozialen Probleme ganzer osteuropäischer Bevölkerungsschichten zu lösen. Es bedürfte einer gesamteuropäischen Strategie, um den Roma vor Ort aus ihrer Perspektivlosigkeit zu helfen. Dabei sollte sich niemand Illusionen über schnelle Erfolge machen. Gefragt ist über Jahre hinweg aufwendige Sozialarbeit. Und der Wille aller Beteiligten, vor allem der Romavertreter selbst, eine Lösung zu finden.

„Es gibt ein Recht auf Freizügigkeit, aber kein Recht auf Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme“, stellt das deutsche Büro der EU-Kommission unter Berufung auf EU-Recht klar. Nach Ansicht der Brüsseler EU-Kommission wird die deutsche Wirtschaft von der Einführung einer uneingeschränkten Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien seit dem 1. Januar dieses Jahres profitieren. Dass es sich in der Mehrzahl nicht um die in der Bundesrepublik angeblich so dringend benötigten Fachkräfte, sondern um Armutsflüchtlige, Sinti und Roma handelt, wird gerne in den Medien verschwiegen. In Deutschland gelten die Roma als „verfolgte Minderheit“, erhalten Sozialhilfe, Kindergeld und Wohnraum. Doch welchen konkreten Handlungsspielraum hat eine deutsche Kommune, wenn plötzlich eine arme Familie mit Kindern aus einem EU-Partnerland Aufnahme begehrt? Es fehlen große Wohnungen für die kinderreichen Familien. Zudem beobachten die Kommunen, dass auf dem freien Markt Zuwanderern „Schrottimmobilien“ und Mehrbetten-Zimmer zu überteuerten Preisen angeboten werden – zu Lasten des Kostenträgers, des deutschen Steuerzahlers.

> Die EU hat keine Strategie, wie sie das Problem lösen soll

Die Segnungen des deutschen Sozialstaats sind für viele Roma mehr, als sie in ihren Heimatländern jemals erwarten können – und das, ohne etwas dafür zu tun. Bei Armenspeisungen in deutschen Großstädten kommt es nicht selten zu langen Wartezeiten vor den Ausgabestellen, vor der sich einige Roma in ihren Autos bereits häuslich eingerichtet haben. Seit Einführung von Hartz IV in Deutschland haben sich Suppenküchen und Tafelausgabestellen vervierfacht. Seit dem Ansturm der Osteuropäer auf diese Einrichtungen sind viele von ihnen überfordert und können die deutschen Bedürftigen nur noch unzureichend versorgen. Bei der Verteilung von Wartemarken vor einer christlichen Hamburger Suppenküche spielten sich unlängst tumultartige Szenen ab. „Deutsche zuerst“, skandierte die Ordensschwester mit der Marken. Sie stammt aus Bangladesch.

Figurentausch

Von Vera Lengsfeld

Im inoffiziellen Rennen, wer sein zerstörtes Stadtschloss schneller wieder aufgebaut hat, ist Berlin von Potsdam um Längen geschlagen worden. Seit Beginn dieses Jahres steht das Potsdamer Schloss in voller Schönheit auf seinem angestammten Platz und es ist fast so, als wäre es nie weggewesen. Es sieht noch ein wenig zu neu aus, aber das ist auch der übliche Effekt bei einer Fassadenrenovierung.

Von seinen ursprünglich 70 Attika-Figuren sollen 38 wieder aufgestellt werden. Davon stehen 18 erhaltene Figuren in den Depots, von ebenso vielen sind noch Fragmente vorhanden. Bereits durch Spenden restauriert sind etwa die eleganten Heymüller-Skulpturen Herkules und Minerva.

Acht Originale, antike Liebespaare, zieren das Dach der Humboldt-Universität Unter den Linden, die Prachtstraße der Hauptstadt. Da stehen sie seit dem Jahre 1966 auf Anweisung des DDR-Denkmalschutzes, dem es gelungen war, einige Plastiken beim Abriss der Hohenzollernresidenz vor der Vernichtung zu bewahren. Um diese acht Figuren ist zwischen Berlin und Potsdam ein kurioser Streit entbrannt.

Je mehr sich die Fertigstellung näherte, desto dringlicher forderten die Potsdamer, dass die Plastiken, die von der Zeit und dem Berliner Taubendreck recht mitgenommen wirken, nach Potsdam zurückkehren. Man wollte sie restaurieren und bei der Einweihung an ihrem ursprünglichen Platz präsentieren. Mehr als 300 historische Bauteile sind bereits in die Fassade des Neubaus integriert worden. Doch die Berliner zeigten den Potsdamern die kalte Schulter.

Das Schloss sei eine Kopie, also solle man auch nur Kopien der Attika-Figuren aufstellen. Alles andere wäre „restaurativ", ließ die regierende SPD vermelden und düpierte damit ihre Genossen in Brandenburg. Und nicht nur die. Kein Berliner mit Geschichtsbewusstsein kann die SPD-Haltung nachvollziehen.

Die Rückgabe wäre ein Zeichen gewesen, dass die Abrissorgien der DDR nicht das letzte Wort über die Stadtgeschichte Potsdams behalten. Deshalb haben die Potsdamer aus Berlin tatkräftige Unterstützung erhalten. Ein Bürgerbündnis Nordwest macht sich für die Rückgabe stark. Auch einige Abgeordnete der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus unterstützen das.

Die Haltung der SPD Berlins ist umso unverständlicher, als eines Tages der umgekehrte Fall eintreten könnte: Nach Kenntnis des Berliner Kulturpolitikers Uwe Lehmann-Brauns lagern in Potsdamer Depots auch Spolien des Berliner Schlosses wie etwa die Skulptur des Moritz von Oranien und eine Adlersäule. Vielleicht könne man ja auch einen Austausch arrangieren. Wie wäre es mit der traditionsreichen Glienicker Brücke?

Kampf um Wowereits Nachfolge

SPD-Politiker Raed Saleh und Jan Stöß sammeln ihre Bataillone – erstes Duell am 17. Mai?



Kampfkandidatur absehbar: Raed Saleh (l.) und Jan Stöß auf dem jüngsten Landesparteitag der Berliner SPD im vergangenen November

Bild: Davids

Führende Berliner SPD-Politiker laufen sich warm für den Kampf um die Nachfolge von Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Schon auf dem Landesparteitag am 17. Mai könnte es zum offenen Schlagabtausch zwischen den Hauptrivalen Raed Saleh und Jan Stöß kommen.

Der Fraktionschef der Berliner SPD, Raed Saleh (36), und der SPD-Landesvorsitzende und Parteilinke Jan Stöß (40) ringen um die Nachfolge von Bürgermeister Klaus Wowereit. Weitere Kandidaten sind nicht ausgeschlossen, seit Dilek Kolat (47) eine Verhandlungslösung für das Oranienplatzlager für sich verbucht hat. Einstigen Wunschnachfolgern Wowereits hingegen fehlt die Hausmacht in der Partei.

Eine Kampfkandidatur der Hauptkontrahenten ist absehbar, wenn auch nach wie vor unerklärt. Die Zeit drängt, denn im Wahljahr 2016 benötigt die SPD Ruhe. Bisher lähmten sich Jan Stöß und Raed Saleh gegenseitig. Ein offener Schlagabtausch erscheint daher zunehmend unausweichlich. Saleh könnte Stöß den Landesvorsitz streitig machen, um dann als Anführer der Abgeordneten und der SPD-Mitglieder in Personalunion Wowereit unangefochten zu beerben.

Nach Plan steht das Erbe erst 2016 mit den nächsten regulären Berliner Wahlen zur Verteilung an. Es könnte aber auch viel schneller kommen: Dass Wowereit sich so lange hält, gilt angesichts der Skandale und dem schwindenden Rückhalt der Genossen nach fast 13 Jahren im Amt als unwahrscheinlich.

Der Verwaltungsrichter Stöß suchte bisher nicht zuletzt wegen des Flughafens BER die offene Konfrontation zu Wowereit, dessen rot-schwarzem Senat und Wowereits unmittelbarem Machtumfeld. Im Juni 2012 entriss Stöß dem bis dahin als Kronprinzen gehandelten Stadtentwicklungssenator Michael Müller den SPD-Landesvorsitz. Es war ein Hieb gegen den Bürgermeister durch den linken Flügel der SPD, deren Sprachrohr Stöß ist. Seitdem gibt es eine linke Gegenpolitik gegen den eigenen Senat, so Spötter.

> »Der erste Ministerpräsident mit arabischen Wurzeln«

Die substanzielle Bilanz der linken Vorstöße sieht indes durchwachsen aus. So ist der Rückkauf der Wasserbetriebe zwar abgeschlossen, doch das ist nicht sein Verdienst, wie Stöß selbst zugibt, denn: „Darüber reden wir seit einem Jahrzehnt." Auf anderem Gebiet droht Stöß sogar, seinen eigenen Rückhalt zu unterminieren. So tritt er als Befürworter von mehr sozialem Wohnungsbau für eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ein und bringt so 200 000 Stimmen starken Widerstand aus der Bevölkerung gegen sich auf: „Berlin braucht bezahlbare Wohnungen, keine Blockade", hielt Stöß den Gegnern vor.

Der Volksentscheid hierzu am 25. Mai ist eher geeignet, das Klima für Stöß weiter zu vergiften. Der SPD-Chef hat bis jetzt mangels Stimme im Senat kaum Einfluss, der Koalitionspartner CDU umso mehr. So erfolgreich er im eigenen Lager auch netzwerkt, bei den Vorstandswahlen auf dem SPD-Bundesparteitag im November verweigerten ihm die Genossen im ersten Anlauf die nötige Stimmenzahl für den Bundesvorstand – ein Signal. Andererseits verweist er auf die zahlreichen Organisationen und Kreise, die ihn zum Parteitag am 17. Mai für den Landesvorsitz nominiert haben.

Indes: Hilfe auf dem Weg nach oben darf sich auch Mitte-Rechts-Flügler Rivale Saleh nicht erhoffen. Dass er sich beim Streit um den Mindestlohn 2012 allein gegen Wowereit stellte und unterlag, lehrte ihn aber, solche Kraftproben zu verschieben. Kaum ein Sozialdemokrat spricht so häufig von „Stabilität", doch ist Saleh vielen Genossen unbekannt, besonders im Osten. Umso besser sind seine Kontakte zur CDU, die das politische Kernanliegen Salehs, die Integration von Zuwanderern, zu ihrem Schwerpunkt erkoren hat. Der in Palästina geborene Aufsteiger arbeitete sich in der SPD wie im Berufsleben nach oben: Abitur, Geschäftsführer einer Imbisskette und Parteikarriere trotz Kiezherkunft. Nach außen bescheiden, wollte Saleh am Mittwoch nicht wie erwartet zu Nachfolgegerüchten Stellung nehmen: Das schade bloß.

Mit Integrationsunwilligen redet er Klartext. Die Stadt könne es sich nicht länger leisten, wenn Zweijährige stundenlang vor dem Fernseher „geparkt" würden und ihre älteren Geschwister Klassenkameraden in die Mülltonne stopften. Dem parteiinternen Multikulti-Kritiker Heinz Buschkowsky schenkte Saleh Gehör.

Er versteht sich auch mit Finanzsenator Ulrich Nußbaum (57) gut, was noch hilfreich werden könnte. Wenn Saleh Geld für Kitas und Schulen benötigt, wird der ihn nicht auflaufen lassen, so das Kalkül. Kritikern zufolge fehlt Saleh indes selbst der Überblick, wie seine Projekte – kostenlose Kinderkrippen und Ausbau der Sprachförderpflicht vor der Einschulung – zu Buche schlagen. Vergangenen Monat kündigte er ein Projekt für kostenlose Bildung bis zur Hochschulreife an. Wie hoch der jedenfalls zweistellige Millionenbetrag zur Finanzierung genau sein muss, konnte er nicht beziffern.

Sein Vorteil: Saleh mischt sich unters Volk, sucht Brennpunkte auf. Im Sommer soll er dabei in Neukölln einem Intensivtäter (23) beim Besuch des Programms „Stark gegen Gewalt" erlaubt haben, seinen Dienstwagen einzuparken, ohne Führerschein. Der Mann, mit dem er auch ins Fitnessstudio ging, entpuppte sich später als Serienräuber und Saleh ärgerte sich „schwarz", so sein Umfeld. Als Aufsteiger aus eigener Kraft hat er viel Arbeit vor sich, doch er „kann Deutschlands erster Ministerpräsident mit arabischen Wurzeln werden", schreibt der „Spiegel". *Sverre Gutschmidt*

Mehdorn flieht vor Kritiker

Eklat zum BER im Potsdamer Landtag: Lage ist völlig verfahren

Bei den Verantwortlichen für Berlins Flughafen BER reißen die Nerven, es kam zum Eklat: Hartmut Mehdorn, Geschäftsführer des auf bis zu sieben Milliarden Euro Gesamtkosten geschätzten Bauprojekts, verließ fluchtartig den Brandenburger Landtag. Die Sitzung, auf welcher der Sonderausschuss zur Finanzfrage sich damit befassen sollte, platzte, bevor sie begonnen hatte.

Zwar kam Mehdorn trotz eines Autounfalls auf dem Hinweg gut gelaunt an, entdeckte aber dann mit dem Ex-Immobilienchef des BER Harald Siegle einen von ihm jüngst gefeuerten internen Kritiker seines Führungsstils im Publikum. Wortlos verließ er den Saal. Das sei ein Warnsignal, ließ der Manager später verbreiten. Als Geschäftsführer eines Unternehmens benötige er Vertrauen. Die Aufsichtsräte, sagte Mehdorn und meinte damit die Politiker, seien indes in Reaktion auf Kontrollmängel der Vergangenheit dazu übergegangen, bis tief in operative Details hineinzuregieren.

Mehdorns Flucht aus dem Landtag fällt mitten in den Brandenburger Wahlkampf, in dem Rot-Rot gegen Berlin und den Bund mit einem „Ja" zum Nachtflugverbot punkten will. Auch dafür stand Mehdorn nicht zur Verfügung. Finanzminister Christian Görke (Linke) und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) ließen sich beide vorab entschuldigen.

> Anbiederung an die Wähler dürfte schiefgehen

Während die Opposition Fehler aufdecken will, wollen Brandenburgs Regierungspolitiker im Wahlkampf möglichst wenig mit dem BER in Verbindung gebracht werden. Doch das dürfte schwierig werden. Das Land Berlin und der Bund versuchen, die Potsdamer Wähler-Anbiederung mit den Nachtflugverboten zu stoppen, um die Internationalität und damit die Wirtschaftlichkeit des BER zu retten.

Nun setzte Mehdorn sein Stoppsignal, denn Siegle hatte Interna an die Politik getragen und sich in einem öffentlich gewordenen Brief über Mehdorn beschwert. Mehdorn seinerseits hinterließ dem Ausschuss bloß einen Brief: Harald Siegle habe sich verrannt.

Der Potsdamer Landtag wollte Siegle ursprünglich nur anhören, doch selbst als Gast im Publikum war er zu viel für Mehdorn. Siegle zielt nicht nur auf die Person Mehdorn: In den Decken, Kabeltrassen und der Brandschutzanlage sieht er Mängel, deren Folgen das Management, sprich Mehdorn, mangels geeigneter Strukturen nicht absehen könne. *SV*

Teures Aufräumen

Oranienplatz kostet sechs Millionen Euro

Nachdem der Berliner Oranienplatz fast 18 Monate lang für ein „Flüchtlings-Camp" okkupiert worden war, kommen auf den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nach der Räumung des Platzes erhebliche Kosten zu. Bewacht von der Berliner Polizei, hat nach dem Abbruch der von den Besetzern errichteten Zelte und Hütten die Wiederherstellung des Terrains begonnen.

> Grünflächen nahezu vollständig zerstört

Die dürfte unerwartet teuer werden: Die Berliner Stadtreinigung (BSR) hat nach Angaben des „Tagesspiegel" mit Dutzenden Lkw-Fuhren inzwischen 440 Kubikmeter Müll abgefahren, mit speziellen Fahrzeugen wurden zudem große Mengen an Elektrogeräten entsorgt, welche die Lagerbewohner hinterlassen hatten. Wie von einer Sprecherin der Stadtreinigung mitgeteilt wurde, sind für den Oranienplatz sechs Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden.

Tatsächlich befindet sich der Platz nach anderthalb Jahren Zweckentfremdung in einem desolaten Zustand. Da die Grünflächen nahezu vollständig zerstört wurden, musste eine Gärtnerkolonne des Bezirksamts großflächig neuen Rollrasen auslegen.

Um eine neuerliche Besetzung des Platzes und neue Zeltbauten zu verhindern, bleibt die Berliner Polizei mit mehreren Mannschaftswagen vorerst weiter am Ort präsent. Gemäß der Vereinbarung, die Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) mit den Besetzern getroffen hat, soll mit einer Sondergenehmigung des Bezirksamts neben einem sogenannten „Infopoint" auch ein neuer Pavillon für Veranstaltungen und Versammlungen auf dem Oranienplatz entstehen. *N.H.*

»Antifa« rüstet gegen AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) gerät zunehmend ins Visier des gewaltbereiten Linksextremismus. Am vorvergangenen Wochenende fand in den Räumlichkeiten der Technischen Universität Berlin ein „Antifa-Kongress" statt. Beteiligt war auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA), die vom bayerischen Verfassungsschutz als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus" klassifiziert wird. Das Motto lautete „Antifa in der Krise?!" Zentrales Thema war die Frage, wie die linksextreme Szene auf die AfD „reagieren" könne. Diskutiert wurden Maßnahmen wie „Kader rechter Parteien in der AfD aufdecken, AfD-Parteitage stören oder AfD-Parteibüros mit Farbe bewerfen". Ein Workshop hatte das Thema „Keine Alternative für Deutschland: Die AfD, ihr Potenzial und was wir dagegen tun sollten!" *TM*

Zeitzeugen



Charles Bolden – Er leitet seit Juli 2009 die US-Raumfahrtbehörde Nasa. Er ist Kampfflieger mit Vietnam-Erfahrung und Testpilot. Vor seiner Pilotenausbildung beim US-Marinecorps studierte er Elektrotechnik. Seit 1980 Astronaut, flog Bolden viermal auf Shuttle-Missionen ins All.

Michael C. Gass – Als Präsident und Chief Executive Officer (CEO) der United Launch Alliance steht Gass an einer der Schnittstellen der US-amerikanisch-russischen Kooperation. Gass arbeitete vorher für Lokkheed-Martin und war dort in verschiedenen Positionen des Atlas-Programms tätig.



Oleg Ostapenko – Der Roskosmos-Direktor ist Generalleutnant der russischen Weltraumtruppen. Seine Karriere begann noch zu Sowjetzeiten. Er hatte leitende Positionen in der russischen Raumfahrt inne und war zuletzt stellvertretender Verteidigungsminister.



Sergej Konstantinowitsch Krikaljow – Der 55-Jährige ist mit 803 Tagen im Weltraum der Raumfahrer mit der längsten Flugdauer. Den Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte er auf der Raumstation „Mir“ mit. Er flog mit Sojus-Kapseln und Space Shuttles. Heute leitet er das Trainingszentrum für zivile Raumfahrt.



Alexei Archipowitsch Leonow – Der 79-Jährige ist der erste Mensch, der einen Weltraumspaziergang unternahm. Er gehörte zur ersten Kosmonautengruppe der UdSSR, flog auf Woschod- und Sojus-Missionen und kommandierte 1975 die Sojus-Mission, die zum Rendezvous mit einem US-amerikanischen Apollo-Schiff startete.

Houston, bitte melden!

US-Raumfahrt zur ISS von Russland abhängig – Ukraine-Konflikt behindert Kooperation

Die Krise um die Ukraine und den Status der Halbinsel Krim wirkt sich seit Anfang April auch auf die Zusammenarbeit von Russland und den USA im Weltraum aus.

Charles Bolden, der Direktor der US-Raumfahrtbehörde Nasa, hatte sich bei Gesprächen auf dem Kapitol in Washington und bei Presseterminen zu Monatsanfang noch bedeckt gehalten. Aber dann teilte die Raumfahrtbehörde über ihre Facebook-Seite mit, sie „setzt die Mehrheit der laufenden Arbeiten mit Russland aus, sofern sie nicht dazu dienen, den sicheren und fortdauernden Betrieb der Internationalen Raumstation ISS sicherzustellen“. Die Nasa begründete diesen Schritt mit Russlands „anhaltenden Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine“. Nasa-Mitarbeitern und anderen Regierungsmitarbeitern ist es nicht mehr erlaubt, mit ihren russischen Gegenübern zu sprechen oder sie zu treffen.

Aber die Zusammenarbeit bei der Internationalen Raumstation ließe sich für die USA nicht aufkündigen, ohne jahrelange Investitionen in die Station und in deren Betrieb zu entwerten. Die USA verlören dann nämlich ihren einzigen Zugang zur Station, denn Russland sichert mit seinen Raumschiffen die Versorgung und sorgt auch für den regelmäßigen Austausch der internationalen Besatzungen.

USA fehlt Trägerrakete zur Versorgung der Raumfahrtstation

Außerdem kann keine Partei die ISS allein betreiben. Nach dem Ende des Kalten Krieges arbeiten die früheren konkurrierenden Supermächte gerade in der bemannten Raumfahrt eng zusammen. Wie es scheint, taten sich die Verantwortlichen in Washington aber schwer, Aktivitäten zu finden, die sie als Zeichen politischen Unwillens auf Eis legen oder ganz einstellen konnten. Außer der ISS gibt es nämlich kaum gemeinsame Projekte von Nasa und Roskosmos, der russischen Weltraumagentur.

Die meisten sind reine Forschungsprojekte. Russische Instrumente fliegen auf US-amerikanischen Raumsonden mit. Auch der Nasa-Mars-Rover „Curiosity“ fährt einige Sensoren „Made in Russia“ auf dem Roten Planeten herum. Auf dem Lunar Reconnaissance Orbiter (Mond-Aufklärungs-Orbiter) ist ein russischer Neutronendetektor installiert. Außerdem ist die Nasa eine Art Trittbrettfahrer bei der europäisch-russischen Mars-Mission „ExoMars“. Die Mission geht auf eine europäische Initiative zurück. Ironischerweise hatte die Nasa zunächst abgelehnt und die europäische Raumfahrtagentur Esa so dazu gebracht, sich um eine Partnerschaft mit Russland zu bemühen.

Allerdings ist das bestenfalls symbolische Politik. So dürfte „Curiosity“ gar nicht betroffen sein, weil auf russischer Seite das Institut für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaften federführend ist. Und das ist keine Regierungseinrichtung. Sogar die Nasa-Beteiligung an einer wichtigen internationalen Konferenz über Weltraumforschung in Moskau dürfte nicht in Frage stehen, weil es eben eine internationale Veranstaltung ist und kein Kontakt zwischen Regierungseinrichtungen.

Nasa-Direktor Charles Bolden nutzte die Krise, um für die Wiederaufnahme der bemannten Raumfahrt durch die USA zu werben, insbesondere die bemannte „Orion“-Kapsel und die neue schwere Trägerrakete SLS. Beide setzen aber voraus, dass die ISS aktiv bleibt. „Ich möchte nicht, dass jemand glaubt, ich bräuchte die SLS oder ‚Orion‘, wenn ich keine Internationale Raumstation habe“, sagte er vor US-Parlamentariern. Und faktisch ist die Abhängigkeit der USA von russischen Raumfahrzeugen selbstverschuldet. Denn sowohl Barack Obama als auch sein Vorgänger haben die nötigen Investitionen in eine neue Raumfähre und neue Trägerraketen gescheut.

Friedrich List



USA bald blind und taub?

Ohne Aufklärungssatelliten wäre die Supermacht USA ziemlich blind und ziemlich taub. Denn Flugzeuge, Drohnen oder bodengebundene Horchposten können die Perspektive aus der Erdumlaufbahn nicht bieten. Die USA wären auf den Stand der 60er Jahre zurückgeworfen, als insbesondere Bilder von damals sowjetischen Industriezentren oder Militäreinrichtungen nur unter großen Risiken zu beschaffen waren. Aber genau das könnte eintreten, wenn sich die Krise zwischen Russland und den westlichen Staaten ausweiten sollte.

Denn in den Atlas- und Delta-Trägerraketen, mit denen das US-Militär seine Spionagesatelliten ins All schießt, brennen russische Raketentriebwerke. Die United Launch Alliance (ULA), ein 2006 gegründetes Joint Venture zwischen Boeing und Lockheed-Martin, nutzt das vom russischen Hersteller Energomasch gelieferte RD-180-Triebwerk. Das RD-180 gilt als effizient und extrem zuverlässig. Pratt & Whitney und Energomasch betreiben ein Gemeinschaftsunternehmen, das ULA mit RD-180-Triebwerken versorgt. Obwohl diese rein industrielle Zusammenarbeit bisher nicht von Sanktionen betroffen ist, kann sich das schnell ändern. Immerhin kann der russische Staat jederzeit den Export verbieten.

Satelliten brauchen Technik aus Russland

Welch Glück für die US-Amerikaner, dass Pratt & Whitney eine Produktionslizenz erworben hat. Auch die ULA ist auf Probleme vorbereitet. „Wir haben genügend Reserven für die nächsten zwei Jahre“, sagte ULA-Präsident Michael C. Glass dem zuständigen Senatsausschuss. Außerdem könne das RD-180 auch in den USA produziert werden.

Allerdings schätzt das Pentagon, dass Aufbau und Anlaufen der Produktion fünf Jahre dauern und rund eine Milliarde US-Dollar kosten würden.

F.L.



Ohne Hilfe Russlands im All verloren: US-Astronauten sind auf russische Sojus als Transportmittel angewiesen

Bild: action press

Kalter Krieg bremste aus

Raumfahrt-Kooperation zwischen USA und Russland begann 1975

Anfangs stand die bemannte Raumfahrt der USA und Russlands im Zeichen der Konkurrenz. Aber Mitte der 70er Jahre machten beide Supermächte Schritte aufeinander zu. Teil dieser politischen Entspannung war auch eine gemeinsame Weltraum-Mission. Beim sogenannten Apollo-Sojus-Test-Projekt (ASTP) sollten ein US-amerikanisches Apollo-Raumschiff und ein sowjetisch Sojus-Schiff aneinanderkoppeln und gemeinsam eine Serie wissenschaftlicher Experimente durchführen. Nach über zwei Jahren der Vorbereitung und des gemeinsamen Trainings koppelten beide Besatzungen am 17. Juli 1975 ihre Schiffe aneinander. Auf beiden Seiten waren erfahrene Raumfahrer beteiligt. Alexei Leonow, der Sojus-Kommandant, hatte als erster Mensch eine Raumkapsel verlassen. Der US-Astronaut Deke Slayton war ein Veteran der Mondflüge, und auch Apollo-Kommandant Thomas Stafford hatte in Gemini- und Apollo-Kapseln mehrere Raumflüge absolviert.

Nach knapp 50 Stunden trennten sich die beiden Raumschiffe wieder und kehrten zur Erde zurück. Die Nasa stellte die Apollo-Kapsel in ein Museum.

Fast 20 Jahre sollten vergehen, bis Raumfahrer aus Ost und West wieder zu gemeinsamen Missionen aufbrachen. Nach dem Ende des Kalten Krieges einigten sich beide Seiten zügig auf eine Zusammenarbeit. Russland brachte

Von Apollo-Sojus bis zur Internationalen Raumstation

die Raumstation „Mir“ und die große Erfahrung bei Langzeitmissionen ein, die USA ihren Space Shuttle. Am 17. Juni 1992 unterschrieben der damalige russische Präsident Boris Jelzin und sein US-amerikanischer Amtskollege George Bush sen. eine Vereinbarung über das Shuttle-Mir-Programm. Sie begannen mit dem Shuttle-Flug STS-60 im Februar 1994, bei dem mit Sergej Krikaljow erstmals ein russischer Kosmonaut bei den Amerikanern mitflog. Allerdings dockte der Shuttle noch nicht an der „Mir“ an. Das blieb den folgenden Flügen vorbehalten. Bis 1998 folgten zehn weitere Flüge, bei denen US-Raumfähren einen Kopplungsadapter, Austauschbesatzungen und Versorgungsgüter zur „Mir“ brachten. Außerdem blieben US-Astronauten längere Zeit auf der Station.

Beide Seiten legten so die Grundlage für ihre jetzige Zusammenarbeit bei der Internationalen Raumstation ISS. Im November 1993 einigten sich US-Präsident Bill Clinton und Jelzin auf den Bau einer gemeinsamen Station. Bis 1998 hatten sich elf weitere Länder angeschlossen. Die ISS besteht nach dem Vorbild der „Mir“ aus Modulen. Die einzelnen Baugruppen wurden von Space Shuttles und russischen Trägerraketen ins All gebracht und dort montiert. Erstes Modul war das im November 1998 gestartete Frachtmodul Sarja. Inzwischen ist der US-amerikanische Teil komplett, während Russland noch mindestens drei weitere Module in den Orbit bringen will. Seit 2008 ist das überwiegend in Deutschland gebaute „Columbus“-Labor der Esa-Teil der ISS. Die zurzeit gültigen Vereinbarungen sehen einen Betrieb der Station bis mindestens 2024 vor.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

Einigkeit geht vor

Muslimische Organisationen verweigern überwiegend die Verantwortung für radikale Glaubensbrüder

Inzwischen kämpfen rund 300 gewaltbereite Salafisten aus Deutschland im syrischen Bürgerkrieg auf Seiten militanter Islamisten. Der deutsche Staat und seine Sicherheitsorgane warnen vor gewaltbereiten Rückkehrern. Doch was tun eigentlich die muslimischen Organisationen hierzulande?

„Mein Sohn hat sich immer gemeldet, selbst wenn er sich eine halbe Stunde verspätete, rief er an und entschuldigte sich dafür. Was ist passiert? Was haben sie mit ihm gemacht?“ Diese Worte einer verzweifelten Mutter veröffentlichte Radio Bremen vor einigen Wochen. Nachdem in der Hansestadt bereits vier muslimische Jugendliche offenbar mit dem Ziel syrischer Bürgerkrieg verschwunden sind und verzweifelte Eltern bereits Anfang März vor der Masjidu-I-Furqan-Moschee, die von allen vier radikalisierten jungen Männern besucht worden war, demonstriert hatten, griff die Bremer Polizei zum Monatswechsel hart durch. Erst wurde die Moschee durchsucht, dann Wohnungen verdächtiger Personen. Es wurden Gas- und Schreckschusspistolen, aber auch Reisepässe konfisziert, um zu verhindern, dass weitere sieben Salafisten in den Dschihad ziehen. Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz seine 16 Landesämter darüber informiert hat, dass islamistische Gruppen in Syrien ausländischen Kämpfern als Beweis für ihre Loyalität das grausame Töten von Gefangenen abverlangen, fürchtet man im Falle der Rückkehr dieser Dschihadisten, dass sie völlig verroht auch hierzulande zu allem bereit sein könnten. Der Leiter des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes, Dieter Büddefeld, bezeichnet daher den Salafismus als zurzeit größte Bedrohung.

Derweil reagiert die ins Fadenkreuz der Ermittlungen geratene Masjidu-I-Furqan-Moschee in Bremen auf die Anschuldigungen mit einer Klarstellung, in der sie jegliche Vorwürfe von sich weist. Man sei seit Jahren nicht negativ aufgefallen und es gäbe keine Beweise. Unerwähnt bleibt dabei jedoch, dass der Gründer des Kultur- und Familienvereins Masjidu-I-Furqan 2011 wegen Unterstützung der Terrororganisation Al-Kaida zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Auf die Anfrage der *PAZ*, warum man, so man denn unschuldig sei, trotzdem von der Radikalisierung gleich mehrerer Vereinsmitglieder nichts gemerkt haben will, kam keine Rückmeldung. Immerhin meldete sich die Schura Bremen, auf die Frage, warum die Islamische Religionsgemeinschaft in der Hansestadt nicht rechtzeitig eingeschritten ist. „Was die Furqan-Gemeinde betrifft, so ist sie kein Mitglied unseres Vereins“, so Pressereferentin Farina Kemp. Vorab heißt es zudem: „Wir möchten zunächst betonen, dass die Schura Bremen für Einheit im Islam plädiert und keinerlei Bestrebungen unterstützt, welche zur Spaltung unter den Muslimen führt – sei es von muslimischer oder nicht-muslimischer Seite.“ Distanzierung und Kritik kommen in dem Schreiben nicht vor, dafür der Hinweis, dass viele muslimische Eltern grundsätzlich die Religiosität ihrer Kinder willkommen heißen, jedoch die Sorge besteht, sollten sie in die „falschen Kreise“ geraten, den Kontakt zu verlieren. Für solche Fälle biete Schura Bremen professionelle Beratung an.

Diese bietet der Zentralrat der Muslime (ZMD) mit seinen rund 20 000 Mitgliedern in Deutschland offenbar nicht an. 2007 sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek zwar, man solle sich aus falsch verstandener Brüderlichkeit nicht scheuen, Dinge wie im Namen des Islams begangenen Terrorismus beim Namen zu nennen, doch 2013 hatte er seine sechs Jahre zuvor getätigten Aussagen anscheinend wieder vergessen. Im Interview mit der „Welt“ meinte er zum Thema Radikalisierung: „Im Übrigen trägt die Gesellschaft insgesamt auch Schuld daran. Immer wenn solche Dinge passieren, wird nach den Muslimen gerufen. Wenn wir aber sagen, dass Deradikalisierungsprogramme eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind, dann ducken sich alle weg und man lässt sie alleine.“ Allerdings betont er in einer Pressemitteilung, dass man Extremismus keinen Raum geben wolle. Als Beweis für die Einstellung wird hervorgehoben, dass der ZMD 2010 zwei seiner über hundert Imame zu einer Gewalt-Präventionsschulung geschickt habe.

Dem deutschen Staat vorzuwerfen, dass er die Muslime allein lasse, ist hingegen stark überzogen. Die Bundesministerien für Inneres und Soziales, aber auch der Verfassungsschutz bieten Beratungsstellen und Aussteigerprogramme. Auch auf Länderebene gibt es vereinzelt Einrichtungen. Allerdings, so merkt der ZMD an, habe vor allem der Verfassungsschutz auf viele Muslime eine abschreckende Wirkung, so dass man regionale Programme bevorzuge.

Mohammad Dawood Majoka, Pressesprecher der 30 000 Mitglieder zählenden Ahmadiyya-Gemeinde in Deutschland, erwidert auf Anfrage der *PAZ*, dass man auf Prävention setze. Zudem sei der Familienverbund sehr eng, die Bildung der Gemeindemitglieder überdurchschnittlich, so dass für Radikalisierung anfällig machende Ursachen wie Perspektiv- oder Orientierungslosigkeit kein Problem darstellten. Zudem lehne man jegliche Gewalt im Namen der Religion ab, was zur Folge habe, dass radikale Gruppierungen unter den Muslimen der Ahmadiyya eine Affinität zu Nicht-Muslimen vorwerfen und sie sogar als Agenten westlicher Mächte betrachte.

Auch die Aleviten werden von anderen muslimischen Glaubensrichtungen nicht geschätzt. Für diese sind sie wegen einer besonneneren Auslegung des Korans Ungläubige. Yilmaz Kahraman, Bildungsbeauftragter der Alevitischen Gemeinde Deutschland, hebt jedoch im Gespräch mit der *PAZ* hervor, dass auch die Aleviten wie Deutsche nicht davor gefeit seien, dass Mitglieder ihrer Gemeinden radikalisiert werden. Über das Internet, aber auch über die Schule und Sisha-Cafés kämen die Jugendlichen in Berührung mit Salafisten. Damit der eigene Nachwuchs nicht umgedreht wird, beitreibe man Prävention. In dem Projekt „Zeichen setzen“ wurde eine Handreichung für Eltern und Lehrkräfte erarbeitet. Vielleicht auch dank der so erfolgten Sensibilisierung meldeten sich bereits zweimal Eltern von in salafistische Kreise geratenen Jugendlichen in der Zentrale in Köln und baten um Hilfe. Den Hamburger Jugendlichen konnte man noch mit Argumenten bekehren, der andere verweigert sich hingegen dem Gespräch. *Rebecca Bellano*



Als Informationskampagne getarnte Missionierung: Salafisten finden in Deutschland immer öfter Anhänger

MELDUNGEN

Minusgeschäft mit Studenten

Berlin – Die Bundesregierung will die Zahl ausländischer Studenten in Deutschland bis zum Jahr 2020 um rund ein Drittel auf etwa 350 000 erhöhen. Zur Begründung verweist sie auf die Nachfrage der Wirtschaft nach Fachkräften. Deutschland ist nach den USA und Großbritannien das drittwichtigste Gastland für ausländische Studenten. Jedes Jahr wendet der deutsche Steuerzahler im Durchschnitt 13 000 Euro pro Kopf für das Studium von Ausländern auf. Da statt der erforderlichen 30 Prozent nur 26 Prozent der ausländischen Studenten nach Abschluss des Studiums mindestens fünf Jahre in Deutschland arbeiten, macht der Staat mit der Finanzierung ihrer Studienplätze ein Minusgeschäft. Die Abbrecherquote bei ausländischen Studenten ist zudem deutlich höher als bei einheimischen. *J.H.*

Land will teuren Beauftragten

Hannover – Die von der Landesregierung im Hauruck-Verfahren vollzogene Ernennung des früheren Helmstedter Landrates Matthias Wunderling-Weilbier (SPD) zum Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung für Braunschweig kommt das Land Niedersachsen teuer zu stehen. Weil die Regierung nicht auf die Zustimmung des Landkreises Helmstedt als Wunderlings Arbeitgeber warten wollte, muss das Land nun 180 000 Euro Pensionslasten aus dessen Zeit als Landrat übernehmen. Der Landkreis wirft der Regierung vor, seinen Finanzdezernenten unter Druck gesetzt und das Verfahren bewusst in der Weihnachtszeit durchgezogen zu haben, um Widerstand zu umgehen – auf Kosten der Steuerzahler. Kaum im Amt, sorgt Wunderling für neue Irritationen. Obwohl ihm nur ein Audi A4 als Dienstwagen zusteht, will er mit Hinweis auf seine Körpergröße von 1,92 Metern ein größeres Fahrzeug haben. *J.H.*

Freie Fahrt für die Antifa

Nicht nur SPD-Ministerin wertet Linksextremisten nicht als Gefahr

Der Linksextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Anders lässt es sich nicht erklären, dass die Leitung der Technischen Universität Berlin kein Problem darin gesehen hat, die Hochschule vom 11. bis zum 13. April für den „Antifa-Kongress“ zu öffnen, obwohl der Verfassungsschutz der Hauptstadt vor dieser Veranstaltung gewarnt hatte. Ebenso symptomatisch ist die Entscheidung der sozialdemokratischen Familienministerin Manuela Schwesig, einerseits die Extremismusklausel zu kippen, die verhindern sollte, dass linksextreme Aktionsbündnisse in den Genuss staatlicher Fördermittel kommen, und andererseits solche Gruppierungen zum Beispiel über die Amadeu Antonio Stiftung zu sponsern. Des Weiteren sei auf Michael Hartmann verwiesen, seines Zeichens Innenexperte von Schwesigs Partei, der den Koalitionspartner CDU beschwört: „Wir sollten uns gemeinsam der guten Sache, der Förderung von Demokratie, verschreiben und nicht das alte Märchen bedienen, der linke Rand sei genau das Gleiche wie der rechte.“

Wie der frühere Referatsleiter Linksextremismus/Linksterrorismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz Rudolf van Hüllen und der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Mayer kürzlich feststellten, ist diese Gefahrenblindheit eine klare Folge des „Kampfes gegen Rechts“: Nichtrechte Formen des Extremismus würden gar nicht mehr als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen. Und tatsächlich spielen ja mittlerweile sogar die staatlichen Sicherheitsorgane linksextreme Attacken auf die eigenen Dienstsitze herunter, zuletzt in Bremen Ende vergangenen Jahres.

Nachwuchsprobleme, weil »fittesten Leute« für den Staat arbeiten

Daher fühlen sich die rund 30 000 Linksextremisten in der Bundesrepublik, von denen etwa 7000 auch gewaltbereit sind, immer noch recht stark. Davon zeugt unter anderem der rapide Anstieg linksextremer Gewalttaten in Hamburg, wo es von 2012 zu 2013 zu einer Verdoppelung der Delikte kam. Dabei richten sich diese Straftaten inzwischen nicht mehr nur gegen vermeintliche oder tatsächliche „Rechte“ und „Bullen“, sondern zunehmend auch gegen bürgerliche Parteien und deren Exponenten: So gab es erst kürzlich Anschläge auf die CDU-Landesgeschäftsstelle von Sachsen-Anhalt und den Berliner CDU-Abgeordneten Kurt Wansner.

Trotzdem aber steckt der deutsche Linksextremismus in der Krise. Zum einen lassen sich nämlich selbst die traditionellen Hätschelkinder aus den Reihen der Asylbewerber immer schwerer instrumentalisieren, wie die Auseinandersetzungen auf dem Berliner Oranienplatz beweisen, die aus dem Verschwinden von 11 000 Euro Spendengeldern resultierten. Zum anderen klagen linksextreme Flaggschiffe, allen voran die Antifa, neuerdings über Nachwuchsprobleme. Diese führen Insider wie Martin Peters von „Rassismus tötet“ und Henning Obens von „Avanti“ in einem Interview mit der „taz“ auf den „staatlich bezuschussten Antifaschismus“ zurück, der die „fittesten Leute“ abziehe. Außerdem habe man es nunmehr mit einem breiten Rechtsextremismus der Mitte zu tun, gegen den die klassischen Strategien kaum mehr greifen würden. Die neuen Rechtsparteien wie die „Alternative für Deutschland“ seien „Elitenprojekte“, denen man nicht wie der NPD mittels „Suchen und Zerstören“ beikommen könne, was potenzielle Aktivisten frustriere. *Wolfgang Kaufmann*

Weiterer NSU-Zeuge tot

Thomas R. kannte einschlägige Kreise bestens

Nachdem im vergangenen Herbst bereits ein 21-Jähriger in den Flammen seines Autos ums Leben gekommen war, ist es nun zu einem weiteren Todesfall eines Zeugen im Rahmen des Prozesses um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) gekommen. Wie der „Spiegel“ berichtet, soll Thomas R., ein langjähriger V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz, bereits Ende März leblos in einer Wohnung in Nordrhein-Westfalen aufgefunden worden sein. Gestorben sei der 39-Jährige an einer zuvor nicht erkannten Diabetes-Erkrankung. Nach vorläufigen Ermittlungen gebe es bislang keine Anhaltspunkte für eine „Fremdeinwirkung“.

Dass die Todesnachricht Anlass für Verschwörungstheorien ist, kann angesichts des Lebenslaufs von Thomas R. aber kaum verwundern. In einschlägigen Kreisen mit Bezug auf die Hitlerjugend als „HJ Tommy“ bekannt, beim Verfassungsschutz unter dem Decknamen „Corelli“ geführt, gilt R. mit erhaltenen 180 000 Euro nach derzeitigem Kenntnisstand als der bestbezahlte V-Mann in der rechtsextremen Szene überhaupt. Damit nicht genug. Einiges spricht dafür, dass der erst 2012 deaktivierte Informant einige der offenen Fragen in Sachen NSU, vor allem aber zum Heilbronner Polizistenmord, der bislang dem NSU zugeschrieben wird, hätte beantworten können. So war „Corelli“ eine von mindestens drei Quellen, die das Bundesamt für Verfassungsschutz im Umfeld der Verdächtigen hatte, wie der Sonderermittler des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages, der frühere Richter Bernd von Heintschel-Heinegg, rekonstruieren konnte. Nicht befriedigend geklärt ist bis heute, warum einerseits die gesamte rechtsradikale Szene mit Spitzeln wie „Corelli“ geradezu durchsetzt war, andererseits aber das NSU-Trio angeblich fast 13 Jahre unentdeckt in der Illegalität leben konnte.

Innenminister 2013 gegen Anhörung des V-Mannes

Nicht weniger obskur wirkt die Rolle „Corellis“ in einem deutschen Ableger des US-Geheimbundes Ku-Klux-Klan, der nach dem Jahr 2000 in Schwäbisch Hall bestanden hat. Zu den etwa 20 Mitgliedern der Gruppe zählte neben dem Spitzel Thomas R. auch Achim S. Dieser war nicht nur Anführer des Geheimbundes, sondern ebenfalls Informant und zwar des baden-württembergischen Verfassungsschutzes. Zu den Kapuzenmännern gehörten ebenso mindestens zwei, vielleicht sogar fünf Polizeibeamte der Böblinger Bereitschaftspolizei. In derselben Polizeieinheit arbeitete später die 2007 ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter. Diese Zusammenhänge wären es wert, untersucht zu werden. Stuttgarts grün-rote Koalition lehnt aber einen parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss für Baden-Württemberg ab.

Der Ausschuss des Bundestages hatte für den gesamten Komplex rund um den Heilbronner Polizistenmord lediglich zwei Tage Zeit. Bemühungen, Thomas R. alias „Corelli“ zu befragen, sind Anfang 2013 an der Blockadehaltung des damaligen Innenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) gescheitert. Dabei wäre dringend zu klären gewesen, ob der V-Mann „Corelli“ durch seine Aktivitäten im Raum Heilbronn Informationen zum Mord an Kiesewetter besessen hat. Nachdem sich nun in Erfurt die Zeichen mehren, dass der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss seine Arbeit nach den Landtagswahlen im Herbst fortsetzen soll, wäre früher oder später mit einer Ladung von Thomas R. recht fest zu rechnen gewesen. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Mussolini zieht noch immer

Rom – Laut aktuellen Umfragen droht der Partei Forza Italia von Silvio Berlusconi bei den EU-Wahlen eine historische Niederlage. Da der einst populäre und kürzlich wegen Steuerbetrugs verurteilte Ex-Ministerpräsident nicht mehr als Zugpferd im Wahlkampf taugt, hat er Alessandra Mussolini, Enkelin des heute noch von vielen Italienern verehrten faschistischen Diktators Benito Mussolini, für diese Rolle verpflichtet. Die 51-jährige ehemalige Schauspielerin sitzt als Forza-Italia-Senatorin im römischen Parlament. Ihre Zusage begründete sie mit Solidarität mit Berlusconi: „Ich bin nicht wie andere, die ihm im Moment der größten Schwierigkeiten den Rücken kehren.“ *J.H.*

Streit wegen Migranten-Abwehr

Canberra – Australien bemüht sich, Differenzen mit Indonesien beizulegen, die dadurch entstanden waren, dass australische Kriegsschiffe verschiedentlich in indonesische Hoheitsgewässer eingedrungen waren. Dies geschah immer dann, wenn australische Wachboote Wirtschaftsmigranten daran hindern wollten, nach Australien zu gelangen. Die von Indonesien geforderten Entschuldigungen blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück. Australien strebt ein Kooperationsabkommen an, wie es bereits mit Malaysia und Sri Lanka unter Dach und Fach gebracht wurde. Die australische Marine folgt einer neuen Strategie, illegale Migranten schon weit vor den australischen Gewässern abzufangen und zur Umkehr „zu veranlassen“. Daneben unterstützt Australien die Seestreitkräfte der Kooperationspartner materiell. Zunächst je zwei Boote der „Bay“-Klasse sollen der paramilitärischen Malaysian Maritime Enforcement Agency (MMEA) und der Marine Sri Lankas überlassen werden. *H.L.*

USA immer stärker isoliert

Ob bei der G20-Runde oder dem IWF: Washington stößt auf Widerstand der Schwellenländer

Westliche Versuche zur diplomatischen Isolierung Russlands nach der Krim-Krise haben sich bisher weitgehend als Fehlschlag entpuppt. In der G20-Runde sitzt Washington stattdessen nun selbst auf der Anklagebank.

Lediglich eine Stunde wurde beraten, da stand für die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen fest: Ein für Juni geplanter G8-Gipfel im russischen Sotschi wird als Reaktion auf die Krim-Krise abgesagt. Aus der G8-Runde wird künftig wieder ein G7-Treffen. Russlands Außenminister nahm den Rauswurf aus dem exklusiven Kreis der führenden Industrienationen scheinbar gelassen: „Jetzt werden alle wichtigen Fragen in der G20 diskutiert“, so Lawrow. Das Vorhaben, Russland auch aus dem Kreis der G20 zu verbannen, ist inzwischen gescheitert. "Die Vormundschaft über die G20 gehört allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen und kein einzelnes Mitgliedsland kann einseitig Beschlüsse darüber fassen“, blockten die Staatschefs von Brasilien, Indien, China und Südafrika in einer gemeinsamen Erklärung Russlands Rauswurf ab.

Inzwischen sitzen bei den G20 sogar die USA selber auf der Anklagebank. Scharf wurde Washington aufgefordert, endlich einen bereits 2010 beschlossenen Reformplan für den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu ratifizieren. Geplant ist dabei eine Aufstockung der Mittel, aber auch mehr Einfluss für das aufstrebende China. Bereits vor Jahren als Durchbruch beschlossen, kommt die IWF-Reform durch eine Blockade im US-Kongress nicht voran. Zum Leidwesen Barack Obamas, der das Vorhaben an sich unterstützt, wird der Reformplan durch die Republikaner im US-Kongress blockiert. Angeführt werden in erster Linie Kostenargumente. Eine Skepsis gegenüber multilateralen Institutionen, in denen die USA nicht das Sagen haben, dürfte bei den Republikanern aber ebenso eine Rolle spielen.

Nach fast vierjähriger Wartezeit auf die USA ist der Ton inzwischen recht scharf geworden: „Für mich ist Ende des Jahres der letztmögliche Zeitpunkt“, so Brasiliens Finanzminister Guido Mantega, der sich für eine harte Haltung gegenüber den USA stark gemacht hat. Inzwischen sieht sich Washington also mit einem Ultimatum konfrontiert. Sollte der US-Kongress die vereinbarten Veränderungen nicht bis zum Jahresende beschließen, behalte sich die Gruppe alternative Schritte vor, so die Finanzminister und Notenbankchefs der G20.

Der energischen Sprache zum Trotz gibt es aber kaum Möglichkeiten, beim IWF etwas gegen die USA zu erzwingen. Mit einem Stimmenanteil von 15 Prozent hat die Supermacht bisher eine Sperrminorität. Trotzdem wird die US-amerikanische Blockadehaltung Folgen haben. Schon jetzt ist zu beobachten, dass sich die Schwellenländer zunehmend untereinander abstimmen. In der Vergangenheit kaum denkbar hatten beim jüngsten IWF-Treffen Vertreter von Brasilien, Indien, China und Südafrika schon mal vorab zwei Tage lang ihre Postionen koordiniert. Hält diese Entwicklung an, droht den USA und Europa ein zunehmender Einflussverlust. Die Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsbank haben die Brics-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bereits beschlossen. Womöglich ist das nur ein kleiner Vorgeschmack auf weitere Organisationen, bei denen der Westen von Anfang an gar nicht mehr mit an Bord ist. Werden die Reformen beim IWF noch lange hinausgezögert, dann ist nicht einmal auszuschließen, dass die Brics-Staaten sich unter der Führung Chinas einen eigenen Währungsfonds zulegen.

IWF angeblich gegenüber Athen viel zu milde

Schon im Zuge der bisherigen Euro-Krise ist von den Schwellenländern immer wieder Kritik am IWF laut geworden. So wurde beklagt, dass der Fokus unter der IWF-Chefin Christine Lagarde zu sehr auf Europa liege, während andere Problemregionen das Nachsehen hätten. Südamerikanische Länder kritisierten mit einigem Recht, dass Länder wie Griechenland nicht die gleichen strengen Auflagen erfüllen müssten, wie dies der IWF in der Vergangenheit von ihnen verlangt habe.

Gerade mit Blick auf den weiteren Umgang mit Griechenland herrscht beim Währungsfonds inzwischen eine gereizte Stimmung. Seit geraumer Zeit macht eine Gruppe von Schwellen- und Entwicklungsländern immer stärker Front gegen ein weiteres Engagement im Rahmen der Troika aus EU, EZB und IWF. Im Vordergrund steht dabei der Vorwurf, die EU-Kommission sei „extrem politisiert“. Im Klartext: Bei der Euro-Rettung regierten politische Vorgaben, nicht wirtschaftliche Vernunft. Dass der Westen vor diesem Hintergrund damit abgeblitzt ist, Russland aus der G20-Runde hinauszuwerfen, kann eigentlich nicht verwundern.

Einigermaßen überraschend wurden die USA auch vor der UN-Vollversammlung im Regen stehen gelassen und das ausgerechnet von ihrem bisher engsten Partner Israel. Initiiert von westlichen Ländern, ist am 27. März die Angliederung der ukrainischen Halbinsel Krim an Russland verurteilt worden. Zur Verwunderung der USA, die Israel bei der Uno immer verlässlich Rückendeckung gegeben haben, fehlten die israelischen Vertreter bei der Abstimmung. Als offizieller Grund wurde ein Streik des diplomatischen Dienstes angeführt. Dass man in Washington trotz der plausibel klingenden Entschuldigung laut einer israelischen Zeitung „getobt hat“, ist leicht nachvollziehbar. Schon zuvor hatte nämlich der israelische Außenminister Avigdor Lieberman in einem Fernsehinterview betont, dass sich Israel nicht in den Konflikt über die Ukraine zwischen den USA und Russland einmischen wolle. Ähnliches war auch von Israels Premier Benjamin Netanjahu zu hören gewesen. *Norman Hanert*



Bild: action press

Weltmacht in Nöten: Schwellenländer gegen von den USA gewünschte Ächtung Russlands

Sofia zwischen den Fronten

Traditionell russlandfreundliche Bulgaren uneins über Ukraine-Kurs

Seit 2004 ist Bulgarien Nato-Mitglied, doch als Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kürzlich in Sofia den zehnten Jahrestag begehen wollte, hörte er böse „Nato 'raus“-Rufe. Seit 2007 gehört Bulgarien der EU an, aber schon im März drohte der sozialistische Premier Plamen Orescharski an, EU-Sanktionen gegen Russland mit einem bulgarischen Veto zu blockieren. Seine Sozialistische Partei (BSP) gab die Parole aus „Niemals gegen Russland, niemals gegen die EU“. Wenn BSP-Mitglieder wie Außenminister Kristian Vigenin verbal ausscheren, noch dazu in Berlin, tun sie es nur einmal, wenn auch deutlich: „Russland sucht die Konfrontation, was für Bulgarien inakzeptabel ist; von nun an werden unsere Beziehungen anders sein.“

Noch führt die BSP in Umfragen, aber im Zentrum Sofias häufen sich Proteste, die unter EU-Fahnen gegen die BSP-Politik auftreten, die Bulgarien zum ärmsten EU-Land machte. „Stop Putin“-Proteste bringen wiederum die „Bulgarisch-Russische Industrie- und Handelskammer“ in Rage, aus Angst vor bulgarischen Millioneneinbußen, falls Russland seine 450 Milliarden Handelsumsatz mit der EU zurückfährt. BSP und Premier fürchten auch Kürzungen russischer Gas- und Öllieferungen und sind sich hierbei einig mit der national-konservativen GERB, die mit der BSP um die Führung in der Wählergunst ringt.

Bulgarien hat das russische Krim-Referendum abgelehnt, mehr nicht, weil nach Ansicht des Politologen Daniel Smilow Bulgaren nicht wissen, ob sie Russland oder der EU „und ihren Werten“ mehr Loyalität schulden. Umfragen verdeutlichen die Unsicherheit: 43 Prozent der Menschen sind unentschlossen, 27 Prozent prorussisch, 30 Prozent für eine Ukraine „mit baldigem EU-Beitritt“.

Russland ist wichtiger Handelspartner des EU-Mitglieds

Linke und Rechte trommeln für Russland, an die Russophilie der Bulgaren rührend. Sie entstand im Russisch-Türkischen Krieg 1877/78, der Bulgarien die Befreiung vom „Türkenjoch“ brachte. Im Zentrum Sofias steht das Denkmal für den Befreier-Zaren Alexander II., gestiftet vom „dankbaren Bulgarien“. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass ohne Hilfe bulgarischer Freischärler die Russen ihren Krieg verloren hätten. Doch danach herrschte über Jahrzehnte Eiszeit zwischen beiden Ländern.

Wie unterstützt Bulgarien die Nato, fragt der Westen seinen Alliierten an der Schwarzmeer-Küste. Vor 1989 war Bulgarien Speerspitze des Warschauer Pakts gegen Jugoslawien, Griechenland und die Türkei sowie entsprechend hoch gerüstet. Von 400 Kampfjets, die es bis zur „promjana“ („Wende“) bekam, blieben nur 15, und davon bloß die Hälfte flugfähig. Besser steht es um die Kriegsmarine, obwohl deren Fregatten und Korvetten schon um 1983 in der UdSSR gebaut wurden. Damit soll Bulgarien an 354 Kilometern Küste „border policing“ betreiben, beäugt von mit Elektronik vollgestopften russischen Aufklärungsflugzeugen des Typs Iljuschin Il-20.

Die Nato habe Bulgarien im Stich gelassen, klagt General Sybi Sybev, bulgarischer Vertreter im Nato-Hauptquartier. Sie habe Waffen und Soldaten abgebaut und so die Armee „degradiert“. Jetzt sei Bulgarien wehrlos, warnt seit Monaten Bulgariens Präsident Rosen Plevneliev von Wien bis London und macht Stimmung gegen Moskau. Russland sei eine „große Atommacht“, die hinter den Kulissen agiere, nach der Krim sei die Reihe an Bulgarien, Worten und Unterschriften Moskaus sei nicht zu trauen. *Wolf Oschlies*

Ringen um Aserbaidschan

Russland droht seinen Einfluss im Kaukasus zu verlieren

Die Regierung in Aserbaidschan fürchtet, dass der „Blumenvirus“ auf das Land übergreifen könnte. Spätestens seit der Majdan-Revolution in der Ukraine ist klar, wie Unruhen entfacht werden: Über Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird die gewünschte politische Ideologie verbreitet, die der Regierung schaden soll. In der südkaukasischen Republik Aserbaidschan unterstützt der Westen seit Jahren NGOs, doch auch Russland gibt viel Geld für die „Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Aserbaidschan“ aus. Die USA beschuldigen Russland, sich nach der Annexion der Krim weitere ehemals sowjetische Territorien einverleiben zu wollen. Dies betreffe vor allem den Süd-Kaukasus.

Beide Großmächte haben ein starkes geopolitisches Interesse an der Region als Brückenkopf zwischen Europa und Asien. Da Georgien plant, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, wird Moskau wie in der Ukraine seinen Druck erhöhen. Moskaus einziger strategischer Verbündeter im Süd-Kaukasus ist Armenien. Dort unterhält Russland einen Militärstützpunkt. Georgien befürchtet, dass die Russen einen Korridor über georgisches Territorium zu seinen Stützpunkten im Nordkaukasus durchsetzen könnten.

Aserbaidschan, das sich als Bindeglied zwischen Europa und Asien sieht, laviert derweil zwischen West und Ost. Präsident Ilham Alijew führte vor Kurzem in Teheran Gespräche über eine Zusammenarbeit mit seinem iranischen Amtskollegen Hassan Rohani, der in Kürze in Baku zum Gegenbesuch antritt. Es geht um gemeinsame Bauprojekte wie Elektrizitätswerke, Teheran hat Alijew aber auch militärische Unterstützung zugesichert. Auch beim ewigen Streitthema der Aufteilung des Kaspischen Meers will man gemeinsam eine Einigung mit den Anrainerstaaten erzielen. Baku ist einerseits an den Energieressourcen im Kaspischen Meer interessiert, andererseits will es das von Armenien besetzte abtrünnige Gebiet Berg-Kara-bach zurückgewinnen.

Ilhan Alijew laviert zwischen West und Ost

Das werden Eriwan und Moskau mit allen Mitteln verhindern wollen. In Armenien sind alle strategisch und industriell wichtigen Objekte in der Hand russischer Konzerne. Mit Hilfe der Türkei will der Westen den russischen Einfluss zurückdrängen. Sie soll nicht nur für eine Verbesserung der armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen sorgen, sondern auch die West-Ost-Achse, bestehend aus den USA, der Türkei, Georgien und Aserbaidschan, ausbauen. Diese Achse ist für den Transport von Öl und Gas aus der Kaspi-Region wichtig. Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan liefern Rohstoffe über diese Achse in den Westen unter Umgehung Russlands.

Das Wachsen der wirt-schaftlichen und politischen Präsenz der Türkei im Süd-Kaukasus beunruhigt Moskau ebenso wie die Gespräche zwischen Baku und Teheran, da der Iran bislang mit Russland und Armenien die Nord-Süd-Achse als Gegengewicht zur Ost-West-Achse bildete.

Aserbaidschan, das Mitglied im Europarat ist und über die östliche Nachbarschaft gute Beziehungen zur Nato anstrebt, hat ebenso wie die Türkei kein Interesse daran, sich mit Moskau zu überwerfen. Alijew versucht, sich nach allen Seiten abzusichern, indem er mit dem moskaunahen Iran und der auf Seiten des Westens stehenden Türkei gleichzeitig verhandelt.

Manuela Rosenthal-Kappi

(siehe Seite 8)

Wirtschaftskrieg gefährdet Energiewende

Freihandelszone zwischen EU und Russland würde Deutschland nützen – Handel hilft, Frieden zu bewahren

Während in der Politik die Forderungen nach weiteren Sanktionen gegen Russland immer lauter werden, schlägt Hans-Werner Sinn vom Münchner ifo Institut das genaue Gegenteil vor.

„Der Einschluss Russlands in ein Freihandelsabkommen könnte sich für alle Beteiligten als wahre Goldgrube erweisen. Der Freihandel mit einem Land, dessen Spezialisierung auf Rohstoffe komplementär zur Industrie-Spezialisierung Westeuropas liegt, verspricht besonders große Handelsgewinne – viel größere jedenfalls als der Freihandel zwischen ähnlichen Volkswirtschaften“, so Sinn in einem Gastbeitrag für die „Wirtschaftswoche“.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Vorschlag in absehbarer Zeit Realität wird, ist allerdings denkbar gering. Noch in einer wesentlich besseren politischen Atmosphäre hatte Wladimir Putin bei seinem Deutschlandbesuch 2010 zu einer gemeinsamen Freihandelszone aufgerufen. Der Vorstoß wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Verweis auf die damalige Nichtmitgliedschaft Russlands in der Welthandelsorganisation (WTO) abgeblockt. Seit 2012 ist Russland nun WTO-Mitglied. Obwohl der angeführte Hinderungsgrund damit entfallen ist, war für die deutsche Politik ein Freihandelsabkommen mit Russland auch schon vor der Krim-Krise geradezu ein Nicht-Thema.

Zu der leichtfertigen Vergabe der Chance auf einen Freihandelsvertrag mit Russland droht nun sogar ein Wirtschaftskrieg mit dem rohstoffreichen Land, der am Ende die deutsche Energiewende endgültig zum Absturz bringen kann. Dem Münchner ifo Institut zufolge ist die Nutzung von russischem Gas die einzige wirtschaftlich halbwegs vertretbare Lösung, die starken Schwankungen bei der „regenerativen“ Stromerzeugung auszugleichen. Angesprochen ist damit ein Aspekt der Energiewende, der bisher gern übergangen wird. Für den Fall, dass Wind- und Solaranlagen wetterbedingt nicht im erforderlichen Maß Energie liefern, fehlt bislang eine Möglichkeit, Ökostrom als Reserve zu speichern. Der Versuch, die für Deutschland nötigen Energiereserven mit Pumpspeicherwerken abzudecken, würde nach Berechnungen des ifo Instituts 3000 Anlagen notwendig machen. Mit anderen Worten: Bei astronomischen Kosten müssten die deutschen Gebirge mit Pumpspeicheranlagen zugepflastert werden.

Ein anderes technisch mögliches Speicherverfahren droht ebenso die Kosten der Energiewende weiter hoch zu treiben. Bei der „Power to Gas“-Technik werden Öko-Stromspitzen zur Produktion von Wasserstoff genutzt. Aus dem in einem weiteren Schritt gewonnenen Methangas können Gaskraftwerke bei Bedarf wieder Strom erzeugen. Für das Verfahren spricht einiges: Methan

> Bereits 2010 bat Putin Berlin um Freihandelszone

ist speicherungsfähig, Deutschland hat zudem eines der am besten ausgebauten Gasleitungsnetze weltweit. Negativ zu Buche schlägt aber, dass durch die mehrmalige Energieumwandlung der technische Wirkungsgrad drastisch absinkt. Am Ende käme der so zwischengespeicherte Strom den Kunden sehr teuer zu stehen. Mit russischem Erdgas erzeugt, kostet die Kilowattstunde Strom rund drei Cent. Das Methan-Windgas wäre sechsmal so teuer, so Berechnungen des ifo Instituts.

Angesichts der drohenden Kosten beider Speicherverfahren, fällt die Empfehlung eindeutig aus: „Der Strom aus den Wind- und Solaranlagen kommt herbeigezappelt und wird mit Strom aus Methanspeichern geglättet, die von Putins Leuten gefüllt und dann intermittierend geleert werden. So entsteht in der Summe ein gleichmäßig verfügbarer Strom. Nur dieser Weg geht. Alles andere sind Hirngespinste“, so Sinn.

Als Hirngespinste lassen sich getrost auch aktuelle Forderungen von Politikern bezeichnen, Deutschland solle verstärkt Erdgas aus Nordafrika, Katar oder den USA beziehen, um Importe aus Russland zu ersetzen. Libyens schleichende Verwandlung in einen gescheiterten Staat und Islamisten-Angriffe auf Förderanlagen in Algerien empfehlen Nordafrika nämlich kaum als zuverlässige Lieferregion. Auch Katar ist als Lieferant mit Vorsicht zu genießen. Mit seinen Petro-Dollars unterstützt das Emirat nicht nur weltweit Islamisten, nach bisherigen Plänen würde eine Pipeline Katars in Richtung Europa auch über türkisches Gebiet gehen. Energiepolitisch wäre Deutschland damit unversehens abhängig von den unberechenbaren Großmacht-Allüren Ankaras. Zweifelhaft ist ebenso, ob Nordamerika als Erdgaslieferant in Frage kommt. Angesichts hoher Kosten bei drastisch nachlassenden Förderraten wachsen selbst in den USA immer mehr die Zweifel, ob der bisher umjubelte Schiefergas-Boom noch lange andauert.

Mit Blick auf russisches Erdgas scheint selbst bei engen Verbündeten der USA, wie der Türkei und Großbritannien, wesentlich mehr Realismus zu herrschen als unter hiesigen Politikern. Ungeachtet der Krim-Krise haben sich Ankara und Moskau vor Kurzem über einen Ausbau der bereits bestehenden Erdgaspipeline Blue Stream geeinigt. Zur besseren Versorgung der Türkei mit russischem Erdgas soll die Kapazität der Leitung von derzeit 16 Milliarden auf 19 Milliarden Kubikmeter jährlich ausgebaut werden. In Großbritannien hat bereits im März der Konzern Centrica bekanntgegeben, dass er ab Oktober mit dem Direktimport von russischem Gas beginnen will. Der Schritt hat Signalwirkung. Als Eigentümer von British Gas ist Centrica der größte Strom- und Gasversorger im Vereinigten Königreich. Bisher importiert Großbritannien russisches Erdgas noch über Deutschland und andere europäische Länder.

Norman Hanert



Begehrter Rohstoff: Türkei und Großbritannien setzen verstärkt auf russisches Gas Bild: action press



MELDUNGEN

Mehr Geld für Aufsichtsräte

Berlin – Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz hat errechnet, dass die Aufseher der 30 Dax-Konzerne im vergangenen Jahr rund fünf Millionen Euro beziehungsweise 7,6 Prozentpunkte mehr verdienten als im Jahr zuvor. Insgesamt erhielten sie knapp 70 Millionen Euro. Das Durchschnittsgehalt eines Dax-Aufsichtsratschefs betrug im vergangenen Jahr rund 300 000 Euro. *J.H.*

Gütesiegel in Gefahr

Brüssel – Das EU-Parlament hat am Dienstag vergangener Woche die verpflichtende Herkunftskennzeichnung („Made in ...“) von Waren beschlossen. Sie soll, vorbehaltlich der Zustimmung des EU-Rates, für mehr Transparenz in der Produktlieferkette sorgen und die bisherige freiwillige Kennzeichnung ersetzen. Konservative deutsche EU-Abgeordnete warnen davor, dass dem weltweit als Gütesiegel geltenden „Made in Germany“ wegen niedriger Hürden bei der Zuerkennung der Herkunftsbezeichnung schwerer Schaden drohe. *J.H.*

Etappensieg für den Fiskus

München – Im Streit um sogenannte „Cum-Ex“-Aktiengeschäfte hat die Finanzverwaltung vor dem Bundesfinanzhof einen Etappensieg errungen. In dem Verfahren hatte eine Beteiligungsgesellschaft mit dem Finanzamt über den Anspruch auf Anrechnung von Kapitalertragssteuer gestritten. Dabei ging es um Aktiengeschäfte, die Banken, aber auch Fonds betrieben haben sollen. Weil dabei einmal gezahlte Kapitalertragssteuer mehrfach erstattet wurde, soll der Fiskus mit den schnellen Aktienkäufen und -verkäufen rund um den Dividendenstichtag um Milliarden gebracht worden sein. *J.H.*

Auf beiden Seiten Ängste

Freihandel zwischen EU und USA auch bei US-Bürgern umstritten

Die Washingtoner Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über das gemeinsame „Transatlantische Freihandelsabkommen“ befinden sich nun in der vierten Phase. Schon jetzt sind beide Seiten einander der größte Handelspartner. Nach Daten der US-Regierung betrug das gemeinsame Handelsvolumen vergangenes Jahr rund 649 Milliarden US-Dollar. Doch dürfte sich dies, so der Plan, durch neue Rahmenbedingungen wie den Wegfall von Zöllen und von Beschränkungen bei Investitionen noch erheblich erhöhen. So durch eine signifikante Stimulation des jeweiligen Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarktes. Besonderes Interesse zeigen beide Seiten an einem Ausbau des Handels in den Bereichen Automobil, Chemie, Pharmazie, Energie, Finanzen und Kommunikation.

Doch gibt es auch warnende Stimmen. Vor allem was die geplante Angleichung des Standards bezüglich der angebotenen Produkte betrifft, denn da existieren zwischen den USA und der EU Unterschiede. So graust es vielen Europäern vor in den USA üblichen genetischen Veränderungen von Obst und Gemüse wie zum Beispiel Sojabohnen. Auch bei Fleisch ist der Verbraucherschutz in Europa größer. Auf europäischer Seite haben sich daher Proteste gegen das Abkommen erhoben, zumeist von Umweltschützern, aber auch Gewerkschaften. Auch spielt das Misstrauen gegen die USA nach dem NSA-Spionage-Skandal eine Rolle.

> Verbraucherschutz hier, dort Arbeitsplätze

Laut einer Umfrage, die die Bertelsmann Foundation (eine US-Tochter der Bertelsmann-Stiftung) zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center durchgeführt hat, befürwortet mit 53 Prozent der US-Amerikaner und 55 Prozent der Deutschen jeweils nur eine knappe Mehrheit das Abkommen. Dabei ist die Zustimmung mit 67 Prozent bei der jungen US-Bevölkerung am größten. 68 Prozent dieser 18- bis 29-Jährigen stehen laut dem Pew Research Center einem vergleichbaren Handelsabkommen mit Asien, über das die USA ebenfalls verhandeln, der Trans Pacific Partnership (TPP). Sie sind sogar der Meinung, dass Asien noch wichtiger für die USA sei als Europa. Genau diese Tendenz fürchtet man auch in Europa.

Die US-Gegner des Abkommens mit der EU, mit 23 Prozent in der Minderheit, sehen vor allem einen möglichen Verlust von Arbeitsplätzen und Probleme für kleinere Firmen durch die ausländische Konkurrenz des exportstarken deutschen Mittelstands. Nach dem Motto: „Die Großen machen Gewinn, die Kleinen gehen unter.“

Wenn die Verhandlungen für den, wie es heißt, „größten Handelspakt der Geschichte“ abgeschlossen sind, müssen EU-Parlament und US-Kongress noch zustimmen. Überraschenderweise sind mehr Demokraten (60 Prozent) dafür als Republikaner (44 Prozent). So ist noch alles offen. Dazu Stefan Grobe, von „euronews Washington“: „Beobachter hier sehen das Abkommen als den letzten Versuch des Westens, in einer Welt zu dominieren, die zunehmend von China, Indien und anderen, wie Brasilien, beeinflusst wird.“ *Liselotte Millauer*

Zu Tode »stabilisiert«

Athen kehrt an den Finanzmarkt zurück – Ressourcen aber aufgebraucht

Griechenlands erfolgreiche Rückkehr an den Kapitalmarkt wird weithin als Wendemarke hin zu einer Besserung gefeiert. Dass am Ende Gebote von rund 550 Investoren im Volumen von über 20 Milliarden Euro vorlagen, taugt aus Sicht kritischer Beobachter hingegen wenig als Beweis für eine Gesundung Griechenlands. „Zurückzuführen ist die Platzierung nicht auf erfolgreiche Reformen, sondern darauf, dass die finanz- und geldpolitischen Interventionen der vergangenen Jahre die marktwirtschaftlichen Kräfte außer Kraft gesetzt haben“, lautet etwa die Einschätzung des Freiburger Centrums für Europäische Politik (CEP). Tatsächlich sind viele Investoren längst auf eine Entwicklung aufmerksam geworden, die von der „Wirtschaftswoche“ wie folgt beschrieben wird: Griechenland hat Konditionen für einen Pleitestaat erhalten, der einfach nicht pleitegehen darf. So beträgt die durchschnittliche Laufzeit der Kredite aus dem Euro-Rettungsfonds inzwischen 30 Jahre, der durchschnittliche Zinssatz liegt bei 1,5 Prozent. Zinsen zahlt Athen wegen eines zehnjährigen Zinsmoratoriums momentan ohnehin keine, wirklich getilgt werden müssen die Hilfskredite erst nach 2040. Alles Zeichen, die Investoren signalisieren, dass im Notfall EU und EZB schon dafür sorgen werden, dass Athen flüssig bleibt.

Einer Augenwischerei im Vorfeld der EU-Wahlen kommt die Meldung eines überraschend hohen Primärüberschusses im grie-

> Investoren vertrauen auf Solvenz der EU und EZB

chischen Staatshaushalt gleich. Laut griechischem Finanzministerium belief sich im ersten Quartal 2014 der Überschuss auf 1,57 Milliarden Euro. Verschwiegen wurde freilich, dass der vermeintliche Primärüberschuss, also ein Haushaltsüberschuss abzüglich Zinslasten, nur gemeldet werden konnte, weil geleistete Bankenhilfen herausgerechnet wurden. Es fehlen ebenso noch offene Rechnungen des Staates und zurückgehaltene Steuerrückerstattungen.

Geht es nach dem Council on Foreign Relations, einem privaten US-amerikanischen sogenannten Think Tank, dann ist der gemeldete Haushaltsüberschuss ein Frühindikator für eine endgültige Pleite Griechenlands. Länder in Schuldenkrisen wurden wie Argentinien im Jahr 2001 oder Venezuela im Jahr 1998 oft zu jenem Zeitpunkt zahlungsunfähig, an dem sie einen Primärüberschuss erreicht hatten.

Auch im Fall Griechenlands spricht einiges dafür, dass die bisherige Sparpolitik auf Dauer nicht durchzuhalten ist. So hat Griechenland nach den Vorgaben der internationalen Kreditgeber seine Gesundheitsausgaben auf sechs Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes zusammengestrichen – Deutschland liegt zum Vergleich bei rund elf Prozent.

Als Folge der radikalen Einsparungen steht Griechenlands Gesundheitssystem nun vor einem Kollaps: Die Säuglingssterblichkeit ist seit Beginn der Krise um 43 Prozent gestiegen, rund 800 000 Griechen haben mittlerweile keine Krankenversicherung mehr. Allein die Normalisierung der Gesundheitsausgaben würde Griechenlands Haushaltsdefizit wieder explodieren lassen. *N.H.*

Kein Aufschrei

Von Jan Heitmann

Syriens Machthaber Baschar al-Assad tritt so selbst- und siegesbewusst auf wie schon lange nicht mehr. Angesichts der dominanten Berichterstattung über die Ukraine weitgehend unbeachtet, hat er in den vergangenen Monaten erhebliches Terrain wiedergewonnen – nicht nur geografisch, sondern auch hinsichtlich der Stimmung im Land. Die Syrien-Politik des Westens mit dem Ziel des raschen Sturzes des Assad-Regimes ist gescheitert.

Da dürfte es kaum ein Zufall sein, dass gerade jetzt die US-Regierung angeblich über Hinweise auf den Einsatz „handelsüblicher Industriechemikalien“ gegen ein von der sogenannten Opposition kontrolliertes Dorf verfügt. Von chemischen Waffen ist wohlweislich nicht die Rede, rühmt man sich doch, bereits 80 Prozent der syrischen Chemiewaffen vernichtet zu haben. Doch dieser Versuch, erneut die Empörung des Weltgewissens gegen Assad zu richten, will nicht recht fruchten. Nicht, weil die syrische Regierung den Vorwurf vehement zurückweist, sondern weil mittlerweile jedermann weiß, dass auch die „Rebellen“ zu jeder Untat fähig und bereit sind. Da gibt es nicht einmal mehr einen Aufschrei in der Welt, wenn sie zu Opfern von Chemiewaffen erklärt werden.

Chaos-Macher

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Folgt nach Libyen, Syrien und der Ukraine nun Aserbaidschan als Austragungsort für den Schlagabtausch fremder Interessen? Aserbaidschans Präsident Ilhan Alijew scheint sich darauf vorzubereiten, indem er, wie einst Viktor Janukowitsch, versucht, sich nach allen Seiten abzusichern: Er nutzt Gespräche mit dem Iran dazu, sich gegen die Ost-West-Achse, mit der er andererseits paktiert, abzusichern. Dass der Kaukasus ein Pulverfass ist, in dem seit Jahrhunderten verfeindete Ethnien in Nachbarschaft leben und in dem Konflikte jederzeit wieder aufflammen können, ist kein Geheimnis. Wenn ausländische Nichtregierungsorganisationen dazu benutzt werden, die Ideologie eines Landes oder einer Großmacht, etwa der USA oder Russlands, in eine junge Republik zu transportieren – die Republiken entstanden erst nach dem Zerfall der Sowjetunion –, tragen sie zur Verschärfung der Konflikte statt zur Befriedung der Völker bei. Die genannten Beispiele zeigen dies. Auch wenn unsere Politiker so tun, als sei ihr Handeln von moralischen Werten geprägt, zeigt die Wirklichkeit, dass ihr Drang, auf Geheiß Washingtons Demokratie in alle Welt zu exportieren, daran scheitert, dass gar nicht alle Völker eine Demokratie bevorzugen. Vor allem islamische Länder wie Aserbaidschan oder selbst die Türkei unter Erdogan haben eine andere Vorstellung davon, wie ihr Land regiert werden sollte, als die Herrscher im fernen Amerika. Moralisch verwerflich ist, dass die „Chaos-Macher“ nur deswegen Unruhen schüren, weil sie selbst ein wirtschaftliches Interesse dabei verfolgen. Bei der Einflussnahme in Aserbaidschan geht es um die Kontrolle über die Energieressourcen Zentralasiens.

Augen zu und durch

Von Rebecca Bellano

Während Pessimisten die mysteriösen US-Staatsanleiheaufkäufe über Käufer aus Belgien bereits als das erste Anzeichen einer heraufziehenden weltweiten Währungskrise deuten, da sie US-freundlichen Investoren oder den USA direkt Stützungskäufe unterstellen, messen Optimisten diesem Detail in der US-Statistik keinen nennenswerten Informationsgehalt zu. Stattdessen freuen sie sich darüber, dass am Ostermontag die Kurse für US-Staatsanleihen wieder gestiegen sind. Wirtschaftsmeldungen war zu entnehmen, dass Händler US-Staatsanleihen gerade aufgrund der Ukraine-Krise als „sicheren Hafen“ feierten und wenn selbst einige US-Investoren wie Pimco die US-Schuldpapiere verkauften, dann läge das nur an den positiven Meldungen aus der US-Wirtschaft, die wieder lukrativere Geldanlagemöglichkeiten böte als die Wertpapiere, die beispielsweise bei einer zweijährigen Laufzeit nur 0,45 Prozent böten. Und Länder wie China würden derzeit nur nicht mehr US-Staatsanleihen im großen Stil kaufen, weil sie wirtschaftliche Probleme hätten. Zudem, wenn aus den USA Stützungskäufe für US-Staatsanleihen lanciert würden, dann würde das Mekka der Geheimdienste und der Finanzindustrie doch bestimmt geschickter vorgehen und seine Spuren verwischen.

> Droht eine globale Währungskrise?

Also alles gut? Mitnichten! Denn selbst wenn sich demnächst eine logische Erklärung dafür findet, warum Investoren neuerdings über Belgien massenhaft US-Staatsanleihen kaufen, dann ändert das immer noch nichts an den gigantischen US-Staatsschulden. 17,3 Billionen US-Dollar betrug die US-Staatsverschuldung im Januar und lag damit über 108 Prozent des US-Bruttoinlandsproduktes. Für ein Land, das die Weltleitwährung Dollar stellt, ist das keine vertrauenserweckende Kennziffer. Und dann ist da auch noch der Umstand, dass sich Republikaner und Demokraten im US-Kongress nicht das Schwarze unterm Fingernagel gönnen, geschweige denn, dass sie dazu in der Lage sind, gemeinsam langfristige Lösungen für die Schuldenproblematik zu finden.

Diese finanziellen Probleme konnten die USA auch nur aufhäufen, weil sie einen treuen Geldgeber haben. Denn größter Halter von US-Schuldpapieren ist nicht China (1,27 Billionen US-Dollar), Japan (1,20 Billionen), Belgien (310 Milliarden) oder ein Großinvestor wie Pimco, sondern die US-Zentralbank Fed. Sie hält US-Staatspapiere im Wert von 2,3 Billionen US-Dollar. Zwar reduziert sie derzeit offiziell ständig den monatlichen Zukauf, der derzeit bei 55 Milliarden US-Dollar liegt, doch noch immer finanziert sie so die Politik der US-Regierung. Das Fundament, auf dem die Weltleitwährung Dollar fußt, ist also instabil.

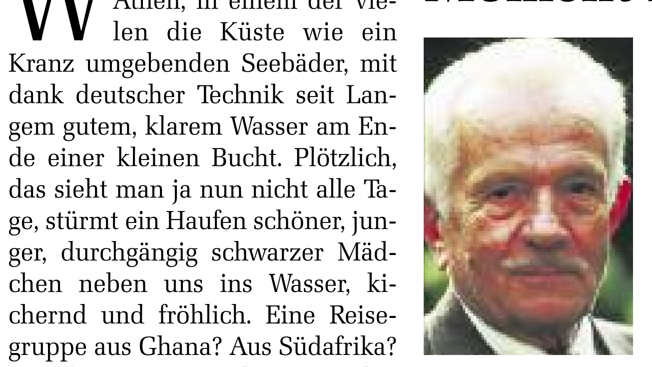
Doch warum zieht dann niemand die Reißleine? Zumindest diese Antwort ist einfach: Weil im wahrsten Sinne des Wortes alle mit drin hängen und es auch bisher keine wirkliche Alternative gibt, siehe Euro-Krise.



US-Dollar in Nöten: Wer finanziert künftig die verschuldeten USA, wenn China, Russland, Investoren und die US-Zentralbank Fed ihre Nachfrage nach US-Staatspapieren reduzieren?

Bild: action press

Moment mal!



Ein neuer Riss geht durch Deutschland

Von Klaus Rainer Röhl

Wassertaufe. Wir sind in Athen, in einem der vielen die Küste wie ein Kranz umgebenden Seebäder, mit dank deutscher Technik seit Langem gutem, klarem Wasser am Ende einer kleinen Bucht. Plötzlich, das sieht man ja nun nicht alle Tage, stürmt ein Haufen schöner, junger, durchgängig schwarzer Mädchen neben uns ins Wasser, kichernd und fröhlich. Eine Reisegruppe aus Ghana? Aus Südafrika? Aus den USA? In Athen ist nichts unmöglich. Und wie in allen Großstädten der Welt guckt niemand groß hin, wenn etwas Auffälliges passiert. Am Wasser angekommen, heben und senken sie seltsam die Arme, formieren sich zu einem Gänsemarsch, halten aber Abstand, laufen, immer eins hinter dem anderen, und streben mit seltsamen Verbeugungen auf einen Punkt im Meer zu. Dort, halbhoch im Wasser steht ein etwas älterer Schwarzer, der das erste Mädchen empfängt, ihm über die Stirn und übers Haar streicht, sich das Mädchen in seinen Arm legt, sich dann seitlich dreht und es ins Meer taucht, einmal, zweimal, dreimal. Dann das nächste Mädchen. Eine Taufe also, klar. Die rituelle Wassertaufe einer Sekte oder Religionsgemeinschaft. Aber was wir erst beim zweiten Hingucken bemerken: Alle haben ein Handy und alle filmen sich gegenseitig beim Getauft werden, aber auch beim Filmen und Zurückkommen. Anschließend stehen alle und sind wieder mit dem Handy beschäftigt. Offenbar um die neuen Fotos nach Ghana, nach Südafrika oder nach New York zu senden, zu „posten“, wie man das heute nennt. Und das Heben und Senken der Arme war das Filmen der anderen mit ihrem Handy, die Bemühung, die Taufe festzuhalten für die Ewigkeit eines Augenblicks: des Absendens der Bilder – an wen auch immer. „Schade, dass wir keinen Fotoapparat dabei haben“, sagte meine griechische Freundin, ein Reflex aus einer fernen Vergangenheit.

> Die eine Hälfte macht inzwischen fast alles online

Was uns, einmal aufmerksam geworden, auffiel und denkwürdig erschien: Ein Kleinkind, fast noch ein Baby, in einem Park in Paris, mit einem Schnuller im Mund, das in seinen Händchen, wie früher eine Rassel oder/und eine Kinderklapper, ein Smartphone umklammerte und ordentlich die Bilder der Reihe nach erscheinen ließ und beiseite wischte, während die Mutter sich seelenruhig mit einer anderen Mutter unterhielt.

Oper in Köln. Sie findet in einem Zelt statt, das ursprünglich für Musicals gebaut war, die so laut waren, dass man vor Betreten des Zuschauerraums Ohrstöpsel angeboten bekam. Nun also der „Freischütz“. Wir beobachteten eine Gruppe junger Mädchen, die offenkundig zum ersten Mal in ihrem Leben in die Oper gingen und äußerst aufmerksam zuhörten. Immerhin war es noch die Musik von Carl Maria von Weber, von guten Sängern dargeboten und vom Gürzenich-Orchester begleitet. Das war aber auch alles. Der heute üblichen Unsitte folgend, Opern und Theaterstücke aus dem 19. Jahrhundert „gegen den Strich zu bürsten“, das heißt nach Kräften zu verballhornen, war der Regisseur auf die geniale Idee gekommen, den Freischütz in einen Zirkus zu verlegen, mit roten Pappnasen und Zirkus-Kostümen. Unsere Teenager störte das nicht, denn andere Aufführungen kannten sie ja nicht, würden sie auch nie kennenlernen, da es weit und breit keine nicht „aktualisierten“ Aufführungen mehr gibt.

Kaum ist die Pause eingeläutet, löst sich die gespannte Aufmerksamkeit. Sofort beugen sich die drei Mädchen über ihr Handy, wie selbstverständlich. Jede gibt eine anscheinend wichtige Botschaft durch. Vielleicht haben sie auch Fotos gemacht und „posten“ die. Wir fragen, wie ihnen die Oper gefallen habe. Klasse. Krass. Das war nicht mal falsch. Die Oper fiel am Ende mit einem Buh-Konzert für den Pappnasen-Regisseur durch. Einmal im Gespräch, fragen wir die Mädchen, ob sie den Komponisten mögen und was sie über ihn wissen. Die Antwort ist ein sofortiges Fingerwischen. Dann zeigen sie uns triumphierend das Display. Porträt, Lebenslauf, die wichtigsten Opern, auf Wunsch Musik auf Youtube. Wisch und weg.

Die eine Hälfte der Nation versteht immer nur Bahnhof, wenn sie vom Internet, Twitter, Facebook, Instagram hört, die andere Hälfte kann sich ein Leben ohne ihr „Tablet“ oder ihr Smartphone gar nicht mehr vorstellen, wie die „Spiegel“-Redakteurin Ann-Kathrin Netzig, die ganz offen bekennt: „Ich halte das Internet für die beste Erfindung nach dem Rad.“ Allerdings gibt sie zu: „Internet und Smartphone haben mich zur Unselbstständigkeit erzogen. Ich bin nicht mehr fähig, einen Pfannkuchen zu backen oder eine Adresse zu finden ohne die Hilfe von Google.“

> Internet statt Wissen heißt die neue Devise

Die eine Hälfte der Deutschen ruft immer noch ein Reisebüro an, wenn sie einen Flug oder einen Urlaub buchen will, sie vertraut auf die ihr lange bekannten Mitarbeiter, freut sich auf die Reise und lässt sich überraschen. Die andere weiß alles schon vorher. Sie kennt alle Einzelheiten des Landes, mit Fotos, Videos und Musik. Die besten Restaurants und Sehenswürdigkeiten sind ihr bereits bekannt, und eigentlich ist nichts überraschend.

Und durch Deutschland geht ein tiefer Riss. Ist es aussichtslos zwischen den beiden Positionen zu vermitteln? Kommt ein nur noch digitales Zeitalter, eine kalte Welt der Isolation und gegenseitiger Abschottung? Oder? Drehen wir den Spieß einmal um. Das neue Medium Internet gibt dem sonst nahezu machtlosen Bürger erstaunlich viele Möglichkeiten. Nutzen wir die neue Technik, unterstützt im Notfall von unseren Enkelkindern, für die gute Sache, die wir vertreten. Nächsten Monat, bei der EU-Wahl.

Das Internet beißt nicht. Man muss es nur nutzen und viel Phantasie haben und – keine Angst. Das fordert jedenfalls ein Autor, dessen Buch schon von allen Linken schlecht besprochen wurde. (Die *PAZ* berichtete bereits über den in Istanbul geborenen, erfolg-reichen und in 17 Sprachen übersetzten Krimiautor Akif Pirincci.) Es steht bereits an der Spitze der Bestsellerlisten, und das ist gut für uns. Pirinçci sagt alles etwas laut und überdeutlich, weil er fürchtet, sonst nicht verstanden zu werden. „Mir ist es egal, ob man mich einen Nazi schimpft oder eine Klobürste!“ Der kleine Akif mit der großen Klappe will den Deutschen vor allem die Angst ausreden: „Was würde passieren, wenn sich die Hälfte aller Kneipengäste plötzlich eine Zigarette anstecken würde? Drohte den Protestpaffenden dann der Galgen? Und was würde passieren, wenn wir das Gleiche mit unserem Todfeind, der Deutschland hassenden bescheuerten Europäischen Union anstellten, ihre Schizo-Befehle verweigerten und uns ihre Raubzüge durch unser Staatsbudget verbitten würden? Dann würde auch dieses Gesindel innerhalb von zwei Monaten pleitegehen. Aber wir werden uns nicht widersetzen, wir werden weder in der Kneipe rauchen noch die Zahlungen an die EU einstellen. Weil wir Angst haben. Gott weiß wovor. Wir sind Opfer unserer eigenen Angstdämonen.“

Bravo, Akif. Fangen wir an, die Dämonen zu vertreiben. Wir sind stärker, als wir denken.

Herr der Klassiker

Einflussreicher Verleger von Goethe, Schiller & Co.: Der vor 250 Jahren geborene J. F. Cotta

Ohne den am 27. April 1764 in Stuttgart geborenen Johann Friedrich Cotta wäre die deutsche Klassik und Romantik vielleicht nur ein laues Lüftchen geblieben. Seine Cotta'sche Verlagsbuchhandlung verbreitete die Schriften der Dichter und Denker und machte sie so erst berühmt.

Eine bedeutende Persönlichkeit in der deutschen Verlags- und Literaturgeschichte ist Johann Friedrich Cotta. 1817 geadelt und 1822 in den Freiherrnstand erhoben, trug er seitdem den Familiennamen Cotta von Cottendorf. Dem Unternehmergeist des Verlegers von Goethe, Schiller, Kleist und zahlreichen anderen Klassiker verdankt der heutige Verlag Klett-Cotta mit einiger Wahrscheinlichkeit sein über 350-jähriges Bestehen. 1787 wurde Cotta Inhaber der Cotta'schen Buchhandlung in Tübingen, die schon damals eine lange Tradition hatte, und führte sie zu Weltruhm.

Gründer der Tübinger Verlagsbuchhandlung war Cottas Urgroßvater Johann Georg Cotta (1631–1692), der durch Eheschließung in den Besitz von Sortiment und Verlag eines Buchgeschäftes gekommen war, das er seit 1659 unter dem Namen J. G. Cotta'sche Buchhandlung fortführte. Die Firma blieb in Familienbesitz, sie war aber hoch verschuldet, als sich Johann Friedrich Cotta im Alter von 23 Jahren nach einem Mathematik-, Geschichts- und Jurastudium entschloss, seine beruflichen Pläne zu ändern, um die marode Buchhandlung käuflich zu erwerben.

Dank seiner umsichtigen Kalkulation und günstiger Umstände setzte eine wirtschaftliche Gesundung des Unternehmens ein. Erneut belebte Cotta die verlegerischen Aktivitäten und ging dabei hohe Risiken ein. So gewährte er den von ihm unter Vertrag genommenen Schriftstellern großzügige Vorauszahlungen, womit er Autoren wie Friedrich Schiller zu einem sorgenfreien Leben verhalf. Im Mai 1794 war er Schiller erstmals begegnet, als dieser seinen früheren Lehrer an der Tübinger Karlsschule besuchte. Es begann eine enge geschäftliche Verbindung, aus der sich bald darauf eine Freundschaft entwickelte. Cotta übernahm 1795 den Verlag der von Schiller herausgegebenen Monatsschrift „Die Horen“, die als wichtiger Impulsgeber der Weimarer Klassik gilt. Als Autoren wirkten führende Künstler und Gelehrte der Zeit mit wie Goethe, Johann Gottlieb Fichte und Wilhelm von Humboldt.

Über Schiller wurde der Kontakt zu Goethe geknüpft, den Cotta 1797 in seinem Haus nahe der Stiftskirche empfing. Nach dieser ersten Begegnung äußerte sich Goethe äußerst positiv: „Je näher ich ihn kenne, desto besser gefällt er mir; für einen Mann von strebender Denkart und unternehmender Handlungsweise hat er so viel Mäßiges, Sanftes und Gefasstes, so viel Klarheit und Beharrlichkeit, daß er mir eine seltene Erscheinung ist.“

Zwar wurde das Erscheinen der „Horen“ schon 1797 eingestellt, aber die auf Vertrauen gestützte Verbindung des Tübinger Verlegers mit den beiden berühmten Dichtern war von Dauer. Verlierer dieser fest gegründeten Allianz war der vorherige Verleger von Goethe und Schiller, Georg Joachim Göschen. Es folgten Vertragsabschlüsse mit anderen bedeutenden Schriftstellern, darunter Hölderlin, Hebel, Uhland, Schwab, Schelling, Fichte, Heinrich von Kleist und Pestalozzi. 1806 erschien bei Cotta die erste Gesamtausgabe der Werke Goethes. Von 1806 bis 1867 verfügte der Cotta'sche Verlag über das ausschließliche Recht, Werke von Schiller und Johann Wolfgang von Goethe zu veröffentlichen.

Auf Anregung Schillers gründete Cotta 1798 eine politische Tageszeitung, deren Name „Neueste Weltkunde“ noch im selben Jahr in „Allgemeine Zeitung“ umgeändert wurde. Diese, eine der wichtigsten Zeitungen Deutschlands im 19. Jahrhundert, erschien seit 1803 in Ulm, seit 1810 in Augsburg und seit 1882 in München. 1824 wurde in der Druckwerkstatt die erste Dampfschnellpresse Bayerns aufgestellt. Jahrzehntelanger Erfolg war auch Cottas Kulturzeitschrift „Morgenblatt für gebildete Stände“ beschieden, die er 1807 gründete. In dasselbe Jahr fällt auch die Eröffnung einer lithografischen Anstalt in Stuttgart, der ersten in Württemberg. Bereits von 1798 bis 1803 hatte Cotta in Stuttgart auch eine Verlagsfiliale unterhalten, die 1810 Geschäftssitz wurde. 1820 erfolgte die Gründung des „Polytechnischen Journals“, der führenden technischen Zeitschrift des 19. Jahrhunderts.

Auf diplomatischer Ebene war Cotta 1799 und 1802 in Erscheinung getreten, als er sich in Paris aufhielt, um die Interessen Württembergs in Frankreich zu vertreten. Auf dem Wiener Kongress plädierte er im Auftrag der deutschen Buchhändler zusammen mit Friedrich Bertuch für die Klärung rechtlicher Fragen und für Pressefreiheit. Gleichzeitig mit seiner Erhebung in den Adelsstand erhielt er von preußischer Seite den Titel „Geheimer Hofrat“.

Seit 1819 war er Mitglied des württembergischen Landtags, seit 1829 ritterschaftlicher Abgeordneter des Schwarzwaldkreises. Zudem wurde der rechtskundige Verleger zur Mitarbeit bei verschiedenen Gesetzgebungsverfahren herangezogen, so für die Schaffung des Deutschen Zollvereins. Als Privatmann war er Aktionär bei Dampfschifffahrts-Gesellschaften, auch besaß er mehrere Landgüter.

Nach seinem Tod am 29. Dezember 1832 in Stuttgart ging das mit einem hohen Passivstand belastete, weitverzweigte Geschäft an seinen Sohn Freiherr Johann Georg von Cotta über, der weiterhin Ausgaben deutscher Klassiker verlegte, darunter Geibel, Uhland, Rückert, Platen, Kerner und Mörike; ferner Alexander von Humboldt, Ranke und Gregorovius. Für Prachtausgaben gewann er Künstler wie Schnorr von Carolsfeld, Wilhelm Kaulbach und Moritz von Schwind.

Seit 1839 galt der Greif als Verlagszeichen. Freiherr Georg von Cotta erwarb die Göschensche Verlagsbuchhandlung in Leipzig und gründete Bibelanstalten in Stuttgart und München. 1865 übernahm sein ältester Sohn Freiherr Georg Adolf von Cotta den Verlag, den er 1889 an die Brüder Adolf und Paul Kröner verkaufte. Unter dem Firmennamen J. G. Cotta'sche Buchhandlung wurden die Geschäfte fortgeführt, seit 1899 als GmbH. Alle Anteile an der Firma erwarb 1977 der Ernst Klett Verlag. Der abgekürzte Firmenname lautet seitdem Klett-Cotta. *D. Jestrzemski*



Verlagsgenie Johann Friedrich Cotta im Kreis seiner ebenso genialen Autoren: Goethe, Droste-Hülshoff, Hegel, Kleist, Alexander v. Humboldt und Schiller (von links unten). Bilder: mauritius (1), Archiv (6)

Wagners liebster Feind

Diese Kränkung konnte Richard Wagner nicht überwinden. Als Giacomo Meyerbeer preußischer Generalmusikdirektor der Berliner Oper war, wollte sich Wagner bei ihm regelrecht „einschleimen“, damit seine frühen Opern Aufnahme ins Berliner Repertoire fanden. Wagner huldigte: „Meyerbeer schrieb Thaten der Musik, Musik, wie sie vor ihm Händel, Gluck und Mozart schrieben, und diese waren Deutsche und Meyerbeer ist ein Deutscher.“

Diese Lobhudelei nutzte nichts. Meyerbeer ließ die Werke des Kollegen nicht ins Haus. Jahre später, als Meyerbeer der gefeierte Komponist an der Pariser Oper war, rächte sich Wagner nach einem Besuch in der Seine-Stadt 1849: „In den letzten Jahrzehnten sind unter Meyerbeers Geldeinflusse die Pariser Opernkunstangelegenheiten so stinkend scheußlich geworden, daß sich ein ehrlicher Mensch nicht mit ihnen abgeben kann.“ In seinem antisemitischen Pamphlet „Das Judentum in der Musik“ ist Meyerbeers Schaffen neben dem Mendelssohn Bartholdys ein Beispiel für die künstlerisch „seelenlose“ Musik von Juden.

Als Wagner das schrieb, war Meyerbeer am Zenit angelangt. Weder Rossini noch Berlioz noch Wagner übertrafen ihn zu seinen Lebzeiten in der Publikumsgunst.



Seit 150 Jahren tot: Meyerbeer

Der 1791 in Tasdorf bei Berlin als Jakob Liebmann Meyer Beer geborene Preuße, schrieb in seinen Jahren in Paris, wohin er 1814 erstmals zog und wo er als Meyerbeer lebte, einen Opernhit nach dem anderen: „Robert der Teufel“ (1831), „Die Hugenotten“ (1836), „Der Prophet“ (1849) und „Die Afrikanerin“ (postum 1865).

Meyerbeer nahm die Schmähungen Wagners gelassen hin. Dessen großer Stern ging erst so richtig auf, als Meyerbeer vor 150 Jahren, am 2. Mai 1864, starb. Heute ist Wagner der Star und Meyerbeer nahezu vergessen. *tws*

»Ein Abgrund an Landesverrat«

»Spiegel«-Affäre verfilmt – Die Rolle von Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister in neues Licht gerückt

Geschichtsthemen verkaufen sich im Fernsehen gut. Kaum eine Woche, in der nicht ein neuer Film einen der beiden Weltkriege, die 68er, Baader-Meinhof, Honecker, Mauerbau und -fall oder kürzlich sogar die Wulff-Affäre wiederkäut. Jetzt serviert uns das öffentlich-rechtliche Fernsehen einen Fall, der eher eine geschichtliche Randnotiz in den frühen 1960er Jahren darstellt: „Die Spiegel-Affäre“.

Am 2. Mai auf Arte und am 7. Mai im Ersten ist um jeweils 20.15 Uhr der beste Sendeplatz für eine allerdings in jeder Hinsicht gelungene Geschichtsstunde reserviert. Bei diesem spannenden Duell zwischen dem „Spiegel“-Macher Rudolf Augstein und dem damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß erlebt der Zuschauer eine zeitlose Lektion über den bewusst inszenierten Sturz des tragischen Helden.

Zu Guttenberg, Wulff, Schavan, Friedrich – sie alle mussten aus banalen Gründen zurücktreten, weil die Öffentlichkeit auf sie eingetreten hat. „Wir haben den Film auch in Hinblick auf heutige Affären gedreht“, sagt Regisseur Roland Suso Richter über seinen Film, „wenn ich mit dem Film in eine Redaktionsstube hineinschaue und das Ego von Meinungsmachern zeige, dann ist das etwas, was der heutigen Zeit sehr gleicht.“ Heute wird bei Politikern auch gefragt, ob man da etwas ausgraben kann, um den einen oder anderen fertigzumachen.

In dem Film ist es die „Chemie“, die zwischen dem nordisch kantigen Augstein und dem bayerisch-barocken Urgestein Strauß nicht stimmt, kurz: Sie können sich nicht riechen. „Der Mann muss weg“, entscheidet Augstein nach einem nächtlichen Gelage in seiner Villa mit Strauß, als dieser sich im Suff als Atombombenbefürworter ausweist.

Von nun an schreibt die „Spiegel“-Mannschaft den Verteidigungsminister regelrecht „weg“. Am Ende skandalisiert die Politik einen eigentlich faden Artikel mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“, in dem zuvor schon bekannt gewordene Pläne des Verteidigungsministeriums zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr enthüllt werden. In dem Zusammenhang wurde das Hamburger Verlagshaus polizeilich durchsucht und Haftbefehle gegen führende Redakteure erlassen. Herausgeber Augstein saß sogar 103 Tage in Untersuchungshaft.



Da steckt ein kluger Kopf hinter: Sebastian Rudolph als Augstein

Bild: Bayerischer Rundfunk

Kanzler Adenauer spielte den Empörten. „Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande“, schimpfte er im Parlament am 7. November 1962. Dass er seinen Verteidigungsminister selbst verriet und ihn fallen ließ, weil er ihm wegen seines Ehrgeizes gefährlich werden konnte, zeigt der Film aber auch.

Regisseur Richter hat den Film nicht mit den üblichen Stars besetzt. Seine Lieblingsschauspieler wie Kai Wiesinger, mit dem er 1997 mit dem Knastfilm „14 Tage lebenslänglich“ erfolgreich war, Heino Ferch oder Thomas Kretschmann sind diesmal nicht mit dabei. Stattdessen sieht man unverbrauchte Gesichter wie die von Sebastian Rudolph, der dem hageren Augstein auch äußerlich ähnlich ist, oder Francis Fulton-Smith, der „zwei Monate lang ordentlich gefuttert hat“ (Richter), um der fülligen Statur von Strauß nahezukommen. Und Alexander Held spielt den Untersuchungsrichter Siegfried Buback, den er schon im Film „Der Baader Meinhof Komplex“ verkörpert hat.

Basierte schon der Terroristen-Film auf einer Vorlage des Ex-Chefredakteurs des „Spiegel“ Stefan Aust, so hat dieser auch bei der „Spiegel-Affäre“ als Autor mitgewirkt. Aust plaudert praktisch aus dem Nähkästchen. Das gilt besonders hinsichtlich des Porträts von Rudolf Augstein, das nicht gerade schmeichelhaft ausfällt. Der „Spiegel“-Gründer erscheint hier als ein wollüstiges und rücksichtsloses Alpha-Tier.

Weil er Strauß zu Fall gebracht und das Thema Pressefreiheit zum Politikum gemacht hat, sei Augstein für ihn aber kein Held, betont Regisseur Richter. Im Film ist Augstein auch der Anti-Held, denn er hat sich das Ziel gesetzt, einen Mann zu vernichten. Das kommt einem bekannt vor.

Deswegen sind auch Geschichtsthemen derzeit modern: Sie bieten sich als Folie für heutige Affären, Skandale, Attentate oder Unglücke an. Richter hat Erfahrungen damit, hat er doch mit „Der Tunnel“, „Das Wunder von Berlin“, „Dresden“ und „Mogadischu“ bereits ähnliche historische Dramen verfilmt. Sein nächstes Projekt ist übrigens „Grzimek“, ein Filmporträt des liebsten TV-Onkels. *Harald Tews*

MELDUNG

Menzel-Bild zurück in Berlin

Berlin – Vor wenigen Tagen ist die Gouache „Aschermittwochmorgen“ von Adolph von Menzel (1815–1905) nach Berlin zurückgekehrt. Das Werk galt seit dem Zweiten Weltkrieg als verschollen. Vor einigen Jahren wurde die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) auf seinen Verbleib im Litauischen Kunstmuseum in Wilna aufmerksam. Im Zuge eines Gerichtsverfahrens erkannte das Bezirksgericht Wilna das Bild als Eigentum der SPK an. Das 1885 auf braunem Papier entstandene, 39,4 mal 24,7 Zentimeter große Werk wurde im Jahr seiner Entstehung für die Berliner Museen erworben. Im Zweiten Weltkrieg wurde es, wie auch andere Bestände der Museen, zum Schutz vor Luftangriffen ausgelagert. „Aschermittwochmorgen“ befand sich ab März 1944 im Keller des Berliner Reichsbankgebäudes und galt seit 1945/46 als verschollen. Die Gouache zählt zu den bedeutendsten Stadtansichten Menzels, der durch Historien-Bilder wie „Flötenkonzert Friedrichs des Großen in Sanssouci“ oder „Krönung Wilhelms I. in Königsberg“ berühmt wurde. *tws*

»Der Friede scheint gerettet«

Vor 75 Jahren kündigte Berlin den Nichtangriffspakt mit Warschau und das Flottenabkommen mit London

Die Schatten eines drohenden Krieges wurden länger, als das Deutsche Reich am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt kündigte. Das ohnehin labile Verhältnis zwischen beiden Staaten war vor 75 Jahren durch eine Reihe von Verweigerungen und Provokationen besonders stark belastet.

Der Kündigung des Nichtangriffspakts war einen knappen Monat zuvor eine französisch-britische Erklärung vom 31. März 1939 vorausgegangen, in der die beiden westeuropäischen Großmächte Polen jeden Beistand zusicherten, sollte es militärisch bedroht werden. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde der mutmaßliche Aggressor benannt: Deutschland. Gleichzeitig hatte Polen einen vom Deutschen Reich gewünschten Beitritt zum Antikominternpakt sowie Forderungen nach einer exterritorialen Eisenbahn und einer Autobahn durch den polnischen Korridor entschieden abgelehnt.

Obwohl Adolf Hitler die französisch-britische Erklärung vom März für bloßes Säbelrasseln hielt, reagierte er scharf. Er kündigte umgehend den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen. Dazu nutzte er eine Rede in der Berliner Krolloper, die mit großem Propagandaufwand angekündigt worden war. Für die jüngeren Schüler gab es schulfrei, die Geschäfte schlossen um 12 Uhr, in den Betrieben, Gaststätten, Kinos und Theatern wurden die Radios aufgedreht, eigens zu dem Anlass erschien eine Sonderbriefmarke. Noch während Hitler sprach, wurden in Warschau und London die Kündigungsschreiben überreicht. Ein Sonderflugzeug brachte 100 Abschriften nach Paris.

Es war niemals mit offenen Karten gespielt worden. Zwar war der deutsch-polnische Nichtangriffspakt im Januar 1934 geschlossen worden, aber bereits im Herbst des Jahres erklärte Hitler einigen höheren Parteifunktionären: „Alle Abmachungen mit Polen haben nur vorübergehenden Wert. Ich denke gar nicht daran, mich ernstlich mit Polen zu verständigen.“

Das politische Schachern mit Pakten und Bündnissen, das Europa bereits in den Ersten Weltkrieg hatte taumeln lassen, wurde nach dessen Ende mit immer neu gemischten Karten fortgesetzt. Nachdem preußische Provinzen als Folge des Vertrages von Versailles Polen hatten überlassen werden müssen und Danzig zur Freien Stadt erklärt worden war, seit der Polnische Korridor das Reich durchschnitt, galt Polen in der Weimarer Republik als Feind Nummer 1. Die Wunde war tief. 1925 hatte Gustav Stresemann noch gegenüber dem polnischen Außenminister erklärt, er lehne den förmlichen Verzicht auf die Möglichkeit eines Krieges ab. Vielmehr schlossen die Weimarer Republik und die Sowjetunion 1926 den Berliner Vertrag, in dem eine militärische Zusammenarbeit vereinbart wurde. Damit sollte Polen geschwächt werden, denn die Reichsregierung wollte ebenso wie die UdSSR die Grenzen zur Republik Polen revidieren. 1931 wurde eine Verlängerung des Vertrages um drei Jahre vereinbart.

Polen, zu dieser Zeit mit Frankreich verbündet, schloss 1932 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Gleichzeitig warb Benito Mussolini für die Bildung eines „Viererpaktes“, dem Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien angehören sollten. Auch dieses Bündnis – das niemals zustande kam – wurde von Polen als Bedrohung empfunden. Die Regierung in Warschau, deren Streitkräfte zu jenem Zeitpunkt denen des Reiches deutlich überlegen waren, drohte Deutschland mit Krieg, sollte der Viervertrag ratifiziert werden. Die Stimmung war nationalistisch aufgeheizt.



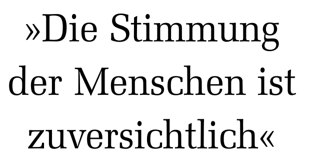
Da galt der Nichtangriffspakt noch: Adolf Hitler empfängt den polnischen Außenminister Jozef Beck (Mitte) auf der Freitreppe des Berghofes auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden Bild: Ullstein

Immer wieder kam es im Polnischen Korridor und in der Freien Stadt Danzig zu Übergriffen auf Deutsche, die deutsche Bevölkerung im polnischen Staatsgebiet wurde drangsaliert. Ein Krieg schien jederzeit möglich.

In dieser Situation setzte Hitler 1933 auf Entspannung. Er wirkte auf die Parteigenossen in Danzig mäßigend ein und tastete sich diplomatisch auf vermintem Terrain vor. Die Reichswehr war noch schwach, und Hitler sprach von Frieden. Immer wieder wies er darauf hin, dass er sich als einziger deutscher Politiker für die Versöhnung mit Polen einsetze.

Zu den Zeichen guten Willens gehörte auch das erste Fußball-Länderspiel gegen Polen im Dezember 1933 in Berlin. Es wurde im Poststadion ausgetragen, weil das Deutsche Stadion im Grunewald gerade für die Olympischen Spiele 1936 umgebaut wurde. 35000 Zuschauer sahen ein spannendes Spiel, das erst in letzter Minute mit einem Siegtor für die deutsche Mannschaft endete. Die Stimmung bei beiden Mannschaften war prächtig. Zwei Monate nach diesem Spiel, am 26. Januar 1934, unterzeichneten Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath und der Botschafter Polens in Berlin, Jozef Lipski, in der Reichshauptstadt einen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt – Polen übrigens, ohne den französischen Verbündeten zuvor in Kenntnis gesetzt zu haben.

Was die Stunde 1939 nach der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts geschlagen hatte, wurde in Deutschland unterschiedlich bewertet. Ein Angriff auf Polen habe ohne Kriegserklärung zu erfolgen, hatte Hitler für den „Fall Weiß“ angeordnet. Die militärische Bedeutung erläuterte das Buch „Kriegskunst heute und morgen“, verfasst von dem Oberst im Generalstab Hermann Foertsch. Auszüge aus diesem Buch wurden im April 1939 in deutschen Zeitungen veröffentlicht: „Jeder Deutsche steht heute in der großen Wehrgemeinschaft des Dritten Reiches und für jeden Deutschen ist es wichtig, die richtigen Vorstellungen über alles zu haben, was mit der großen Landesverteidigung zusammenhängt ... Eine Kriegseröffnung durch Überfall hat nur dann wirklichen Sinn, wenn der Erfolg eines solchen Überfalls kriegsentscheidende Wirkung hat. Er muss lohnen ... Auch bedeutet die überfallartige Kriegseröffnung eine politische Belastung, die zu Beginn des Kriegs kaum in Gewicht fällt, bei Verlust des Krieges sich aber sehr ungünstig auswirken kann.“



»Die Stimmung der Menschen ist zuversichtlich«

Während derartige Überlegungen allgemein publiziert wurden, atmeten viele Deutsche nach Hitlers Rede in der Krolloper auf. „Welche Entspannung! Hitlers Rede kein Kriegssignal“, notierte der Schriftsteller Jochen Klepper in seinem Tagebuch. „So viel ist in den vergangenen Wochen über einen möglichen Krieg gesprochen worden. Und jetzt hat Hitler zwar zwei wichtige Verträge gekündigt, zugleich aber scheinbar neue Verhandlungen angeboten. Die Stimmung der Menschen ist zuversichtlich: Der Friede scheint gerettet.“ *Klaus J. Groth*

Vorboten der Friedlichen Revolution

Aus dem Tagebuch von Vera Lengsfeld: April 1989

Die *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld war seit den 1970er Jahren in der Opposition gegen das SED-Regime aktiv und seitdem Mitorganisatorin aller wichtigen Veranstaltungen der Friedens- und Umweltbewegung der DDR. 1988 wurde sie wegen „Versuchter Zusammenrottung“ verhaftet und nach einem Monat in den Westen abgeschoben. Am Morgen des 9. November 1989 in die DDR zurückgekehrt, wurde sie Mitglied der Verfassungskommission des Runden Tisches und später der ersten und zugleich letzten frei gewählten Volkskammer. Von 1990 bis 2005 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. An dieser Stelle wird die bekannte Bürgerrechtlerin monatlich aus eigenem Erleben über die Ereignisse der Jahre 1989/90 in der DDR berichten.

Das Eis bricht im Frühling der Friedlichen Revolution: Im April 1989 bekommt das Sozialistische Lager unübersehbar kräftige Risse.

In der DDR veröffentlicht das SED-Regime nur zwei Tage nach der Ankündigung, das Reisegesetz erneut zu novellieren, eine Bestimmung, nach der zukünftig Ehepaare auch gemeinsam zu besonderen Anlässen wie runden Geburtstagen, Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen Verwandte in der Bundesrepublik besuchen dürfen. Bisher durfte immer nur ein Partner fahren. Der andere blieb sozusagen als Pfand zurück.

Eine Novelle des Reisegesetzes war bereits Anfang des Jahres verabschiedet und in tausenden Eingaben der Bevölkerung als unzureichend empfunden worden. Was im Jahr zuvor noch als revolutionäres Zugeständnis begrüßt worden wäre, genügt nicht mehr.

Auch die Evangelische Kirche der DDR kritisiert umgehend die neue Reiseordnung. Sie verweist auf die Reformpolitik in Polen und Ungarn, wo es längst nicht mehr nur um Zugeständnisse, sondern um grundlegende Veränderungen geht. Die Kirche will sich nicht mehr mit der ihr zugedachten Rolle als nichtmarxistisches Legitimationselement des SED-Staates begnügen. Sie will sich aktiv einmischen, nicht nur von den Oppositionsgruppen zum Handeln getrieben werden und nimmt deshalb mit deutlichen Worten die mangelnde Bereitschaft des Honecker-Regimes ins Visier, echte Reformen zuzulassen. Mit dem Hinweis, dass das, was in Polen und Ungarn möglich ist, in der DDR nicht unmöglich sein kann, eröffnet sie die Phase der offenen Auseinandersetzung mit dem Staat. Von diesem empfindlichen Schlag wird sich das Regime nicht mehr erholen.

Die Regierung Honecker spürt eine weitere Gefahr und versucht, sich aus der Schusslinie zu bringen.

Staats- und Parteichef Erich Honecker, der gleichzeitig der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates ist, schafft etwas ab, das es offiziell gar nicht geben durfte: den Schießbefehl. Er reagiert damit auf die anhaltenden Proteste gegen die Schießereien an der Grenze, denen zwei Monate zuvor der 20-jährige Chris Gueffroy zum Opfer gefallen war. Die unaufhörlichen Fluchtversuche sorgten in den letzten Wochen immer wieder für Unruhe. Das Regime befürchtet einen massiven Imageschaden.

Der Schießbefehl war eine der schlimmsten Willkürmaßnahmen des SED-Staates. Entsprechend hartnäckig wird seine Existenz immer noch geleugnet. Ein schriftliches Dokument fehlt. Immerhin wurden in der Verfassung der DDR 1982 Bestimmungen verankert, nach denen Schusswaffengebrauch nur bei Notwehr und nach klaren Warnungen legitimiert war.

Demnach waren die Schüsse an der Grenze ein wissentlicher Bruch der Verfassung.

Das beweist ein Stasi-Dokument von 1983, das noch deutlicher wurde: „Es ist notwendig, ... dass Sie ... die Schusswaffe konsequent anwenden, um den Verräter zu stellen bzw. zu liquidieren.“ Und weiter: „Zögern Sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zunutze gemacht haben.“

Als hätte das Regime nicht schon Ärger genug, wird einen Monat vor den Kommunalwahlen die Versorgungslage in der DDR immer prekärer. Viele Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs, vor allem Obst und Gemüse, sind in den Kaufhallen nur noch vormittags vorrätig. Wer keine Gelegenheit hat, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen, steht abends vor halb leeren Regalen. Eine solche Knappheit hat es seit Beginn der 70er Jahre nicht mehr gegeben.

Das heizt die Stimmung im Lande an. Die Staatssicherheit der DDR arbeitet auf Hochtouren: Sie erstellt einen umfangreichen Bericht über die von der Opposition geplanten Aktivitäten zu den Kommunalwahlen. Die Bandbreite reicht von Aufrufen zum Boykott der Wahlen bis hin zu Aufrufen, gegen die Einheitsliste zu stimmen. Ein solches Ausmaß an Aktivitäten, einen solchen Willen zum Widerspruch hat die Staatssicherheit nie zuvor festgestellt.

Sie kann nicht ahnen, dass sie bis zu ihrer Auflösung nicht mehr zum Ausruhen kommt und ständig Sonderschichten fahren muss.

Durch die ZDF-Sendung „Kontraste“, die über DDR-Bürgerrechtler berichtet, die für freie Wahlen in der DDR eintreten oder einen Wahlboykott fordern, wird das Vorhaben der Opposition im ganzen Land bekannt. Schließlich flüchtet die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung allabendlich per TV in den Westen.

Im Ergebnis besteht in Mecklenburg die Einheitsliste bereits nicht mehr zu 100 Prozent aus Vertretern der Parteien der Nationalen Front. Bei einer Listenaufstellung war ein unabhängiger Kandidat mit genügend Unterstützern aufgetaucht und prompt nominiert worden. Niemand traute sich, diese Panne auszubügeln.

In der Sowjetunion geht es längst nicht mehr nur um Kommunalwahlen.

Dort findet der zweite Wahlgang zum Kongress der Volksdeputierten statt. Zu den Kandidaten zählt auch der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow. Mit seiner Wahl endete eine der spektakulärsten Dissidentenkarrieren der Sowjetunion.

Schon als Wissenschaftler und Mitwirkender am sowjetischen Atomwaffenprogramm hatte Sacharow begonnen, sich gegen die Atomtests der Sowjetunion auszusprechen. Als er sich 1968 auch noch gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die sowjetischen Truppen wandte, bekam er Berufsverbot. Danach wurde er zum bekanntesten Dissidenten der UdSSR und zum Leitbild für viele Oppositionelle in Osteuropa.

In Polen unterzeichnen Regierung und Opposition als erstes Zwischenergebnis der Verhandlungen am Runden Tisch einen „Gesellschaftsvertrag“ über Reformen. Dieser Vertrag war noch nicht viel mehr als eine erste Einigung über die Ausgangspositionen, die bisher aus Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Kommunisten noch nicht publiziert worden waren.

Während in Polen, Ungarn und der UdSSR längst mit den Oppositionellen verhandelt wird, denkt man in der DDR darüber nach, wie man Proteste aus der Bevölkerung gewaltsam unterbinden kann.

In Leipzig berät die SED-Führung über den Einsatz von Kampfgruppen gegen oppositionelle Demonstranten. Sie werden für Einsätze vorgesehen, bei denen Polizei oder Staatssicherheit aus Gründen der Gesichtswahrung gegenüber dem Ausland nicht eingesetzt werden soll. Jeder Chef der Bezirksparteileitung ist gleichzeitig der Militärische Oberkommandierende des Bezirks. Das war auch Hans Modrow, Bezirkschef von Dresden, bevor er als sogenannter Reformer letzter Partei- und Staatschef der DDR wurde.

Am Ende werden auch die Kampfgruppen das Regime nicht mehr retten können.

Die Autorin dieses Beitrags ist Verfasserin des unlängst erschienenen Buches „1989 – Tagebuch der Friedlichen Revolution – 1. Januar bis 31. Dezember“, TvR Medienverlag Jena.

Vom Hass auf Napoleon getrieben

Friedrich Gentz führte auf dem Wiener Kongress Protokoll und gilt als einer der Väter der Karlsbader Beschlüsse

An der Seite und als Feder des österreichischen Regierungschefs Clemens von Metternich wurde Friedrich Gentz zur Zielscheibe der nationalliberalen Bewegung. Dabei war der Publizist im Staatsdienst ursprünglich nicht nur Preuße, sondern sogar preußischer Beamter und darüber hinaus ein Verteidiger von Aufklärung und Französischer Revolution

Der am 2. Mai 1764 in Breslau geborene Friedrich Gentz entsprach so gar nicht dem gängigen Bild des korrekten preußischen Beamten. Er war Genießer, liebte neben Speis und Trank auch die Frauen und nicht nur eine, neigte dazu, über seine Verhältnisse zu leben, arbeitete lieber zuhause als im Büro und hatte einen bohemienhaften Lebensstil. Wenn auch zu seiner Verteidigung angeführt wird, dass er dafür nichts tat, was seinen politischen Überzeugungen widersprach, so war er doch auch empfänglich für Zuwendungen, um das Leben eines Grandseigneurs finanzieren zu können. Darüber hinaus war er eitel, Schmeicheleien zugänglich und über alle Maßen mitteilsam.

Dabei stammte der gebürtige Preuße, der mütterlicherseits mit dem hugenottischen Minister Preußens Jean Pierre Frédéric Ancillon eng verwandt war, väterlicherseits aus einer preußischen Beamtenfamilie. Sein Vater war Münzmeister, später Generalmünzdirektor in Berlin. Ungeachtet seines Naturells schickte sich der junge Friedrich Gentz an, die Familientradition fortzusetzen. Nach Schulbesuch in Breslau und Berlin ging er auf Wunsch des Vaters an die Königsberger Albertina, wo er Jura studierte. Dort gehörte er zum Schülerkreis Immanuel Kants. Die Königsberger Geistesgröße sprach seinen Intellekt an, formte aber nicht seinen Charakter. Vom kategorischen Imperativ oder dem preußischen Ideal, im Dienste für Gemeinschaft, Staat und/oder König aufzugehen, war Gentz' Streben weniger geprägt. Vielmehr strebte er nach Selbstverwirklichung.

Nichtsdestotrotz schlug er nach einem zweijährigen, unvollendeten Jurastudium 1785 die Beamtenlaufbahn ein. Standesgemäß heiratete er acht Jahre später die Tochter des Oberbaurats David Gilly. Die Rolle eines Rädchens im preußischen Staatsapparat genügte ihm jedoch nicht. Bereits in der Schule waren sein gewandter Stil und seine Rednergabe aufgefallen.



Friedrich Gentz: Undatierter Kupferstich von Johannes Lindner nach einem Gemälde von Friedrich Lieder aus dem Jahre 1824 Bild: akg

Deshalb versuchte sich der Beamte zusätzlich in der Publizistik. Damit verband er die Hoffnung, seine Beamtenbezüge aufbessern zu können und aus dem Gros der namenlosen Staatsdiener hervorzustechen.

Wie viele seiner geistig aufgeweckten und aufgeschlossenen Zeitgenossen war Gentz ein Kind der Aufklärung und stand der Französischen Revolution als dem vermeintlichen Versuch, der Vernunft an die Macht zu verhelfen, positiv gegenüber. Hiervon ist auch sein erster schriftstellerischer Versuch, „Ueber den Ursprung und die obersten Prinzipien des Rechts", geprägt, der 1791 in der „Berlinischen Monatsschrift" erschien.

Wie viele deutsche Geistesgrößen entfremdeten ihn jedoch schließlich die gewaltsamen Exzesse vom französischen Experiment. Geradezu einen Hass entwickelte er auf Napoleon, der nach der Hegemonie auf dem Kontinent strebte. Eine neue politische Heimat fand Gentz in England, das mit einer Konsequenz und Kontinuität wie keine andere europäische Großmacht Napoleons Hegemonialstreben Widerstand entgegensetzte. Im Geiste der Briten setzte Gentz nun auf Reformen statt auf Revolutionen sowie auf Gleichgewicht. Den Briten und Clemens von Metternich geistig verwandt, setzte er auf ein von Großbritannien unterstütztes sowie von Preußen und Österreich einvernehmlich geführtes Deutschland als ruhenden Pol gegenüber Hegemonialbestrebungen Frankreichs (und später Russlands). Beredten Ausdruck findet Gentz' Hinwendung zu den Briten in seiner von Wohlwollen und Empathie geprägten kommentierten und erweiterten Übersetzung von Edmund Burkes Werk „Betrachtungen über die französische Revolution" aus dem Jahre 1793.

Gentz' unverblümt antinapoleonische Einstellung in seinen nun folgenden Veröffentlichungen kollidierte mit der Neutralitätspolitik Friedrich Wilhelms III., der 1797 das Erbe seines Vaters antrat. Zusätzlich erschwert wurde Gentz' Stellung durch seine Scheidung, seine Schulden und dadurch, dass er es wagte, an seinen neuen König zu dessen Regierungsantritt mit Empfehlungen heranzutreten.

Dank Kontakten mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Johann Philipp von Stadion, gelang ihm der Wechsel in die Dienste des damals napoleonkritischeren Österreich. Finanziell gesichert durch feste Bezüge, aber von allen Regierungsgeschäften entbunden, konnte der kaiserlich königliche Rat sich nun der antinapoleonischen Propaganda hingeben. In Österreichs Hauptstadt wurde er zum Sammelpunkt der antinapoleonischen Agitation. 1805 kam es schließlich zum Ausbruch des Dritten Koalitionskrieges zwischen Österreich und Frankreich, den Österreich verlor.

Ab 1806 focht jedoch nun Preußen gegen Frankreich und Gentz war als Gast des preußischen Hauptquartiers dabei. Aber auch diesmal obsiegte Napoleon. Und Gentz kehrte nach Österreich zurück.

Nun unter der Leitung von Stadion stellten sich die Österreicher 1809 im Fünften Koalitionskrieg ein weiteres Male dem Franzosenkaiser zum Kampfe. Das am 15. April 1809 in der „Wiener Zeitung" veröffentlichte Kriegsmanifest ließ Stadion durch Gentz formulieren. Und wieder blieb der Korse siegreich.

> Publizist im Staatsdienst

Gentz versuchte, nach England, der einzig verbliebenen antinapoleonischen Großmacht, auszuweichen, aber der Versuch scheiterte. Sein Widerstand erlahmte und er versuchte, sich mit Napoleons Herrschaft zu arrangieren. Er wurde zum engsten Mitarbeiter von Metternich, mit dem ihn manches verband. Metternich hatte als Botschafter in Paris zum Fünften Koalitionskrieg geraten, angesichts des unbefriedigenden Kriegsverlaufs jedoch noch während des Krieges eine „Anschmiegung an das triumphierende französische System" vorgeschlagen. Mit dieser Einstellung wurde er Nachfolger Stadions als Regierungschef. Metternichs Realpolitik machte Österreich zum Zünglein an der Waage in den Befreiungskriegen und damit ihn selber zum Präsidenten des Wiener Kongresses, auf dem Europa nach Napoleons Niederlage neu geordnet wurde. Gentz wurde Metternichs erster Sekretär und übernahm die Führung des Kongressprotokolls. Metternich erkannte, dass das Nationalstaatsprinzip dem habsburgischen Vielvölkerstaat widersprach und bekämpfte die nationalliberale Bewegung, mit Gentz an seiner Seite und als rechte Hand. Wie auf dem Wiener Kongress diente Gentz Metternich auch auf den nachfolgenden Monarchenkongressen in Aachen, Troppau, Laibach und Verona sowie den Ministerkonferenzen in Karlsbad und Wien als Protokollführer. Gentz machte sich zum Hassobjekt der Nationalliberalen, indem er Metternichs Politik der Restauration und Reaktion seine Feder lieh.

Schließlich kam es doch noch zur Entfremdung zwischen den beiden, da Gentz im Gegensatz zu Metternich am Ende zu dem Schluss kam, dass der Kampf gegen die nationalliberale Bewegung ein Kampf gegen Windmühlenflügel sei. Als Folge dieser späten Erkenntnis reagierte Gentz entspannter und friedfertiger als Metternich auf die Folgen der 1830er Revolution in Frankreich, Polen und Belgien. Diese Zweifel an der Haltbarkeit des Systems Metternich ließen Gentz in der Gunst des Staatskanzlers sinken und der bürgerliche Publizist im Staatsdienst musste erkennen, wie wenig gefestigt seine außerordentliche Stellung im Staatsapparat war. Nach der Abkühlung der Beziehungen zu seinem vormaligen Gönner politisch wie gesellschaftlich isoliert, zog sich Gentz mit seiner 46 Jahre jüngeren Geliebten, die er 1828 bei einem Theaterbesuch kennengelernt hatte, in sein Schlösschen im damaligen Wiener Vorort Weinhaus zurück, wo er am 9. Juni 1832 starb.

Manuel Ruoff

»Blut ist der Saft, der Wunder schafft«

Vor 100 Jahren starb mit Georg Graf von Lehndorff der bedeutendste aller deutschen Hippologen

Graf Georg von Lehndorff – ein Name, der klingen wird, solange Pferde gezüchtet werden!" Mit diesen Worten würdigte der Preußische Oberlandstallmeister Gustav Rau seinen ostpreußischen Vorgänger, der das Amt von 1887 bis 1911 innegehabt hatte und in dieser Zeit zu einer absoluten Legende wurde. Am 30. April jährt sich Lehndorffs Todestag zum 100. Male.

Der einzige Deutsche, dem jemals die Auszeichnung zuteil wurde, Ehrenmitglied im hochexklusiven britischen Jockey Club zu werden, war Georg Hermann Albrecht Graf von Lehndorff. Er entstammte einem uralten ostpreußischen Adelsgeschlecht und erblickte am 4. Dezember 1833 auf Schloss Steinort nahe Königsberg, dem Stammsitz derer von Lehndorff, das Licht der Welt. Von seinem Vater, dem Kavallerie-Generalleutnant a.D. und preußischen Landhofmeister Karl von Lehndorff, erbte er die Liebe zu Pferden. So verbrachte er einen Großteil seiner Kindheit auf dem Vollblutgestüt in Lugowen im Landkreis Insterburg und trat dann 1850 anlässlich der Mobilmachung gegen Österreich in das Kürassier-Regiment Nr. 3 in Königsberg ein. Kurz darauf gewann der 17-jährige Fähnrich auf dem Schimmel-Wallach Bravo sein erstes Rennen und läutete damit eine glanzvolle Karriere als Herrenreiter, das heißt als Amateur-Rennreiter, ein.

1855 quittierte von Lehndorff den Dienst, um sich in Laserkeim in Ostpreußen einen eigenen Rennstall zu schaffen. Allerdings verkaufte er das Gut bereits fünf Jahre später wieder und baute gemeinsam mit seinem Bruder Karl Meinhard in Haselhorst bei Spandau einen größeren Rennstall auf, der dann ebenfalls wieder abgestoßen wurde, als von Lehndorff 1866 erneut zum Militär ging, um mit dem 2. Garde-Ulanen-Regiment am Krieg gegen Österreich teilzunehmen.

> Mit dem Graditzer Vollblüter schuf der Ostpreuße einen komplett neuen Pferdetyp

In den elf Jahren bis dahin hatte sich der Pferdefachmann zu einem der erfolgreichsten Herrenreiter überhaupt entwickelt. Nicht nur auf den heimatlichen Plätzen, sondern auch international konnte er brillieren. Als erster deutscher Reiter nahm er an Rennen in Moskau und Sankt Petersburg teil. Ebenso ging der Graf in Warschau, Wilna, Wien, Budapest und Paris an den Start. Insgesamt bestritt von Lehndorff über 400 Rennen und gewann 142 davon; dazu kamen 68 zweite Plätze. Damit wurde der Ostpreuße zwischen 1853 und 1864 sechsmal bester deutscher Amateur-Rennreiter. Und sein englisches Vollblut Fontenoy war 1864 das europaweit erfolgreichste Rennpferd überhaupt. Das Preisgeld, das er mit seinen Siegen erzielte, belief sich auf insgesamt 170000 Taler – eine für die damalige Zeit exorbitant hohe Summe.

Bereits während seiner zweiten Militärdienstzeit, die er am 7. Juli 1868 im Range eines Rittmeisters beendete, wurde Georg von Lehndorff auf Vorschlag des preußischen Oberlandstallmeisters Karl Freiherr von Maltzahn mit der kommissarischen Verwaltung des preußischen Hauptgestüts Graditz bei Torgau und des sächsischen Landgestüts Reitz betraut. Dem folgte am 16. November 1867 die Ernennung zum Landstallmeister und zum Leiter der beiden Einrichtungen.

Als solcher agierte von Lehndorff mit derartigem Geschick, dass er bald im In- und Ausland zur Legende wurde. So attestierte ihm der führende englische Rennpferdetrainer Sir George Lambton, dass er „als Beurteiler von Zuchtpferden der beste auf der Welt" gewesen sei. Aufgrund seines überragenden Könnens schuf der Graf einen komplett neuen Pferdetyp, nämlich den Graditzer Vollblüter, der für die preußische Landespferdezucht fundamentale Bedeutung erlangte. Ebenso phänomenal waren die Erfolge des Graditzer Rennstalls, den von Lehndorff aufgebaut hatte. In den ersten 25 Jahren von dessen Bestehen liefen 189 Pferde bei 1246 Rennen mit und gewannen 496 davon, was ein Preisgeld von 1934661 Mark erbrachte. Das führte am Ende sogar zur Ausschreibung von Rennen, an denen keine Graditzer Pferde teilnehmen durften!

In Würdigung all dieser Erfolge wurde Georg Graf von Lehndorff am 1. Oktober 1887 durch allerhöchste Kabinettsordre zum Königlich-Preußischen Oberlandstallmeister und damit zum Chef aller Staatsgestüte ernannt. Damit oblag ihm nun die Reorganisation der gesamten preußischen Pferdezucht, die größte Dringlichkeit besaß, da infolge der Kriege der vergangenen Jahrzehnte immer noch bedenkliche Bestandslücken klafften.

Und wieder bewies der ostpreußische Pferdeexperte eine ausnehmend glückliche Hand. Durch seine geniale Ankaufspolitik und die Zentralisierung der besten Tiere in Spitzengestüten hob von Lehndorff die preußische Pferdezucht in den nächsten 25 Jahren auf Weltniveau. Dafür regnete es dann auch Ehrungen aller Art. So erhielt er 1891 das Komturkreuz des Hohenzollerschen Hausordens verliehen, 1897 folgte der Kronenorden I. Klasse, verbunden mit der Ernennung zum Wirklichen Geheimrat, und 1911 gab es schließlich gar den Roten Adlerorden I. Klasse mit Brillanten. Darüber



Georg Graf von Lehndorff Bild: Archiv

hinaus wurde der Oberlandstallmeister zum Vorsitzenden des Großen Schiedsgerichtes in Rennangelegenheiten sowie Vizepräsidenten des Union-Klubs und des Berliner Rennvereins gewählt. Ebenso konnte er die Kreise Torgau und Liebenwerda im Preußischen Abgeordnetenhaus vertreten.

Nachgerade unsterblich wurde Graf von Lehndorff durch sein Hauptwerk „Handbuch für Pferdezüchter", das bis heute als absoluter Klassiker gilt. Darin finden sich solch bemerkenswerte Sätze wie: „Blut ist der Saft, der Wunder schafft!"

Ab 1906 zog sich von Lehndorff dann langsam aus den zahlreichen Ämtern zurück, die er innehatte. So übertrug er die Leitung des Graditzer Hauptgestüts an seinen ältesten Sohn Siegfried Graf von Lehndorff, der die preußische Landespferdezucht zu weiteren großen Erfolgen führte. Und Ende 1911 gab Georg von Lehndorff dann auch das Amt des Oberlandstallmeisters auf. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits 78 Jahre alt und konnte auf eine 61-jährige Karriere ohne Skandale oder ernsthafte Misserfolge zurückblicken. Allerdings konnte der nunmehrige Pensionär seinen Ruhestand nur kurz genießen, denn er starb bereits am 30. April 1914 in Berlin.

In Würdigung der außerordentlichen Verdienste des ostpreußischen Grafen stiftete die Deutsche Reiterliche Vereinigung in Warendorf 1998 die Georg-Graf-von-Lehndorff-Plakette, die seither an besonders erfolgreiche Pferdewirte verliehen wird.

Wolfgang Kaufmann

Schattenfraktionen haben das Wort

Zu: Stumpfes Schwert (Nr. 15)

Dass die EU seit ihrer Entstehung unter dem Einfluss Washingtons steht, belegen ihre Finanzordnung, ihre Einbindung in die Nato und ihre Außenpolitik seit Langem. Solches in dem Artikel zu beklagen, war überflüssig.

Solange die Bundesrepublik als Protektorat des großen Bruders nach der Pfeife des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes jenseits des Atlantiks tanzt, wird Kanzlerin Angela Merkel die Rolle des Schafes an der langen Leine auch künftig spielen. Das zeigt sich an Projekten der USA, wie dem geplanten Freihandelsabkommen oder der Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Einsätzen unter Führung der Vereinigten Staaten.

Dabei haben sicher auch künftig die zahlreichen Schattenfraktionen, Stiftungen und Netzwerke wie die „Atlantiker", der Lobbyorganisation ERT und die anderen Nichtregierungsorganisationen mehr Einfluss auf die EU-Politik als sämtliche gewählten Abgeordneten in allen Parlamenten der EU zusammen. **Dietmar Fürste Rattiszell**

Karriereerfolg baut nicht auf Wohlstand auf

Zu: Alles Rassismus? (Nr. 14)

Die Autoren des rezensierten Buches „Alle Menschen sind gleich", Chua und Rubenfeld, führen letztlich eine nationale Variante der Max-Weber-These ein, die David Landes in „Wohlstand und Armut der Nationen" bereits supranational erweitert hatte. Erklärte Weber den ökonomischen Erfolg der Protestanten in Deutschland mit deren Glauben und der damit verbundenen Askese, so wird bei Chua und Rubenfeld ebenfalls auf die innere Einstellung abgestellt.

Dieser Erfolg ist, wie bei Landes, der die Japaner gegen Ende des 19. Jahrhunderts als „Protestanten" im Weberschen Sinne bezeichnete, letztlich von mehreren Faktoren und nicht allein vom praktizierten Protestantismus abhängig. Die Religion spielt sicherlich dahingehend eine Rolle, ob sie den Gläubigen, wie beim Protestantismus, in seiner Suche nach Heilsgewissheit auf sich selbst zurückwirft oder im Fatalismus belässt; denn davon hängt ab, ob die persönliche Lebenssituation als veränderbar aufgefasst und die sich bietenden beziehungsweise gebotenen Chancen ergriffen werden.

Die Beschreibungen der Autoren treffen auch auf Deutschland zu. Während Vietnamesen früherer Generationen mit mageren Deutschkenntnissen hierzulande schlecht bezahlter Arbeit nachgingen, zeigt sich, dass deren Kinder sehr gut Deutsch können und nach höherer Schulausbildung streben. Also ist die finanzielle Ausgangslage nicht der Hauptgrund für ausbleibenden Erfolg, sondern die Einstellung der Menschen. **Gernot Schmidt, Wilnsdorf**

Blankes Entsetzen

Zu: Die falsche Botschaft (Nr. 9)

Damit mehr Kinder auf die Welt kommen, müssen mehr Frauen erwerbstätig werden, lautet die Logik der OECD? Was für ein Unsinn. Wie man solche perversen Gedanken überhaupt haben kann, ist mir unverständlich. Haben Politik und Wirtschaft immer noch nicht begriffen, warum Frauen keine Kinder mehr bekommen wollen? Holt doch alle die fremden Leute ins Land, dann werden sie es schon richten! Und eines schönen Tages gibt es tatsächlich keine Deutschen mehr.

Auch um die Mütterrente wird schon wieder gestritten, dabei sind es doch die Frauen, die die Familien am Leben erhalten. Ich habe drei Kinder geboren und seinerzeit einen ganzen Punkt für die Rente angerechnet bekommen. Das war damals schon Betrug an den Müttern und kriminell dazu. Aber was kümmert das die Wirtschaft und die Politik. Sie jammern nur wegen zu wenig geeigneten Personals herum.

Hört endlich auf damit, unser sauer verdientes Geld ins Ausland zu schaffen, und hört endlich auf damit, diese riesengroßen Verschwendungen zu bagatellisieren. Dann stünde unser Land sehr viel besser da! In heutiger Zeit hätte ich keine drei Kinder gehabt. Das sehe ich an meiner Enkelin, die gern arbeiten möchte als kaufmännische Angestellte – bekommt aber keinen Platz, trotz Ausbildung. So wird es sicher weitergehen, wir sind ja so geduldig. Der deutsche Michel lässt grüßen. Ich bin wirklich entsetzt über den Inhalt des *PAZ*-Artikels, aber Autor Hans Heckel hat ja Recht, wie immer. **Christel Rau, Bosau**

Mürbe gemacht

Zu: Aus dem Takt (Nr. 14)

PAZ-Chefredakteur Jan Heitmann schreibt über die Zeitumstellung treffend: Nicht nur Unfug, sondern gefährlicher Unfug! Der angebliche „Nutzen" der Sommerzeitumstellung hat sich jetzt sogar als potenzieller Schadensverursacher entpuppt. Es wird aber noch immer daran festgehalten, obwohl man schon zweimal damit gescheitert ist: Im „Tausendjährigem" Reich und in den ersten Nachkriegsjahren.

Aber: Nur nicht von den Tatsachen irritieren lassen! Steht denn hinter diesem unsinnigen Festhalten an der Umstellung eine andere Absicht? Das Mürbemachen der Bürger hat Methode. Es werden Dinge solange wiederholt, bis die Bürger müde werden und es nicht mehr wahrnehmen wollen oder können, was man mit ihnen alternativlos vorhat. Die Euro-Einführung ist ein gutes Beispiel dafür. **Martin Knappke, Karlsruhe**



Ukrainische Schachpartie: Ein gegen den Westen fast verlorenes Schachspiel um die Ukraine hat Russlands Präsident Putin gegenwärtig in eine Pattsituation umgedreht Bild: action press

Der Dreck bleibt

Zu: Zwickmühle trotz Windmühle (Nr. 15)

In seinem Gastkommentar bricht der Autor Klaus Rainer Röhl eine Lanze für die Atomenergie. Doch die gefährlichste aller Technologien auf dem Sektor der Energiegewinnung endet bekanntlich nicht mit der Stilllegung, sondern mit der sogenannten Entsorgung des Atommülls. Und diese Entsorgung gibt es bis heute überall auf der Welt nicht. Atomkraftwerke sind aus diesem Grunde nichts weniger als ein Verbrechen an der Menschheit.

Das Hohe Lied auf die klimafreundlichen Atomkraftwerke, die kein klimaschädliches Kohlendioxid produzieren, muss der Gastkommentator Röhl in seinem Artikel umso vehementer anstimmen, damit wieder die Grundsatzfrage übertönt beziehungsweise gar nicht erst gestellt werden darf: „Wer bringt denn den Müll weg?" **Brunhilde Krüger, Hamburg**

Dicht auf der Pelle

Zu: Volk ohne Fürsprecher (Nr. 14)

Als die Schweizer in einer Volksabstimmung für eine Begrenzung des Ausländerzuzugs votierten, setzte in Europa ein hysterisches Geschrei ein. In unserem Land überschlug man sich förmlich, um für die Freizügigkeit zu werben. Obwohl uns die Ausländer immer mehr auf die Pelle rücken und bedrohlich werden, wirbt Bundespräsident Joachim Gauck für noch mehr Ausländer.

Auf seiner kürzlichen Asienreise rief er die Asiaten dazu auf, nach Deutschland zu kommen, weil bei uns angeblich so viel Platz sei. Was soll man bloß von einem Staatsoberhaupt halten, das gegen das eigene Volk arbeitet? Was in zwei Weltkriegen nicht gelungen ist, nämlich die Zerschlagung Deutschlands, das geschieht jetzt auf „friedlichem" Wege. Wie lange wollen wir uns das noch stillschweigend ansehen? **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**

West-östliche Hängepartie

Zu: EU hat Ukraine zu lange vernachlässigt (Nr. 14)

Der Gastkommentar bezieht sich auf die Feststellung des Herausgebers der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Berthold Kohler, über die Wirkung der russischen Propaganda in Deutschland. Die Bemerkungen des *PAZ*-Autors Michael Leh die russischen Reaktionen betreffend sind extrem aggressiv und lassen jede Objektivität vermissen. Allein die Äußerungen der US-Diplomatin Victoria Nuland, des Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski und des Politikberaters Robert Kagan sind sehr aufschlussreich und nicht „scheinbar schlüssige Verschwörungstheorien", wie Leh meint. Die dort aufgeführten Aussagen können bis ins Unermessliche ergänzt werden.

Man könnte mit den Doktrinen des amerikanischen Admirals Alfred Thayer Mahan beginnen, der bereits um 1890 feststellte, wer die Seemacht besitzt, besitzt die Weltmacht. Später wurde die Doktrin in „Das Eurasische Schachbrett" umbenannt, dessen Ideengeber der oben erwähnte Brzezinski ist, der bekannt ist als Ratgeber diverser amerikanischer Präsidenten.

Den Anmerkungen des *PAZ*-Autors über den deutschen Wohlstandsbürger und dessen Verhalten der Ukraine gegenüber stimme ich jedoch zu. Allerdings vermisse ich einen Hinweis darauf, wie es zu der hohen Anzahl Personen deutschen Ursprungs in der Ukraine gekommen ist. Schließlich war es eine ehemalige deutsche Prinzessin, die spätere Katharina die Große, die vom Grafen Potemkin die Ukraine erwarb und in russischen Besitz brachte. Da die Ukraine zu der Zeit nicht besiedelt war, holte sie auch deutsche Siedler ins Land.

Dass Otto von Habsburg immer wieder vor Putin gewarnt hat, ist erklärlich. Schließlich erwuchs in Putin der westlichen Wertegemeinschaft, insbesondere den USA, ein nicht zu unterschätzender Gegner heran. Die amerikanische Marionette Jelzin löste er ab und den zunehmenden Einfluss der amerikanischen Wirtschaft, insbesondere den der Ölfirmen, auf Russland stoppte er. Eine fast verlorene „Schachpartie" wurde in eine Pattsituation mit geringen Vorteilen für Russland umgedreht.

Ich glaube nicht, dass die Ukrainer noch rechtzeitig erkennen werden, dass sie lediglich ein Bauernopfer in diesem „Spiel" sind und die Freundschaft der Amerikaner nichts wert ist, wie die Beispiele Irak und zuletzt Mubarak in Ägypten gezeigt haben.

Autor Leh empfiehlt als einschlägige Literatur das Buch „Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union" von Winfried Schneider-Deters. Ich empfehle Bernhard Rodes Buch „Das Eurasische Schachbrett", in dem die Ursachen und Gründe der Grenzprobleme Russlands und auch die der Ukraine detailliert dargestellt werden. **Gebhard Knull, Buxtehude**

Obama lügt

Zu: Deutsche zahlen die Zeche (Nr. 13)

Die USA neigen dazu, ausländische Individuen zu dämonisieren. Dies ist scheinbar eine Spezialität ihrer Politik. Nur weil diese geschieht, konnten die USA in der Vergangenheit bis in die Gegenwart 300 Kriege seit 1945 führen. Die Gegenwart hat gezeigt, US-Präsident Obama lügt, seine Äußerungen, von Deutschland aus werden keine Drohneneinsätze geflogen, sind unwahr. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Deutschlands Politiker müssen sich fragen: Sind die USA wirklich unsere Freunde? Es sind berechtigte Zweifel angebracht. Deutschland sollte aus geschichtlicher, wie auch wirtschaftlicher Hinsicht viel mehr mit Russland kooperieren. Auch wenn Kanzlerin Merkel US-Interessen vertritt – Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, wäre töricht und schädlich für Deutschland in jeglicher Hinsicht. **Wolfgang Rohde, Sigmaringen**

Und Tschüss!

Zu: Die falsche Botschaft (Nr. 9)

Da viele deutsche Politiker ihren Amtseid oftmals nur für eine lästige und unverbindliche Pro-Forma-Klausel halten, gibt es in meinen Augen nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Wähler beenden diesen Spuk oder sie verlassen dieses Land unserer Vorfahren für immer.

Es ist erstens sowieso nur ein Bruchteil des eigentlichen Deutschlands und zweitens ist das, was übrig geblieben ist, auch nicht mehr das Land, das wir noch kennen oder das Reich, wie es unsere Eltern und Großeltern kannten. Seien wir nicht so egoistisch und „ewiggestrig". Machen wir es doch lieber nach alter Väter Sitte, als Gemeinnutz noch vor Eigennutz ging. Überlassen wir dieses, von allen heißbegehrte Stück EU-Territorium doch einfach den Einwanderern, Linksextremen, Islamisten, grünen Regenbogen-Alternativen, allen Deutsch- und Heimathassern, den immer politisch korrekten Gutmenschen und vor allen Dingen unseren EU-hörigen Politikern.

Vielleicht gibt es irgendwo auf der Welt doch noch ein Stück Land, auf das alle Gott achtende und Weihnachten-feiernde Christen, Vorfahren-ehrende und familienliebende, nach deutschen oder preußischen Tugenden lebende Patrioten flüchten und als freie Bürger leben könnten. Die deutschen Bürger – oder zumindest ein Teil von ihnen – müsste ja nicht zum ersten Mal die Heimat verlassen und bei Null anfangen. Letzteres sollte aber nie in Frage kommen. **Thomas Höse, Wittenberg**

Muss ein Kind alles wissen?

Zu: Bildungsplan spaltet (Nr. 10)

Ich finde es in Ordnung, wenn Kinder nicht über ihre körperliche Entwicklung im Unklaren gelassen werden. Nur, ist es dafür im Alter von neun Jahren nicht etwas zu früh? Muss ein Kind in diesem Alter wirklich alles wissen? Ist die Kinderseele dafür reif genug?

Meiner Erfahrung nach stellen Kinder in jedem Alter passende, ihrem Entwicklungsstand entsprechende Fragen. Ein Kind in Klasse vier der Grundschule stellt jedoch noch keine Fragen über das Lustempfinden bei Mann und Frau und wie man dieses erreicht oder steigert. Es will auch nicht wissen, wo man eine Frau oder einen Mann anfassen muss, damit er/sie „kommt", wie man sich beim Geschlechtsakt bewegen muss oder wie man ein Kondom benutzt und es, wie an unserer Schule, im „Selbstversuch" über ein Reagenzglas zieht. Einem Kind ist es egal, wie viel Rotebeetesaft ein Tampon aufnehmen kann, und es stellt keine Fragen zur Verhütung allgemein. Und es interessiert sich nicht für gleichgeschlechtliche und sonstige Launen der Natur.

Ich sehe hier eine billigend in Kauf genommen Kindeswohlgefährdung auf dem Weg zu ...? Ja, zu was denn eigentlich? Oder wurden Lehrpläne und Unterrichtsmaterial von einer verschworenen Gruppe Pädophiler erarbeitet? **Ingo Gerbitz, Menden**

Zum Erbrechen

Zu: Magere Ernte (Nr. 14)

Ich nehme nur den letzten Abschnitt des Artikels zum Anlass, um folgende Frage zu stellen: Wie viele Stunden müssen für die Summe von 42 800 Euro getätigt werden? An diesen Verdienst kommt kein normaler Arbeiter in Deutschland heran.

Es ist zum Erbrechen, wenn von anderthalb- bis zweiprozentigen Teuerungsraten gesprochen wird. Jeder Bürger der Mittel- und Unterschicht spürt in der Geldbörse, dass die Entwertung zwischen vier und sechs Prozent liegt. Für mich stellt sich die Frage: Wo bleibt das verdiente und erarbeitete Geld des einzelnen Bürgers? **Fredi Volkmann, Dortmund**

Wehret den Anfängen!

Zu: Politische Motive vermutet (Nr. 10)

Es war ein feiger Mord an dem deutschen Bürgermeister Dieter Przewdzing aus Deschowitz in Oberschlesien. So beschrieb es die polnische Presse, und die Staatsanwaltschaft Oppeln bestätigte dieses. Das ist ein schwerer Schlag für die deutsche Volksgruppe in Oberschlesien.

Ist es jetzt in der Planung gewisser Chauvinisten, unliebsame Deutsche auf diese Art und Weise aus dem Verkehr zu ziehen? Der umgebrachte Bürgermeister war auch bei seinen polnischen Bewohnern des Ortes beliebt. Er setzte sich aber entschieden für die deutschen Interessen ein und wollte auch nach und nach eine Autonomie für Schlesien. Dieses wäre für Deutsche und Polen im Bereich Schlesiens langfristig sehr zum Vorteil.

Dieser Mordfall muss genau untersucht werden, damit die Schuldigen unbedingt gefunden und bestraft werden. Nur ein friedliches Miteinander der Volksgruppen führt für alle in eine gute Zukunft. Wehret den Anfängen, damit es nicht zu weiteren Vorfällen dieser Art kommt. Wollen bestimmte Kräfte eine Versöhnung auf der Grundlage von Recht und Wahrheit verhindern? Unseren Landsleuten in Schlesien rufe ich zu: Bleibt besonnen und auf der Wacht! **Klaus Hoffman, Vorsitzender des Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V., Bad Bevensen**

Das Ostpreußenblatt



Nr. 17 – 26. April 2014

MELDUNGEN

Das Dutzend ist voll

Osterode – In der Kunstgalerie im Schloss Osterode ist die Ausstellung „Die Geschichte des Deutschen Ordens von der Gründung bis zur Gegenwart“ eröffnet worden. Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, betonte bei der Vernissage der von seiner Institution konzipierten Plakatausstellung, dass diese inzwischen zum zwölften Mal in einem polnischen Museum gezeigt werde. Dennoch sei sie jedes Mal anders, so Freyberg: „Der jeweilige Partner vor Ort kann zusätzlich Exponate aus seinem Fundus zeigen, dadurch ergibt sich eine lokale Individualität.“ Weitere Präsentationen sind geplant, denn es gibt in der Woiwodschaft Ermland-Masuren noch viele Orte, deren Existenz mit dem Deutschen Orden verbunden sind. Das gilt auch für das Schloss in Osterode, schließlich sind die gotischen Gewölbe der Galerie, welche die Ausstellung malerisch umrahmen, und das ganze Gebäude als Komturei entstanden. Mitorganisator ist die „Werkstätte für Bürgeraktivität und Dokumentation des Erbes“, die von der Osteroder Kulturgesellschaft „Sasinia“ ins Leben gerufen wurde. Die Schirmherrschaft haben Stadt und Landkreis Osterode übernommen. *U.H.*

Michelin investiert

Allenstein – Der französische Konzern Michelin modernisiert für umgerechnet 100 Millionen Euro seinen Betrieb in Allenstein zur Produktion von Reifen für landwirtschaftliche Fahrzeuge. Dadurch wird die Allensteiner Fabrik die größte dieses Typs auf der Welt. Ein entsprechender Vertrag ist in der Woiwodschaftshauptstadt unter anderem vom polnischen Wirtschaftsminister Janusz Pichocinski unterschrieben worden. Diese Investition der Franzosen bringt neue Arbeitsplätze, aber wie viele es sein werden, ist zurzeit noch unklar, wie der Direktor der Allensteiner Fabrik, Jaroslaw Michalak, einräumte. *PAZ*

Stapellauf auf der Jantar-Werft

Königsberg – In Ostpreußens Hauptstadt ist auf der Jantar-Werft, der ehemaligen Schichau-Werft, die Fregatte „Admiral Grigorowitsch“ vom Stapel gelaufen. Das am 18. Dezember 2010 auf Kiel gelegte Kriegsschiff ist zur Bekämpfung feindlicher Überwassereinheiten und U-Boote sowie zur Abwehr von Luftangriffen geeignet. Es soll die auf der Krim stationierte Schwarzmeerflotte verstärken. Benannt ist es nach dem ehemaligen Seeminister und Kommandanten von Port Artur Iwan Grigorowitsch. Bis 2017 sollen insgesamt sechs Einheiten dieses Typs für die Kriegsmarine der Russischen Föderation fertiggestellt werden, fünf davon auf der Jantar-Werft. *PAZ*

Tauziehen um Kunsthalle

Einkaufszentrum neben Wrangelturm geplant – Denkmalschutzbehörde will klagen

Das Grundstück, auf dem sich die ehemalige Königsberger Kunsthalle und der Wrangelturm befinden, soll mit einem Einkaufszentrum bebaut werden. Das zuständige Amtsgericht verhalf einer Textilfirma zur Baugenehmigung für ein Einkaufszentrum, ohne die Denkmalschutzauflagen zu berücksichtigen. Gegen diese Entscheidung will nun die Denkmalschutzbehörde vorgehen.



Denkmalgeschützte Architekturdenkmäler: Kunsthalle (links) und Wrangelturm (rechts) Bild: J.T.

Politiker betonen immer wieder, dass sie sich um den Erhalt historischer Gebäude kümmern wollen, um Touristen einen Anreiz zu bieten, die Region zu besuchen. Doch leider geht trotz dieser Versprechen der Bau weiter: Überall entstehen hinter Bauzäunen weitere Einkaufszentren. Und das, obwohl schon jetzt viele Verkaufsflächen in Königsberg halb leer stehen und keine Mieter finden. Offensichtlich gibt es innerhalb der Behörden unterschiedliche Auffassungen darüber, was geschützt werden soll.

Ein weiteres Einkaufszentrum ist aktuell in der Nähe einer der bedeutendsten Sehenswürdigkeiten von Königsberg geplant. Ende März erteilte der stellvertretende Bürgermeister Arthur Krupin der Firma „Textil GmbH“ die Genehmigung zum Bau eines Handelszentrums mit Café und Parkplatz. Am Wallring soll ein fünfstöckiges Gebäude mit einer Fläche von 4000 Quadratmetern entstehen.

Der Erteilung der Baugenehmigung war eine Gerichtsverhandlung vorausgegangen. Die Textil GmbH hatte 2013 ihre Projektplanung zur Prüfung vorgelegt, die zuständige Behörde wollte keine Baugenehmigung erteilen. Sie begründete ihre Absage mit dem Fehlen städtebaulicher Vorschriften für das Grundstück. Das angerufene Amtsgericht entschied jedoch zugunsten der Textil GmbH und verpflichtete die Stadt zur Erteilung einer Baugenehmigung. Dieses Grundstück in der Nähe des Zentralmarkts wird seit 1999 vermietet. Zurzeit befindet sich dort ein Lager der Textil GmbH in einem Ausstellungssaal der ehemaligen Kunsthalle. Direkt dahinter befindet sich der Wrangelturm.

Das Gebäude der Kunsthalle wurde 1912/1913 neben dem alten Burggraben erbaut. Der Bau, der vor allem durch private Spenden der Gesellschaft der Künste verwirklicht wurde, erfolgte durch den Architekten Friedrich Lahrs. Der Architekt plante den Bau eines Museums- und Ausstellungsgebäudes, das in seiner äußeren Form an einen antiken Tempel erinnern sollte. Es entstand ein Gebäude im Stil des Neoklassizismus mit zwei identischen antiken Giebeln und einem teilweise gläsernen Dach. Zur Eröffnung der Kunsthalle war eine Gedächtnisausstellung der Erhebungszeit von 1813 gegen Napoleon eröffnet worden. Kaiser Wilhelm II. hatte die Ausstellung eröffnet.

Amtsgericht gab Bauherren recht

Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Gebäude nur teilweise beschädigt. Erst Anfang der 50er Jahre wurde es repariert und als Lager genutzt. Die ehemalige Kunsthalle behielt zwar ihr äußeres Erscheinungsbild, die Innenaufteilung wurde jedoch an ihre neue Funktion angepasst. In den letzten Jahren wurde die Halle als Textillager genutzt.

Krupin erklärte, dass das Gelände zur Zone des kulturellen Erbes gehört, in der die Regeln der konventionellen Stadtplanung normalerweise keine Anwendung finden. Deshalb müsse die Textil GmbH beim Bau den Erhalt der Kunsthalle gewährleisten, das heißt, eine kulturhistorische Expertise durchführen lassen, damit dieses Objekt des kulturellen Erbes nicht verloren geht. Um die Entscheidung des Schiedsgerichts müsse sich jetzt die Denkmalschutzbehörde kümmern.

Diese reagierte, indem sie die Entscheidung des Amtsgerichts anfechten wird. Sie kündigte an, sich an das Gebietsgericht zu wenden. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass im Sommer 2013 regionale Behörden die Möglichkeit eingeschränkt haben, direkt neben Objekten des kulturellen Erbes zu bauen. In der Liste von 382 schützenswerten Objekten befand sich auch das Gebäude der Kunsthalle.

Weder ein Textillager in der ehemaligen Kunsthalle noch der Bau eines Handelszentrums entsprechen dem Wunsch der Behörden, Touristen anzulocken. Die Nutzung der ehemaligen Kunsthalle in ihrer ursprünglichen Funktion mit Ausstellungen, Aufführungen oder kulturellen Veranstaltungen wäre wohl eher dazu geeignet, Besucherströme anzulocken. *Jurij Tschernyschew*

Die Muttersprache stand im Zentrum

Arbeitstagung der Landsmannschaft Ostpreußen mit den Vorsitzenden der deutschen Vereine in Sensburg

Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hat im Anschluss an die Jahresversammlung des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), die im Sitz der Sensburger deutschen Gesellschaft „Bärentatze“ stattfand, im Sensburger Hotel „Anek“ eine zweitägige Arbeitstagung für die Vorsitzenden der deutschen Vereine durchgeführt. Im Zentrum der verschiedenen Beratungen und Vorträge stand die deutsche Sprache.

Neben den Vereinsvorsitzenden konnte der stellvertretende LO-Sprecher Gottfried Hufenbach als Gastgeber der Arbeitstagung den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, und die Geschäftsführerin des VdG, Maria Neumann aus Oppeln, sowie die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Annette Klein, begrüßen.

Gaida ging in seinem Vortrag zu den „Perspektiven der deutschen Minderheit in Polen“ besonders auf die Rolle der deutschen Sprache in der Bildung ein. Er geht von etwa 350 000 bis 400 000 Deutschen in der Republik Polen aus, von denen 80 000 in den Organisationen der deutschen Volksgruppe aktiv sind. 40 000 Kinder lernten Deutsch als Muttersprache, also in einem um drei Wochenstunden erweitertem Umfang. Das hält Gaida für zu wenig, besonders dann, wenn in den Familien die Unterstützung durch die mittlere Generation fehlt. Zwar könne dadurch einiges aufgefangen werden, dass man zu Hause selbst Deutsch spreche und die Kinder und Enkel zum Deutschsprechen motiviere. Dennoch ist sein Gesamteindruck wenig optimistisch. „Mit dem Nachbarschaftsvertrag zwischen Polen und Deutschland 1991 endete zwar die Diskriminierung der Deutschen, aber nicht die der deutschen Sprache“, fasst er zusammen. Daher das starke Engagement des VdG in der Bildungspolitik. Als Grund dafür stellt er knallhart fest: „Ohne Entwicklung des Schulwesens wird es uns nicht mehr geben.“

„Ohne Entwicklung des Schulwesens wird es uns nicht mehr geben«

Das Ziel sei die Gründung von Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache vor allem in Schlesien, wo die deutsche Volksgruppe unter eigenem Namen erfolgreich politisch aktiv sei. Unterstützung soll es von der Regierung in Warschau geben, denn so würden die Schulen gegen „das alte Denken in vielen Vertretern der polnischen Mehrheit“ legitimiert. Flankiert werden sollen diese Maßnahmen zum Erhalt der deutschen Sprache durch Fernseh- und Radiosender, die ein volles deutschsprachiges Programm ausstrahlen. Die Perspektiven der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen für die Zukunft hängen, wie Bernard Gaida zugibt, vor allem von den 80 000 Aktiven ab. Folgerichtig appellierte Generalkonsulin Annette Klein an die einzelnen Mitglieder der deutschen Gesellschaften, sich zu fragen, inwieweit sie in ihren Organisationen initiativ werden können.

Einen unterhaltsamen Einblick in den Umgang mit den deutschen Ortsnamen in West- und Ostpreußen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg bot der Elbinger Historiker Lech Slodownik in seinem Referat. Einen Grund für die schnelle Änderung der Namen nennt die „Przeglad Zachodni“ (West-Rundschau) 1947: „Den Eifrigen ... schien es die Ehre eines Polen zu verletzen, wenn die deutschen Namen so lange belassen worden wären.“ Dass nicht alle so dachten, beweist laut Slodownik eine Äußerung des Professors Stanislaw Srokowski: „Es geht nicht darum, dass wir alle Namen in Ostpreußen sofort polonisieren ..., sondern darum, dass wir die Seele des Landes ... begreifen.“ Der Ostpreußenkenner und vormalige Konsul in Königsberg war später Mitglied der Kommission zur Festlegung von Ortsnamen KUNM, die Ordnung in das Chaos aus willkürlichen, manchmal nationalistischen, häufig aus Unwissen über die Region entstandenen Bezeichnungen brachte, welche die neuen Siedler verwendeten. Rein klangliche Polonisierung, der Rückgriff auf prussische Namen und meist gelungene Übersetzungen aus dem Deutschen kennzeichnen die Arbeit der Kommission in Ostpreußen.

Ironie des Schicksals: Ausgerechnet Srokowski wurde mit einem willkürlich von der Kommission gewählten Namen geehrt: neben „Mragowo“ für Sensburg und „Ketrzyn“ für Rastenburg findet man statt Drengfurth nunmehr „Srokowo“ auf der Landkarte. Doch selbst beim heute möglichen Schmunzeln über manche von Slodownik aufgezeigten Namensideen blieb der Ernst der damaligen Geschehnisse, das Entfernen des Deutschen aus dem Alltag, präsent. *Uwe Hahnkamp*

»Fliegt Ihr Mann auch Düse?«

Mit der Fliegerschule in Heiligenbeil kam Leben in die Stadt – Piloten brachten erst Unruhe, dann die Rettung

Es war wohl in den 30er Jahren, als auf der Flugstrecke der Lufthansa von Berlin nach Königsberg Blinkfeuer eingerichtet wurden, die diese Flugschneise sicherer machen sollten. Nun erhellte in den Abendstunden dieses „Fliegerlicht“ bei Grunau nicht nur die Dächer von Heiligenbeil, sondern auch alle halbe Minuten Wohn- und Schlafzimmer der Bewohner der Wermkestraße 1 in der ersten Etage mit den hohen Fenstern. Man war gezwungen, schwarze dichte Vorhänge anzubringen, und zunächst auf die Flieger nicht so gut zu sprechen.

Andererseits war diese Anschaffung nicht so sinnlos, denn ab 1939 musste verdunkelt werden und man hatte dazu bereits die entsprechende Ausrüstung. Zuvor gab es eine Einladung für Schüler und Schülerinnen, an einem Rundflug über Königsberg teilzunehmen für genau fünf Reichsmark mit der „Messerschmidt-Kinder-Möwe“. Das war schon eine spannende Angelegenheit, zum ersten Mal die Welt von oben sehen zu dürfen.

Flieger galten als schlechte Partie

Für mich mit meinen zwölf Jahren war es doch etwas enttäuschend, da man die Fenster während des Fluges nicht öffnen durfte und ich mit dem großen Taschentuch, das ich mir extra mitgenommen hatte, leider nicht winken konnte.

Wenige Jahre danach wurde der Flugplatz Heiligenbeil komplett ausgebaut, eine Fliegerschule eingerichtet und noch vor Kriegsausbruch ein Kampfgeschwader stationiert. Man sah viele Männer in weißen Sakkos in die Stadt laufen, die nicht alle mit der Molkerei zu tun haben konnten, wie wir es gewohnt waren. Es sprach sich herum, dass dieses Geschwader im Mittelmeer zum Einsatz kommen sollte und die Piloten bereits entsprechend eingekleidet waren. Davor wurden Einsätze nach Polen geflogen mit der Dornier Do 17 und der Junkers Ju 88. Meine Großmutter saß mit Strickstrumpf am Fenster, zählte die Maschinen und war beunruhigt, wenn von den drei Fliegern nur zwei zurückkamen. Bald sah man vor den Gärtnereien große Kränze mit Schärpen des Geschwaders ausgestellt.

Nach ein paar Jahren hatten die Mädchen meiner Klasse den vorgeschriebenen Arbeitsdienst absolviert und wir trafen uns in froher Runde im Hotel am Markt. Neben uns am Nachbartisch saß eine Gruppe von Piloten in Lederkombis mit gelbem Schal und vielen Auszeichnungen, wild gestikulierend, mit den Händen in der Luft ihre letzten Einsätze als Jagdflieger beschreibend.

Noch vor zehn Uhr abends dann unser Aufbruch, denn ich musste pünktlich zu Hause sein. Da sprang ein langer Pilot auf und half mir in den Mantel. Gleichzeitig bat er darum, mich nach Hause begleiten zu dürfen. Na, hoffentlich sieht mich niemand mit einem Flieger, war mein erster Gedanke, denn diese Männer sind heute hier und morgen dort und sicher recht unzuverlässig!



Idyllische Ruhe vor dem Sturm: Rathaus in Heiligenbeil Bild: Archiv

Jedenfalls war dieser junge Mann doch sehr gut erzogen und unsere Unterhaltung nicht anregend. Ich stimmte einem Treffen in zwei Tagen zu. Kurz darauf flog er mit seiner Focke-Wulf Fw 190 ins Kurland, da Heiligenbeil nur ein Rückhalt-Kommando hatte. Es folgten fast tägliche Briefe hin und her, unter anderem mit der Schilderung der recht mangelhaften Verpflegung im Kurland-Kessel. Folglich fuhr ich über Land zu Verwandten mit dem großen Hof in Kahlholz und hamsterte Butter und Eier für eine Buttercremetorte. Per Kurier-Maschine wollte ich diese ins Kurland senden. Die Verpackung Mangelware war, habe ich die Torte in Pergamentpapier zwischen zwei Aktenordnern als Paket gut verschnürt und abgeliefert. Meine Dienststelle war inzwischen in der Kommandantur, so dass ich problemlos in den Fliegerhorst gelangen konnte. Lange Zeit kam keine Nachricht von dem Erhalt der Sendung und auf meine Anfrage hin gab es eine prompte Erklärung seiner Kameraden: „Ach, du meinst die Torte? Tja, die haben wir schon in Heiligenbeil aufgegessen, zumal ein Tag schlechtes Flugwetter war und sie sonst nicht mehr frisch genug gewesen wäre!“

Den nächsten Urlaub verlebte mein Flieger dann in Ostpreußen und er hatte ernste Absichten, bald zu heiraten. „Sonst schnappt dich noch ein anderer weg!“ „Mein Gott, ein Flieger!“, war der Kommentar meines Großvaters in Balga. „Das ist ein Mensch, der hat kein Land, nicht mal ein Pferd. Da singst du am Ersten des Monats wie bei Beamten ‚Großer Gott wir loben dich‘, am Zehnten des Monats ‚Jesus meine Zuversicht‘ und am 25. ‚Aus tiefer Not schrei ich zu dir‘!“

Nun waren wir trotzdem verlobt und mein begeisterter Flieger flog inzwischen den ersten Düsenjäger im Westen. „Wenn sie auf mich schießen, nehme ich das Geschoss unter den Arm und fliege weiter“, war seine Schilderung. Doch war die Geschwindigkeit gewöhnungsbedürftig und in Minuten flog er von Lechfeld aus plötzlich über die Schweiz. Große Entschuldigung noch Jahre später, als ein Major aus Luzern auf unserer Reise nach Leningrad an unserem Tisch saß und sich genau daran erinnern konnte, dass die ganze Schweiz Fliegeralarm hatte und er zwei Stunden im Luftschutzkeller sitzen musste. Das würde eine Flasche Champagner kosten heute Abend! – Leichte Übung!

Während er im Westen flog, wurden wir in Heiligenbeil von der russischen Armee eingekesselt. Niemand hatte damit gerechnet und guter Rat war teuer. Ich besuchte noch meine Tante, die im Fliegerhorst das Kasino leitete, als ein Pilot mit einer Kuriermaschine landete und am nächsten Tag mit der Arado Ar 96 zurück ins Reich fliegen sollte. Ein bis zwei Plätze seien noch frei und ich sagte kurz entschlossen zu. Schneller Abschied von Mutter und Großeltern. In der Maschine wurde der zweite Sitz hinter dem Piloten entfernt, so dass ich, mit einer Kollegin mit dem Kopf zum Piloten nebeneinanderliegend, Platz nehmen konnte. Abflug bei empfindlicher Kälte am Nachmittag des 24. Januars. Noch einmal sah man den Marktplatz mit dem Rathaus in der Mitte unter uns und ich sang: „Nun ade du mein lieb Heiligenbeil, lieb Heiligenbeil ade …“ Wie gut, dass wir doch die Flieger und den Flugplatz dort hatten. Denn noch viele kinderreiche Familien hatten die Möglichkeit, mit größeren Maschinen mitfliegen zu können.

Fast zehn Jahre später wurde die deutsche Bundeswehr wieder gegründet und auch deutsche Piloten konnten wieder starten. Obwohl viele inzwischen in guten Positionen tätig waren, zog es die meisten wieder in die Lüfte. „Fliegt Ihr Mann auch Düse?“, fragte mich in Bonn eine Dame und ich habe das eigentlich gerne bestätigt, obwohl so allerlei Beschwernisse für die Familie damit verbunden waren. Jedenfalls konnten wir feststellen, dass die Leidenschaft zum Fliegen wirklich international verbreitet ist und es entstanden Freundschaften über Kontinente hinweg. Es erfolgten Einladungen in viele Länder Europas sowie in die USA und nach Kanada.

Als wir 1990 mit Hilfsgütern versehen nach Ostpreußen reisen durften, fanden wir das alte Flugfeld einsam und verlassen vor. Die Gebäude waren zerstört, aber über uns flogen die Jets der Russen und übten Formationen. *Gisela Hannig*

Liebe Leserinnen und Leser,

die Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ist stolz, mit Ruth Geede die älteste noch tätige Journalistin der Welt in ihren Reihen zu haben. Dabei sind es nicht allein preußische Pflichterfüllung und ein selbst im hohen Alter nicht erlahmender Schaffensdrang, sondern es ist die Verbundenheit mit „ihren“ Ostpreußen, die sie auch im 99. Lebensjahr noch immer Tag für Tag am Schreibtisch sitzen lässt. Ihr Wirken geht weit über das gedruckt Nachlesbare hinaus, stellt sie doch gern nicht nur Landsleuten ihr unerschöpfliches Wissen über Ostpreußen zur Verfügung.

Seit Jahrzehnten erscheint in unserer Zeitung wöchentlich aus ihrer Feder die „Ostpreußische Familie“. In dieser Ausgabe suchen Sie die Kolumne allerdings vergeblich. Doch kein Grund zur Sorge, Ruth Geede hat die Feder nicht aus der Hand gelegt. Auch die Unermüdliche muss lediglich einmal eine längst verdiente Pause einlegen. Danach wird sie sich wieder an alter Stelle und in gewohnter Weise ihrer „Ostpreußischen Familie“ widmen.

Spendenaufruf der Bruderhilfe Ostpreußen für die Landsleute in der Heimat

Liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*,
Liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

in einer Welt, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, besinnt sich die Bruderhilfe auf das Wesentliche – die Hilfe am Mitmenschen. Auch fast 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es noch immer zahlreiche hilfsbedürftige deutsche Landsleute in der Heimat Ostpreußen, denen es am Notwendigsten mangelt. Die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit und Altersarmut in der Region haben sich in den letzten Jahren noch weiter vergrößert; die medizinische Versorgung ist für viele Menschen kaum erschwinglich. Oft fehlt es an grundlegenden Dingen – an Heizmaterial, an Kleidung und Medikamenten.

Für uns Ostpreußen ist es wichtig, direkt dort anzusetzen, wo Hilfe dringend benötigt wird. Dieser Aufgabe stellt sich die Bruderhilfe Jahr für Jahr – mit Hilfe Ihrer Spenden. Daher wende ich mich auch heute wieder mit der Bitte an Sie, unser humanitäres Hilfswerk zu unterstützen.

Die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen hat eine lange und erfolgreiche Arbeit aufzuweisen: Bereits 1951 wurden die ersten Päckchen und Pakete in das südliche Ostpreußen versandt. Die Russlanddeutschen im Königsberger Gebiet und die Landsleute im Memelland haben wir nach dem Fall der Mauer in unsere Fürsorge einbezogen. Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die Wolfskinder, die nach dem Krieg vielfach nur ihr nacktes Leben retten konnten. Ihrer deutschen Identität beraubt, konnten sie sich erst nach der politischen Zeitenwende im Osten Europas in einem Verein zusammenfinden und ihre Interessen nach außen vertreten. Materielle Hilfe und ideelle Unterstützung haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Durch die finanzielle Zuwendung erhalten unsere Landsleute in Ostpreußen nicht nur einen kleinen Beitrag zum Lebensunterhalt; vielmehr wird auch ihr Selbstwertgefühl gestärkt. Die zwischenmenschliche Verbindung in die Heimat reißt nicht ab: Durch die Bruderhilfe erfahren die Daheimgebliebenen, dass sie auch nach all den Jahren von den Landsleuten in der Bundesrepublik Deutschland nicht allein gelassen werden. Das bedeutet für sie Trost und Stärkung.

Noch immer erreichen uns neue Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten, denen wir schnell und unbürokratisch helfen können. Unsere Kreisgemeinschaften sind Garanten dafür, dass Ihre Spende direkt beim Bedürftigen ankommt.

Um die kulturellen und emotionalen Bindungen zu unseren Landsleuten in Ostpreußen aufrechtzuerhalten, laden wir in diesem Jahr eine größere Anzahl von Mitgliedern der Deutschen Vereine in Ostpreußen zum Deutschlandtreffen nach Kassel ein. Eine starke Gemeinschaft als Teil der weltweiten Ostpreußen-Familie zu erleben stärkt auch die eigene Identität.

Bitte unterstützen Sie die Fortsetzung unserer humanitären friedensstiftenden Arbeit und helfen Sie mit, armen Landsleuten mit einer Spende zu mehr Lebensqualität zu verhelfen. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Stephan Grigat
Rechtsanwalt
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V. bei der HSH Nordbank, IBAN: DE 93 2105 0000 0600 5020 00, BIC: HSHNDEHH, Konto-Nr.: 600 502 000, BLZ 210 500 00.

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Fricke, Herta, geb. **Naujok**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 26. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schöttke, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 27. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kinas, Reinhold, aus Moddelkau, Neidenburg, am 28. April
Skopnik, Dr. Klaus-Dietrich, aus Lyck, Memeler Weg, am 26. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ragoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. April
Ueckert, Ida, geb. **Totzi**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 30. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Pellny, Elfriede, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. April
Pofalla, Helene, geb. **Warda**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 2. Mai
Schneider, Ingeborg, geb. **Soergel**, aus Lyck, am 27. April
Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dobler, Gisela, geb. **Schön**, aus Pillau, Kreis Samland, am 30. April
Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. April
Kukulies, Willi, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 29. April
Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, am 26. April
Scheer, Dr. Inge, aus Wollin, Pommern, am 30. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dziomba, Heinrich, aus Neidenburg, am 29. April
Enskat, Hedwig, geb. **Enskat**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 29. April
Hülle, Lita, geb. **Kurrek**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Leonhardt, Jutta, geb. **Schulz**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Mai
Lieder, Else, aus Tilsit, am 2. Mai
Ludeneit, Kurt, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. April
Martzian, Edith, geb. **Urban**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. April
Mett, Johanna, geb. **Zahlmann**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 30. April
Ries, Ingeborg, geb. **Steinke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 28. April
Schmidtke, Ernst, aus Treuburg, am 27. April
Schröder, Irmgard, geb. **Schneider**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai
Walther, Ursula, geb. **Elfert**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Wieser, Alice, geb. **Enseleit**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Zachau, Marianne, geb. **Verbrüggen**, aus Wehlau, am 27. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andresen, Ingeborg, geb. **Linck**, aus Wehlau, am 26. April
Biallowons, Erika, geb. **Tanski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April
Goetzke, Marianne, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Heer, Gertrud, geb. **Ratschpichler**, aus Kreizingen, Kreis Elchniederung, am 27. April
Lucka, Erika, aus Neidenburg, am 28. April
Mlinarzik, Helmut, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 2. Mai
Montro, Hildegard, geb. **Slembek**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April
Onusseit, Ruth, aus Ebenrode, am 26. April
Petereit, Franz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Verch, Horst, aus Neidenburg, am 29. April
Weiß, Anna, geb. **Kuczewski**, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Wenk, Renate, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 28. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Franz, aus Sarkau, Kreis Samland, am 28. April
Bodo-Skopnik, Barbara, geb. **Skopnik**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz, am 28. April
Buchholz, Werner, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. April
Dietrich, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Eybe, Egon, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 27. April
Gregersen, Margaretha, geb. **Schöttke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 29. April
Gruhn, Auguste, aus Lyck, am 28. April
Jopp, Erich, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. April
Lendzian, Ingeborg, aus Lyck, am 1. Mai
Meggersee, Gertrud, geb. **Müller**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. April
Pradler, Erwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April
Rohde, Waltraud, geb. **Stabaginski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 28. April
Rohmann, Lisbeth, geb. **Boguth**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 26. April
Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bär, Erna, geb. **Stannull**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 29. April
Böhnke, Kurt, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 26. April
Dombrowski, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 27. April
Foerster, Winfried, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. April
Gazioch, Martha, geb. **Wolter**, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Götza, Willi, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 27. April
Grosch, Maria, geb. **Eisenmenger**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. April
Helwing, Rudi, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. April
Horn, Ilse, geb. **Bronkowski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 30. April
Jessat, Walter, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 29. April
Knuth, Gerhard, aus Treuburg, am 29. April
Kobuß, Fritz, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 28. April
Köhler, Waltraut, geb. **Rothgänger**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 27. April
Kollak, Elfriede, geb. **Zeeh**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 27. April
Kunz, Christel, geb. **Waschnewski**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 27. April
Kunz, Martha, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 02. Mai
Lagershausen, Eva, geb. **Nagaitschik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. April
Lambertus, Ruth, geb. **Reichert**, Kreis Elchniederung, am 28. April
Leissner, Johannes, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Narkus, Paul, aus Robkojen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April
Otto, Erich, aus Wehlau, am 28. April
Preußner, Irmgard, geb. **Zimmer**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 30. April
Reinke, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April
Schneider, Helene, geb. **Kloss**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Schwabe, Franz, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 28. April
Schwermer, Horst, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 27. April
Stinka, Gerhard, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 2. Mai
Warlich, Helga, geb. **Didlaukies**, aus Treuburg, am 30. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bajohr, Gerhard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 28. April
Bednarczyk, Ilse, geb. **Roehr**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. April
Bercz, Christianna, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Berg, Siglinde, aus Heiligenwald, Kreis Preußisch Holland am 29. April
Brünner, Hannelore, geb. **Griebner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. April
Dell, Waltraut, geb. **Engelke**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 29. April
Donnerstag, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 27. April
Dronsek, Dr. Ing. Gerhard, aus Henneberg, Kreis Lyck, am 30. April
Eggert, Bernhard, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Gäde, Gertraud, geb. **Babbel**, aus Wehlau, am 1. Mai
Giersch, Anneliese, geb. **Grudzenski**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 2. Mai
Jach, Wally, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 26. April
Kahlfeld, Reinhard, aus Groß Hoppenbruch, am 27. April
Kalisch, Elisabeth, geb. **Lork**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Klatt, Anneliese, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. April
Klauß, Edith, geb. **Trinogga**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 30. April
Korte, Martin, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. April
Kraus, Margarete, geb. **Strupat**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Kuckluck, Horst, aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Meyn, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April
Mossakowski, Helmut, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 30. April
Niklas, Evamarie, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Plewa, Gerhard, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Priwall, Heinz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Raufeisen, Günter, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 30. April
Schlegel, Erika, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. April
Steppan, Inge, geb. **Röhrig**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 29. April
Vocke, Traute, geb. **Skiendziel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. April
Volkmann, Ernst, aus Rossen-Gerlachsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 29. April
Werner, Hildegard, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Wünscher, Ilse, geb. **Stolzke**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 28. April
Zbikowski, Gerhard, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 27. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Acktun, Armin, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Baginski, Reinhard, aus Ortelsburg, am 26. April
Bieber, Gerhard,aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Böttcher, Irene, geb. **Schulz**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. April
Brockmann, Reinhard, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 26. April
Brzoska, Helmut, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 27. April
Hehl, Margot, geb. **Bestvater**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 28. April
Herres, Edith, geb. **Janz**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 29. April
Jondral, Dieter-Heinz, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. April
Karwowski, Ingrid, geb. **Dopatka**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. April
Kreutz, Dietrich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 29. April
Naujeck, Gerhard, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Naujeck, Rudi, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Neumann, Manfred, aus Neidenburg, am 26. April
Reich, Bärbel, geb. **Harksel**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. April
Saborowski, Dieter, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 30. April
Schauroth, Friedchen, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 28. April
Schneider, Helga, geb. **Birth**, aus Landsberg, Hindenburgstraße, Kreis Preußisch Eylau, am 28. April
Stoll, Lothar, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 26. April
Vogt, Sigrid, geb. **Hollack**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 29. April

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Dittchenbühne zeigt Filmklassiker:
Dienstag, 20. Mai, 19 Uhr: Filmvorführung „Wir Wunderkinder“ aus dem Jahr 1958 (Regie: Kurt Hoffmann). Eintritt 6 Euro pro Person. Informationen unter Telefon (04121) 8971-0.

TERMINE DER LO

Jahr 2014

17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
14./15. Juni: Ostpreußische Jugendolympiade in Ortelsburg.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 26. April, 12.45 Uhr, SWR: Von Meisterhand – Der Reetdachdecker. Berufsporträt.
SONNABEND, 26. April, 14 Uhr, Arte: Yourope. Europa in Gefahr: Pulverfass Ukraine.
SONNABEND, 26. April, 15.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: nach dem Fest. Was bleibt von Gartenschauen, Olympia und Co.?
SONNABEND, 26. April, 18.30 Uhr, 3sat: Tier gewinnt – Baustopp für den Artenschutz. Reportage, D 2013.
SONNABEND, 26. April, Arte, 20.15 Uhr: Wilhelm der Eroberer. Doku, F 2013.
SONNTAG, 27. April, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 27. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 250 Jahren: Der Verleger Johann Friedrich Cotta geboren.
SONNTAG, 27. April, 20.15 Uhr, SWR: Das Mittelalter im Südwesten. Die Welt der Ritter und Konstanz – Stadt des Konzils.
MONTAG, 28. April, 20.15 Uhr, ZDF: Das Attentat – Sarajevo 1914. Historiendrama A/D 2014.
MONTAG, 28. April, 20.15 Uhr, 3sat: Spion wider Willen. Doku über den Schweizer Mechaniker Urs Tinner, der geheime Lieferungen von Nuklearmaterial an Muammar al-Gadaffi der CIA verriet.
MONTAG, 28. April, 21 Uhr, 3sat: Auge um Auge. Wie der libysche Diktator die Schweiz erpresste.
MONTAG, 28. April, 21.55 Uhr, ZDF: Sarajevo – Der Weg in die Katastrophe. Doku, D 2014.
MONTAG, 28. April, 22.25 Uhr, 3sat: Die Klüngel-Republik: Korruption und Misswirtschaft in Deutschland.
DIENSTAG, 29. April, 17.45 Uhr, 3sat: Die Karpaten – Leben in Draculas Wäldern. Landschaftsporträt.
DIENSTAG, 29. April, 20.15 Uhr, Arte: 14 – Tagebücher des Ersten Weltkriegs (1+2/8). Doku.
DIENSTAG, 29. April, 22.10 Uhr, Arte: Die Arier. Doku, D 2014, über Bedeutung und Herkunft des Begriffs „Arier“.
MITTWOCH, 30. April, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Länderzeit. Siegen meist die wirtschaftlichen Interessen? Der schwierige Kampf gegen den Lärm.
MITTWOCH, 30. April, 20.15 Uhr, SWR: Betrifft: Der Zecken-Krieg. Reportage über die Gefahr der von Zecken ausgelösten bakteriellen Infektion.
MITTWOCH, 30. April, 21 Uhr, 3sat: Böhmerwald – Wildnis im Herzen Europas. Naturdoku, D 2001.
MITTWOCH, 30. April, 21.45 Uhr, Eins Plus: Klub Konkret: Europas Krisenkinder. Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa auf Rekordhöhe. Gibt es Lichtblicke? Reportage.
DONNERSTAG, 1. Mai, 15.30 Uhr, Phoenix: Wir Europäer. Eine Spurensuche nach den Wurzeln der europäischen Identität. Doku, D 2008.
DONNERSTAG, 1. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Karl der Große. Doku, D 2013.
FREITAG, 2. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Gott hat hohe Nebenkosten. Wer wirklich für die Kirche zahlt. Doku.
FREITAG, 2. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Die Spiegel-Affäre. Politthriller, D 2014.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

BJO-Sommerfahrt vom 21. Juli bis 1. August 2014 nach Nordostpreußen mit Besuchen in Königsberg, Trakehnen, auf der Kurischen Nehrung und in der Rominter Heide. Die vollständige Einladung mit allen Einzelheiten ist unter www.junge-ostpreussen.de zu finden. Anmeldeschluss: 20. Juni 2014 (Visapflicht).



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – 17./18. Mai: Deutschlandtreffen der LM Ostpreußen in Kassel. 12. bis 18. Mai: Busfahrt der Landesgruppe zusammen mit der AdM Mannheim. Fahrt nach Holland in den Frühlingspark Keukenhof und zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Reiseroute: 1. Tag: Busfahrt Mannheim Rotterdam, Stadtbesichtigung und Hafenrundfahrt. 2. Tag: Führung Den Haag, Eintritt Porzellanmanufaktur Delft, Besichtigung einer Käserei und der Stadt Gouda. 3. Tag: Besuch Tulpenland Keukenhof inklusive Eintritt. 4. Tag: Amsterdam mit Stadtführung und Grachtenfahrt. 5. Tag: Rotterdam – Kassel – Baunatal, unterwegs Besichtigung der Windmühlen von Kinderdijk. 6. und 7. Tag: Deutschlandtreffen in Kassel und Rückreise. Leistungen: Vier Übernachtungen mit Halbpension im Vier-Sterne-Hotel in Rotterdam, zwei Übernachtungen mit Halbpension im Best Western Ambassador in Kassel-Baunatal, Führung und Hafenrundfahrt in Rotterdam, Führung in Den Hag, Eintritt Porzellanmanufaktur Delft, Besichtigung Käserei mit Kostprobe, Besuch inklusive Eintritt Tulpenland Keukenhof, Stadtführung und Grachtenfahrt Amsterdam, Eintritt Deutschlandtreffen, Busfahrt Mannheim – Holland – Kassel – Mannheim inklusive aller Rundfahrten. Preis pro Person im Doppelzimmer 660 Euro, Einzelzimmerzuschlag 148 Euro. Durch Krankheit sind drei Plätze frei geworden. Bitte umgehend anmelden Uta Lüttich, 70192 Stuttgart, Feuerbacher Weg 108, Telefon (0711) 854093 oder Uwe Jurgsties, Kirschblütenweg 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229. – Sonnabend, 3./Sonntag 4. Mai, Bad Mergentheim: Delegierten- und Kulturtagung mit einer Preußischen Tafelrunde und einem reichhaltigen kulturellen Programm. Die Landesgruppe Westpreußen organisiert eine Busfahrt von Stuttgart nach Bad Mergentheim mit Zusteigemöglichkeiten in Pforzheim, Ludwigsburg, Heilbronn. Der Pauschalbetrag wird mit 40 Euro veranschlagt. Dieser beinhaltet das gemeinsame Essen der Tafelrunde sowie Busfahrt und Eintrittspreise. Die Vorsitzenden der Gruppen werden gebeten, an der Tagung teilzunehmen. Nähere Auskünfte und Anmeldung bei Hans-Werner Schwalke, Wilhelm-Stähle-Straße 8, 70736 Fellbach, Telefon (0711) 512907, Fax (0711) 5160341.

Lahr – Donnerstag, 8. Mai, Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ludwigsburg – Für das Deutschlandtreffen am 17./18. Mai in der Messe Kassel bietet die Landesgruppe eine Busfahrt vom 12. bis 18. Mai mit vorherigem Besuch von Rotterdam, Den Haag, Gouda, Keukenhof und Amsterdam in Holland an.

Reutlingen – Sonnabend, 3. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Frühlingsfest. Das Programm gestalten das Orchester „Zweite Lebenshälfte“ mit der Sängerin Anne Munding unter der Leitung von Herbert Sieren aus Pfullingen sowie ein Filmvortrag von Peter Jermann: „Rückblick LO 2013“. Weitere interessante Unterhaltungen bei Kaffee und Kuchen. Die Gruppe freut sich auf ihr schönes Frühlingsfest und lädt herzlich ein. Informationen über die Fahrt zum Ostpreußentreffen nach Kassel stehen auch auf der Tagesordnung. – Die Gruppe fährt zum großen Heimattreffen aller Ostpreußen aus nah und fern nach Kassel. Das Treffen findet vom 17. bis 18. Mai in der Messe Kassel statt. Die Fahrt geht ab Reutlingen vom 16. bis 19. Mai, also vier Tage mit drei Übernachtungen mit Frühstück in das Viersterne Waldhotel Schäferberg Espenau bei Kassel. Leistungen: Busfahrt, drei Übernachtungen, dreimal Frühstücksbüffet. Der Transfer zur Messe zum Heimattreffen ist inklusive. Am Tag der Anreise ist noch eine Stadtrundfahrt in Kassel und die Besichtigung der Wilhelmshöhe geplant. Auch für Sonntag, 18. Mai, nach dem Treffen wird es noch eine Überraschung geben. Am Montag, 19. Mai, wird die Gruppe nach dem Frühstück auf der Heimfahrt den Edersee besuchen. Nach Absprache ist eine Schifffahrt möglich. Die Kosten für Fahrt, Übernachtung und Frühstück betragen 300 Euro pro Person. Alle Landsleute und Freunde der unvergessenen, verlorenen Heimat sind herzlich eingeladen mitzufahren, denn: Ostpreußen lebt! Weitere Auskunft bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541. Es sind noch Plätze frei. Es werden wieder interessante und unvergessliche Tage werden.

Stuttgart – Donnerstag, 8. Mai, 14.20 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe mit Berichten des 1. Vorsitzenden, des Kassenwarts, der Leiterin der Frauengruppe und der Kassenprüfer. Anschließend Aussprache und Antrag auf Entlastung für das Jahr 2013. Anschließend wird ein Film über Ostpreußen gezeigt. Gäste sind herzlich willkommen.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 17., bis Sonntag, 18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus nach Kassel.

Ansbach – Sonnabend, 10. Mai, 15 Uhr, Orangerie: Filmvortrag „Die pommersche Ostseeküste“. Gemütliches Beisammensein. 16. bis 18. Mai: Fahrt nach Kassel zum Ostpreußentreffen.

Kitzingen – Bericht über die Versammlung am Freitag, dem 11. April, mit Ehrungen von Edeltraud Kannapin und Gustav Patz – Von den derzeit noch 30 Mitgliedern im Kreisverband Kitzingen kam mit 14 Teilnehmern immerhin fast die Hälfte zur Jahreshauptversammlung. Im Mittelpunkt stand die Ehrung von Gustav Patz, der seit 35 Jahren Mitglied und seit 25 Jahren Vorsitzender ist. „In heutiger Zeit sind 25 Jahre als Vorsitzender eine halbe Ewigkeit“, erklärte Kulturwart Wolfgang Peconik. Gustav Patz ist seit 35 Jahren Mitglied im Kreisverband Kitzingen. Der Heimat verbunden zu sein, zeichne die Liebe zu ihr aus. Peconik bedankte sich bei Patz für die geleistete Arbeit. Gustav Patz war unter anderem 18 Jahre Kreisvorsitzender, Bezirksausschussvorsitzender und Landesvorstandsmitglied beim VdK sowie Mitglied im Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Kitzingen. „Ich bin stolz darauf“, bekannte Patz bei der Überreichung der Ehrenurkunden und er werde weiterhin für seine Mitmenschen da sein, wenn er gebraucht werde.



Besuch im Pflegeheim: Gustav Patz überreicht Edeltraud Kannapin Blumen und die Ehrenurkunde der Kreisgruppe Bild: KG

Patz verwies darauf, dass 40 Prozent der alten Menschen im Landkreis die Kosten für eine Heimunterbringung nicht mehr stemmen könnten, dazu gehörten vor allem auch Angehörige der Landsmannschaften. Er bat um Teilnahme am Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel vom 17. bis 18. Mai und wies auf den Heimatabend des BdV (Sudetendeutsche, Schlesier, Deutsche aus Russland und Ostpreußen) im Rathauskeller am 24. Mai hin.

Schriftführerin Waltraud Patz zitierte ein Gedicht, in dem die Sehnsucht nach der Heimat in Zeilen wie „einmal noch die Heimaterde berühren und das vergangene Leben spüren“, deutlich wurde. Die Zeit heile alle Wunden, doch seien Bilder auch nach 64 Jahren noch in Erinnerung.

Peconik berichtete anschließend von der Kulturwartetagung im Schloss Ellingen und über das Leben des Nikolaus Copernicus. Copernicus wurde am 19. Februar 1473 in Thorn geboren. Sein größtes Werk „De Revolutionibus Orbium Coelestium“, an dem er sich fast 30 Jahre seines Lebens befasste, geht davon aus, dass sich die Sonne nahe dem Mittelpunkt des Weltalls in Ruhe befindet, während sich die Erde einmal am Tag um ihre eigene Achse dreht und jährlich um die Sonne kreist. Der einzige Himmelskörper, der sich um die Erde dreht, ist der Mond. Copernicus befasste sich nicht nur mit der Astronomie, sondern er war ebenfalls ein gebildeter Arzt, Jurist, Ökonom und Mathematiker. Er starb, ohne zu wissen, welch unschätzbaren Dienst er der Menschheit erwiesen hatte, am 24. Mai 1543 und wurde in Frauenburg im Dom beigesetzt. Der Vortrag war sehr interessant und nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken ging ein schöner Nachmittag zu Ende.

An diesem Tag sollte auch Frau Edeltraud Kannapin für 60 Jahre Mitgliedschaft und Treue zur Heimat Ostpreußen geehrt werden. Da sie sich im Pflegeheim befindet und aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnte, wurde sie im Pflegeheim von Gustav und Waltraud Patz besucht und ihr eine Ehrenkunde und ein wunderschönes Blumengebinde überreicht.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Freitag, 9. Mai, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe zur Muttertagsfeier.

Weiden – Österliche Vorfreude bei den Ost- und Westpreußen – Zum Heimatnachmittag konnte der 1. Vorsitzende Norbert Uschald eine erfreulich große Schar von Mitgliedern und Freunden im Café Mitte willkommen heißen. Gemeinsam wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Danach berichtete der Vorsitzende von der Kulturtagung der Landesgruppe Bayern im Kulturzentrum Ellingen. Uschald wies auch auf den ersten Osterbrunnen in der Stadt Weiden hin, der vom Heimatring und seinen Mitgliedsvereinen gestaltet wurde. Er lud besonders zum traditionellen Maibaumaufbau am 1. Mai um 14 Uhr vor dem Alten Eichamt ein. Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Kreisgruppe am Maibaumfestzug und die Moderation übernimmt wieder Norbert Uschald. Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte den Geburtstagskindern des Monats April und trug ein Ostergedicht vor. Barbara Uschald erfreute die Anwesenden mit einigen flotten Weisen, die sie mit der Blockflöte zum Besten gab.

Im Anschluss daran wurden die Mitglieder und Gäste vom Osterhasen mit bunten Eiern und Süßigkeiten beschenkt. Daraufhin intonierte der Vorsitzende mit seiner Flöte zahlreiche Frühlingslieder, die von den Landsleuten gesanglich begleitet wurden. Mit den besten Wünschen zum bevorstehenden Osterfest und dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zur Muttertagsfeier am Sonntag, 4. Mai, um 14.30 Uhr im Café Mitte.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



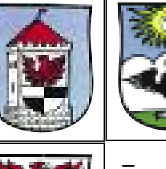
Bartenstein – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1 – 3, 14163 Berlin. Anfragen: Elfriede Fortange (030) 4944404.

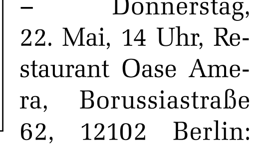


Rastenburg – Sonntag, 4. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

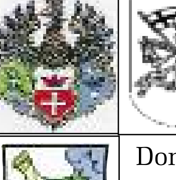


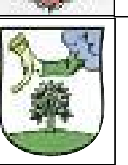
Frauengruppe – Mittwoch, 14. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Muttertag mit Beiträgen der Frauen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 22. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Muttertag. Anfragen bei bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

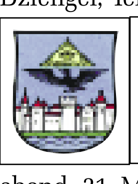




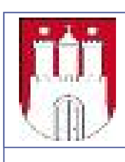
Königsberg/Samland/Labiau – Donnerstag, 22. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen bei Professor Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Lyck – Sonnabend, 31. Mai, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 31. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



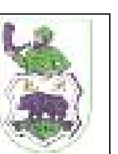
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

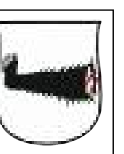
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg –Montag, 28. April, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88, (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE

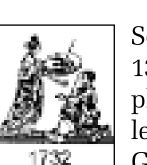


Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Jahreshauptversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

SALZBURGER VEREIN

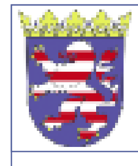


Sonnabend, 17. Mai, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Gruppe. Vortrag: „Preußisch-Litauen – Hauptan-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

siedlungsgebiet der Salzburger Emigranten 1732“.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 3. Mai, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach dem Kaffeetrinken lautet das Motto „Fröhlich in den Frühling“. Unter musikalischer Begleitung wird mit Gesang, Gedichten und kleinen Geschichten der Lenz begrüßt.

Kassel – Donnerstag, 8. Mai, 14.30 Uhr: Lesestunde mit Helge Tismer: „Ich will dir was erzählen“. Texte aus alten Schulbüchern.

Wetzlar – Montag, 12. Mai, ab 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Altvorsteher Pfarrer Dieter Nebeling spricht über den Neuanfang des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit. Gäste sind willkommen. – **Bericht** – Liebevolle Erinnerungen an die Heimat Ostpreußen geweckt hat beim April-Treffen der Rheinländer Rudolf Virnich bei den Ost- und Westpreußen und ihren Gästen mit einem Bericht über die Evakuierung seiner Familie nach Masuren. In Köln am Rhein geboren und später wegen der Berufstätigkeit seines Vaters in Aachen wohnhaft, habe seine Mutter ihn und seine Geschwister in den Jahren 1941/42 vor den Bombenangriffen der Alliierten auf die Grenzstadt in dem kleinen Ort Spechtsboden im masurischen Kreis Goldap in Sicherheit gebracht. Fernab von Kriegshandlungen – die deutsche Wehrmacht befand sich noch vor den Toren Moskaus – habe er die glücklichsten Kindheitstage verlebt, fasste der spätere stellvertretende Direktor an der Wetzlarer Kestnerschule seine Eindrücke von seinem Ostpreußenaufenthalt als Neunjähriger zusammen: Im ersten Quartier nicht gut aufgenommen, fanden sie jedoch auf dem Hof der Schwester des Ortsbürgermeisters und Ortsgruppenleiters eine neue Heimat. Ohne elektrischen Strom, Gas und fließendes Wasser hätten die Dorfbewohner damals leben müssen. Wer „mal musste“, hätte über den Hof zum Plumpsklosett gehen müssen. Im Winter seien „Schlorren“ (Holzklumpen) angesagt gewesen, weil sonst in der großen Kälte die Füße erfroren wären. Einmal sei das Thermometer auf Minus 38 Grad gesunken.

Der nahegelegene Goldaper See und die Bruchlandschaft an der angrenzenden Rominter Heide habe sie als Kinder immer wieder angezogen. Auch die Ställe mit den Pferden, Kühen und dem Federvieh hätten auf ihn eine große Anziehungskraft ausgeübt. Einmal seien sie bei einer Holzabfuhr einer Elchkuh begegnet. Die Pferde seien von selbst stehen geblieben, als ihnen das mächtige Tier über den Weg gelaufen sei, berichtete Virnich. Von der Rassenideologie der Nationalsozialisten habe er in Spechtsboden nur einmal etwas mitbekommen, als die auf dem Hof ihrer Gastgeber tätigen polnischen Zwangsarbeiter nebenbei als „Untermenschen“ bezeichnet worden waren. Die Faszination von einem auf dem masurischen Hof betriebenen „Göpel“, einer mechanischen Antriebsvorrichtung für Maschinen, hat Virnich bis heute nicht verlassen. Als Modell mit Legosteinen nachgebaut, demonstrierte er nach seinem über einstündigen Vortrag begeistert dessen Funktionsweise.



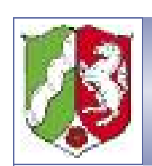
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Rinteln – Donnerstag, 8. Mai, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen der Rintelner Gruppe spricht Ralf-Peter Wunderlich über „Preußens Niedergang und Wiederaufstieg zu Beginn der 19. Jahrhunderts“. Neben den Mitgliedern der Gruppe sind auch Freunde und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.

Osnabrück – Dienstag, 6. Mai, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Jeden dritten Montag von 14.30 bis 16.45 Uhr Treffen in der Heimatstube Märkische Straße. Auskünfte erteilt Marlies Hein unter Telefon (0209) 98894112. – Wegen der Osterfeiertage findet der heimatliche Nachmittag am Dienstag, 22. April, in der Zeit von 14.30 Uhr bis 16.45 Uhr statt. Das Motto dieses Treffens sind Osterbräuche und Frühlingslieder. Zum 90. Geburtstag wird Frau Christa Wank gratuliert. Sie hat ihre Zusage zum Kaffeetrinken gegeben. Hierzu sind alle eingeladen, die Frau Wank gratulieren möchten.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. – Mittwoch, 30. April, 13 Uhr: Führung durch die Joseph-Schmidt-Ausstellung mit Dr. Katja Schlenker. – Montag, 5. Mai, 19 Uhr, Staatskanzlei NRW: „25 Jahre Umbruch in Ostmitteleuropa und 10 Jahre EU-Mitgliedschaft der Republiken Polen und Tschechei“. Podiumsdiskussion. – Mittwoch, 7. Mai, 15 Uhr, Eichendorff-Saal: Film „08/15“, Teil 2 (D 1955). – Mittwoch, 7. Mai, 15 Uhr, GHH/Raum 311/Siebenbürger Sachsen: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 9. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 14. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Jost Düffler „Andreas Hillgruber (1925–1989) – Ein deutscher Historiker“. – Donnerstag, 15. Mai, GHH/KB: Lesung mit Wilhelm Böhm: „Zu neuen Ufern“. – Donnerstag, 15. Mai, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 16., bis Dienstag, 20. Mai: Fünftagesfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.

Essen – Freitag, 16. Mai, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Thema „Reisen über das östliche Polen nach Belarus, von dort nach Deutschland“. Referenten: Anneliese und Bernhard Kehren.

Gütersloh – Donnerstag, 8. Mai, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe.

Leverkusen – Sonnabend, 17. Mai, 15 Uhr, Haus Klippenberg, Oberbüscherhof: Die Gruppe feiert mit ihren Mitgliedern und Gästen ihr jährliches Blumenfest unter Einbeziehung der alten prussischen Tradition der Wahl der schönsten Blume zur Königin. Ein schönes, buntes Programm wird geboten, vorbereitet vom Chor „Heimatmelodie“, der Tanzgruppe „Die flotten Marjellchen und Bowkes“ sowie der „Laien- und Deklamationsgruppe“. Anmeldungen und Informationen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

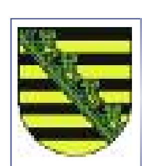
Neuss – Sonntag, 27. April, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz, Vorträgen und einer Tombola. – Freitag, 16., bis Montag, 19. Mai: Jahresausflug nach Kassel mit Besuch des Deutschlandtreffens der Ostpreußen am 17. und 18. Mai. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

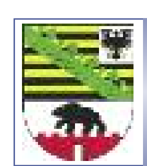
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Die Fahrt wird von der Kreisgruppe Darmstadt durchgeführt. Auskunft erteilt der Vorsitzende Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 3. Mai, 14 Uhr, Esche Museum: Veranstaltung der Gruppe. Dieser Heimatnachmittag steht unter dem Motto: „Trakehnen und seine weltberühmte Pferdezucht“. Erinnerungen an die Heimat und die unvergessliche Tüchtigkeit der Vorfahren werden die Teilnehmer erfreuen und verbinden. Kultur und Brauchtum bleiben stets der Mittelpunkt der Veranstaltungen. In Großwaltersdorf (Sachsen) gibt es ein gemütliches kleines Landhotel Der Trakehnerhof. Familie Richter besitzt eine Trakehner Pferdezucht und ist jederzeit gerne bereit, Führungen durchzuführen. Sie zeigten voller Stolz ihre edlen Pferde. Für diesen Nachmittag werden viele spannende Erlebnisse erwartet. Ausstellungsstücke werden zu sehen sein, die an die Heimat erinnern. Diese Veranstaltung ist nur möglich durch die finanzielle Unterstützung des sächsischen Innenministeriums Dresden. Die Gruppe sagt herzlichen Dank dafür. Alle Landsleute und Gäste sind recht herzlich zu dieser interessanten Veranstaltung eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 9. Mai, 16 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 11. Mai, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Muttertag. – Dienstag, 13. Mai, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

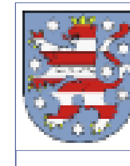


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Freitag, 2. Mai, 18 Uhr, Restaurant-Bistro Marktplatz, Lindenallee 14: Traditionelles Fleck-, Königsberger-Klops- und Wellwurst-Essen. Die Gruppe möchte nach alter ostpreußischer und schlesischer Art einen gemütlichen Abend gestalten, wobei jeder Einzelne zur Unterhaltung beitragen kann. Teilnehmer können auch Freunde und Bekannte mitbringen. Jeder Gast ist herzlich willkommen. Auch über die Teilnahme von Kurgästen freuen sich die Organisatoren. Es kann auch ein Gericht nach Karte bestellt werden. Um Anmeldung für das Essen wird bis spätestens 25. April im Blumenhaus Franck (Inhaber R. Dluzak), Bahnhofstraße 26, Malente, gebeten. Teilnehmer von außerhalb können sich auch unter Telefon (04523) 2659 (Klaus Schützler) anmelden. Eine Portion Fleck, Königsberger Klopse oder Wellwurst kostet 9 Euro, dazu wird ein Schnaps gereicht.

Schönwalde – Freitag, 16. Mai, 19 Uhr, Landhaus Schönwalde: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstands, Grußworte der Gäste, Filmvortrag über Ostpreußen, Verschiedenes. Wie alljährlich gibt es am Abend Königsberger Klopse. Kostenbeitrag 10 Euro. Um Anmeldung bis zum 12. Mai wird gebeten beim 1. Vorsitzenden Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495, oder beim 2. Vorsitzenden Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Apolda, Jena, Hermsdorf – Sonntag, 18. Mai: Tagesfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel. Für die Fahrt mit Reisebus sind noch ein paar Plätze frei. Info unter Telefon (03641) 9264301.

Eisenach – Dienstag, 13. Mai, 14 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag.

Erfurt – Montag, 5. Mai, 10 Uhr, Hauptfriedhof: Zentrale Gedenkveranstaltung des BdV Thüringen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimat im Herzen

Ex-PRUSSIA-Leiter Prof. Brilla verstorben

Im November 2013 verstarb Professor Dr. med. Günter Brilla. Er ist den Ostpreußen vor allem als Präsident der PRUSSIA-Gesellschaft bekannt, die er 22 Jahre leitete.



Prof. Günter Brilla Bild: M.L.

Günter Brilla, 1927 in Königsberg geboren, hatte trotz frühzeitigen Schulabschlusses durch Luftwaffenhelfer- und Fronteinsatz bei Kriegsende das Vorkriegs-Ostpreußen noch voll erlebt und erfasst. Nach französischer Gefangenschaft in Mecklenburg zum Junglehrer ausgebildet, studierte er in Rostock Biologie und assistierte dort am Physiologischen Institut der Medizinischen Fakultät.

Da er mit dem DDR-Regime nicht konform ging, musste er 1954 für zwei Jahre ins Zuchthaus. 1958, frisch verheiratet, floh er mit seiner Frau Renate in den Westen. In Bonn setzte er die wissenschaftliche Arbeit im gleichen Fach fort und absolvierte daneben ein volles Medizinstudium bis zur Habilitation im Fach Physiologie. 1972 wurde er auf den Lehrstuhl für allgemeine und Humanbiologie an der PH Aachen berufen, später wechselte er an die Universität Köln und setzte dort auch nach der Emeritierung seine Vorlesungen und Kurse sowie die naturnahen pädagogischen Exkursionen nach Kärnten und später nach Ostpreußen fort.

Von den 90er Jahren an engagierte sich Brilla zunehmend für Ostpreußen und konzentrierte seine Aktivitäten dabei immer mehr auf die PRUSSIA, deren Leitung er 1988 übernommen hatte. Als der sowjetische Teil der Heimat sich öffnete, erkannte auch er, wie damals viele, die neue Chance. Obgleich weder Historiker noch gar Archäologe, sondern „nur“ Naturwissenschaftler, knüpfte Brilla dank seiner Kontaktfähigkeit und seiner Verwurzelung im akademischen Bereich Verbindungen über die Grenzen hinweg, zu Wissenschaftlern aller Fakultäten, die am kulturellen Erbe Ostpreußens interessiert waren. Besonders wichtig waren hierbei die Kontakte in seine Heimatstadt Königsberg, zur heutigen russischen Universität, deren Angehörige sich in der Tradition der alten Albertina sehen.

> Kontakte zur Albertina geknüpft

Brilla konnte auf dieser Basis nicht nur interessante Exkursionen in alle Teile Ostpreußens durchführen, sondern auch ein reiches Vortragsprogramm bestreiten. So standen neben der traditionellen Thematik der PRUSSIA, der Vor- und Frühgeschichte, auch Referate über das Deutschland- beziehungsweise Preußenbild aus der Sicht der Nachbarländer.

Die zweimal im Jahr in Duisburg, am Sitz des Museums Stadt Königsberg, veranstalteten Treffen der PRUSSIA waren und sind nach wie vor gut besucht. Dieses Forum des geistigen Austauschs auf hohem Niveau, eingefasst in einen nahezu familiären Rahmen, ist das Werk Günter Brillas und vor allem auch seiner Frau. Unter seiner Leitung vervierfachte sich die Zahl der PRUSSIA-Mitglieder.

Die Aufgabe, das Erbe Ost- und Westpreußens zu bewahren, bleibt bestehen. Günter Brilla, der neben seiner Frau drei Söhne und zwei Enkel hinterlässt, hat dafür in rastloser Aktivität wesentliche Grundlagen geschaffen.

Martin Lehmann

Neugier wecken

Haus der Landsmannschaften Pforzheim

Ein restauriertes Brötzinger Bauernhaus (Jahreszahlen 1563 und 1760) im Bereich des Stadtmuseumareals wurde 1989 zum Museum für die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten und den östlichen Siedlungsräumen. Vor dem Museum erinnert ein Denkmal an die Millionen Toten von Flucht und Vertreibung.

In zehn Heimatstuben der ostdeutschen Landsmannschaften wird das geschichtliche und kulturelle Erbe sichtbar. Das Museum möchte Neugier wecken auf die östliche deutsche Kulturlandschaft, berühmte Persönlichkeiten, Handwerk, Industrie und landwirtschaftliche Besonderheit sowie auf die früheren Verbindungen zu Pforzheim. *EB*

Haus der Landsmannschaften Kirchenstraße 9, 75172 Pforzheim/Brötzingen, Telefon (07231) 441980. Öffnungszeiten: Sonntag 13 bis 17 Uhr. Sonderführung nach Vereinbarung.



Beherbergt Kulturgut: Brötzinger Bauernhaus Bild: Stadt Pforzheim

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Abschied von Werner Dost

Nach einem aktiven Leben voller Lebenskraft und Kreativität hat uns Werner Drost nach langer schwerer Krankheit am 1. April 2014 für immer verlassen. Am 15. April fand in Neu Wulmstorf die Trauerfeier für Werner Drost statt, an der auch Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski mit seiner Frau teilgenommen hat.

Werner Drost wurde am 24. Oktober 1924 in Pietrellen im Kreis Angerburg als Sohn eines Erbhofbauern geboren. Dieser Bauernhof mittlerer Größe befand sich seit vielen Generationen im Familienbesitz. So erhielt Werner Drost als Hoferbe zunächst auch eine landwirtschaftliche Ausbildung. Im Jahr 1943 wurde er zu den Waffen gerufen und nahm als Flak-Soldat bis zur Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 am Zweiten Weltkrieg teil. Das Kriegsende erlebte Werner Drost in Kurland mit anschließender Gefangenschaft in Russland, aus der er im Mai 1948 entlassen wurde. Wie so viele Angehörige seiner Generation musste sich Drost nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg und dem Verlust seiner geliebten Heimat beruflich neu orientieren. Er wurde Beamter im Zollgrenzdienst. Als Regierungsamtsrat trat er am 31. Oktober 1984 in den Ruhestand.

Schon sehr früh hat Werner Drost in der Kreisgemeinschaft Angerburg ehrenamtlich mitgearbeitet. Er war Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Generation in der Kreisgemeinschaft im Jahr 1959. Bereits 1961 wurde er in die Kreisvertretung gewählt, der er bis 2005 angehört hat. 30 Jahre war er auch Mitglied des Kreisausschusses. Von 1979 bis 1985 hat er als Schatzmeister die Finanzen der Kreisgemeinschaft Angerburg gewissenhaft verwaltet. Aber auch in der Redaktion des Angerburger Heimatbriefes hat Werner Drost sich eingebracht. Er war immer da, wenn er gebraucht wurde.

In Würdigung seines vorbildlichen Einsatzes für Angerburg und Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Werner Drost das Goldene Ehrenzeichen. Unsere Achtung und Anerkennung gelten der Lebensleistung von Werner Drost. Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und menschliche Wärme zeichneten ihn aus. Seine Art, Menschen zu begegnen, hat ihm viele seiner Wegbegleiter zu Freunden werden lassen. Werner Drost wird uns unvergessen bleiben.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Juni-Reise

Vom 1. bis 10. Juni wird eine Reise in die Elchniederung, das Memelland und weiter bis nach Riga stattfinden. Folgender Reiseverlauf ist geplant: 1. Juni: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute. Am Abend erreichen Sie Marienburg zur Zwischenübernachtung. 2. Juni: Führung durch die Marienburg und Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang bis nach Tilsit, Unterkunft im Hotel „Rossija". 3. Juni: Ausflug über Neukirch und Seckenburg nach Rauterskirch und dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Anschließend Fahrt nach Heinrichswalde mit Folklorekonzert in der renovierten Kirche sowie Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums. Am Nachmittag Rückfahrt über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. In Tilsit geführter Stadtrundgang. Für alle, die nicht am organisierten Programm teilnehmen möchten, besteht die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem bewährten Taxiservice vor Ort. 4. Juni: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. 5. Juni: Weiterreise über die Luisenbrücke nach Litauen. Besichtigung der Kirche in Heydekrug, Picknick in Kinten und Schiffsfahrt über die Minge und durch das Naturparadies des Memeldeltas. Abendessen und Übernachtung in Heydekrug.

6. Juni: Weiterreise durch Litauen nach Norden und Besuch des Berges der Kreuze sowie des Schlosses Rundale in Lettland. Gegen Abend erreichen Sie Riga. Abendessen und Übernachtung in Riga. 7. Juni: Ausführliche Stadtführung durch die lettische Hauptstadt. Riga ist heute die größte Stadt des Baltikums mit einer beeindruckenden Altstadt sowie einem reichen Bestand an sehr schönen Jugendstilbauten. Am Abend Orgelkonzert im Rigaer Dom, dem größten Sakralbau des Baltikums. Übernachtung in Riga. 8. Juni: Besuch von Jurmala, einem der bekanntesten Badeorte des Baltikum und Rückreise nach Litauen. Besuch von Polangen [Palanga] mit dem berühmten Bernsteinmuseum. Abendessen und Übernachtung in Memel [Klaipeda]. 9. Juni: Geführter Rundgang durch die Altstadt von Memel und Einschiffung auf das Fährschiff der Reederei DFDS von Memel nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord. 10. Tag: Am Vormittag genießen Sie die Zeit auf See, bevor Ihr Schiff gegen Mittag Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover.

Weitere Informationen zur Reise und Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228, oder Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt-@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Altenau: 26. Sondertreffen Zinten-Land

In diesem Jahr trafen sich am Wochenende der Zeitumstellung 22 Interessierte zum Sondertreffen des Kirchspieles Zinten-Land. Leider mussten sechs Personen aus gesundheitlichen Gründen absagen, unserer Grüße und guten Wünsche können sie gewiss sein.

Am Freitag trafen nach und nach die meisten Teilnehmer ein und schnell füllte sich die gemütliche Gaststube, das Plachandern und Schabbern bei Kaffee und Kuchen und auch den ersten Bierchen ging sofort los. Alte Bekannte wurden begrüßt, neue vorgestellt und sofort mit einbezogen. Am ersten Abend dann war gar keine Zeit für Lieder, Gedichte und Geschichten, zu viel galt es zu erzählen und zu berichten vom vergangenen Jahr.

Der Sonnabend zeigte sich sonnig und mit frühlingshafter Wärme. So bereute niemand die am Vorabend getroffene Entscheidung, eine gemeinsame Schiffsfahrt auf dem Okerstausee zu unternehmen. Bei klarem blauen Himmel ging es los, und obwohl der milde Winter den Wasserstand sehr niedrig gehalten hatte, konnte das Schiff uns eineinhalb Stunden über das Wasser bewegen. Die meisten von uns fuhren direkt im Anschluss nach Clausthal-Zellerfeld, wo die evangelische Kirche die Renovierungsarbeiten abgeschlossen hatte und in neuem, hölzernem Glanz erstrahlte. Eine Teilnehmerin aus Kukehnen fühlte sich direkt in die heimatliche Kirche von Zinten versetzt, die Ähnlichkeit in Art und Aufbau der Innenausstattung erschien ihr sehr groß. So hatten wir uns die heutigen Kuchen und Torten verdient und erfreuten den die Wirtsleute zurück im Quellenhof, es blieb kein Krümel übrig.

Der Abend war dann geprägt von Geschichten über Kurduppelchen, über das Wie, Wann und Wo des Küssens, den (ostpreußischen) Jüngling und vieles mehr. Nicht zuletzt zeigte uns ein humorvolles Quiz, dass wir manchmal nicht einfach genug denken. Das Singen wollte nicht so recht in Gange kommen, was vor allem von Irmgard Lenz bedauert wurde, aber dank einer besonders schönen und kräftigen Stimme klang wenigstens das Ostpreußenlied richtig und von allen mitgesungen durch den Raum.

Auch wenn es jedes Jahr für Irmgard Lenz und ihren Mann Eugen nicht unbedingt leichter wird, die lange Strecke zu bewältigen – nach diesem Wochenende mit dieser wieder durchweg guten Laune und der Bereitschaft aller, im nächsten Jahr wieder dabei zu sein, wird ihnen nicht viel anderes übrig bleiben, als sich auch 2015 wieder auf den Weg nach Altenau zu machen.



Bild: KG Heiligenbeil

Bei sonnigem Wetter: 26. Sondertreffen Zinten-Land



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Filmvorführung entfällt

Sonnabend, 26. April, 10 bis 16 Uhr: Das Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 h (Böcklersiedlung), hat geöffnet. Zu sehen ist neben Teilen der Dauerausstellung zur Geschichte von Stadt und Kreis Lötzen die Sonderausstellung „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter".

Die für diesen Tag (16.15 Uhr) angekündigte Filmvorführung „Flucht aus Goldap – Schicksal einer ostpreußischen Familie" muss leider entfallen. Sie wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

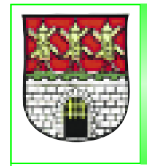
Verleihung des Ehrenzeichens an Anorthe Nilson

Im Namen des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen wurde Anorthe Nilson in Würdigung ihres langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland das Ehrenzeichen von der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee an ihrem 70. Geburtstag verliehen. Frau Nilson, geboren am 10. April 1944 in Lyck, ist seit dem 7. November 1990 Ortsvertreterin von Morgen-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

grund. 2006 übernahm sie auch die Funktion der Ortsvertreterin der Ortschaft Baitenberg. Seit dem Jahr 2000 veranstaltet Frau Nilson die im regelmäßigen Turnus stattfindenen Ortstreffen Morgengrund / Mostolten / Siegersfeld / Stettenbach in Bad Pyrmont. Seit dem 28. August 2010 ist sie 2. Kassenprüferin der Kreisgemeinschaft Lyck. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lyck wünscht Frau Nilson für ihren weiteren Lebensweg viel Freude, Gesundheit und Schaffenskraft.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Ostpreußenfahrt

Die nächste Ostpreußenfahrt wird, wie geplant, vom 5. bis 17. September 2014 stattfinden. Es sind nur noch wenige Plätze zu vergeben. Die Reise beginnt ganz früh am 5. Sepember in Rotenburg/Wümme. Dort treffen wir uns am Tag vorher im Gästehaus der Stadt, einer freundlichen, schön im Wald gelegenen Jugendherberge. Am Abend gibt es dort eine Einstimmung auf die Reise. Der Bus holt uns dort ab. Mit dem Pkw Anreisende parken ihr Auto sicher auf dem Gelände des Busunternehmens. Ziel des **1. Tages** ist Danzig. Da wir früh abfahren, können wir noch am gleichen Abend die Altstadt von Danzig in vollen Zügen und bei Nacht genießen. Die Dreistadt bereisen wir am **2. Tag** mit Zoppot, Kirche Oliva mit Orgelkonzert und geführtem Stadtrundgang Danzig. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung, zum Beispiel für die lohnende, preiswerte Fahrt auf einem Piratenschiff zur Westernplatte. **Tag 3** füllt eine Rundfahrt aus mit Besichtigungen der Marienburg und des Frauenburger Doms, einer Fahrt entlang des Frischen Haffs zum Trakehner-Gestüt Cadinen mit tausendjähriger Eiche. Eventuell setzen wir auch auf die Frische Nehrung über beziehungsweise fahren über Kahlberg nach Danzig zur Übernachtung. Am **4. Tag** geht die Reise nach Masuren, Aufenthalt in Nikolaiken vor einer Fahrt auf dem Spirdingsee bis Niedersee [Ruciany], Staaken auf der idyllischen Krutinna und auf Wunsch großes Fischessen satt über der Krutinna zum Spottpreis. **Tag 5** ist der Tag des Grenzübertritts ins nördliche Ostpreußen. Vorher besichtigen wir die berühmte Wallfahrtskirche Heiligelinde und erleben dort ein Orgelkonzert. Gleich nach dem Grenzübertritt ist es nicht weit nach Tharau, wo Ännchen von Tharau geboren wurde. Dort steht auch eine mächtige Kirchenruine. Die Kirche, auf Feldsteinfundament erbaut, stammt aus dem 14. Jahrhundert. Nach der Pause in Tharau wird uns Reiseleiterin Tatjana, die am Grenzübergang zugestiegen ist, auf dem Weg nach Königsberg viel erzählen. In Königsberg angekommen, bleibt noch Zeit für eine Stadtrundfahrt, die wir am folgenden **Tag 6** fortsetzen mit Besuch des Doms und des Hafens. Etwa zur Mittagszeit geht es dann weiter gen Osten. Zunächst an Insterburg vorbei, wo wir dreimal nächtigen, fahren wir nach Gumbinnen zum Besuch der Salzburger Kirche und Diakonie. Der Leiter, Alexander Michel, wird uns sicher wieder überraschen mit seinen Späßen und anderem. Nach dem Besuch der Diakonie wird es Zeit, das wir über das Storchendorf Kraupischken/Breitenstein, hier mit kurzem Fotostopp erreichen,um im dortigen Hotel in Insterburg unsere großzügigen Zimmer zu beziehen. Am **Tag 7** ist eine Rundfahrt geplant, zunächst nach Tilsit mit Stadtrundgang, Memel und Luisenbrücke. Über Ragnit, wo wir an der gewaltigen Burgruine Stopp machen, kommen wir zur Mittagszeit an einen idyllisch gelegenen Memelbogen. Hier tischt, um auch einmal die täglich gute Bewirtung am Bus zu erwähnen, unsere Buscrew groß auf mit einem rustikalen Büfett. Dazu Rot- und Weißwein satt. Das Programm sieht eine Kranzniederlegung auf dem Schloßberger Soldatenfriedhof vor und danach eine russische Folkloreveranstaltung in Haselberg [Krasnosnamensk], der heutigen Rajonhauptstadt. Danach geht es zurück ins Hotel nach Insterburg. **Tag 8** ist der Tag zur freien Verfügung. Wer seinen Heimatort besuchen will, dem kann ein Taxi organisiert werden. Die Fahrer kennen sich gut aus, bemühen sich, sprechen gut Deutsch und fahren zu günstigen Tarifen. Allen anderen Mitreisenden wird eine Rundreise, unter anderem nach Trakehnen, geboten mit Besichtigung des Landstallmeisterhauses. Am**9. Tag** geht es wieder gen Westen, vorbei an Königsberg zur Samlandküste. Wir machen in Rauschen einen großen Rundgang durch die Stadt und entlang der Seeterrassen. Ein interessanter Stopp auf der Weiterfahrt auf der Nehrung in Richtung Nidden ist Pillkoppen. Dort besichtigen wir die Vogelwarte Rossitten. Danach haben wir bald den Grenzübergang nach Nidden/Litauen erreicht, wo wir für **drei Nächte** ein Hotel beziehen. In Nidden sind neben einer Stadtrundfahrt per Reetdachbus Ausflüge zu Land und zu Wasser geplant. Die Rückreise beginnt am **Tag 12.** Über Schwarzort und durch Übersetzen über das Haff per Fähre erreichen wir Memel. Dort ist eine geführte Stadtbesichtigung und der Besuch eines großen Einkaufszentrums geplant. Dann wird es bald Zeit, uns auf die Kielfähre einzuschiffen. Entspannung ist am letzten Reisetag angesagt: die beliebte Fahrt über See bis Kiel.

Interessenten wenden sich bitte umgehend an Jörg Heidenreich, Bockwischer Weg 22, 25569 Kremperheide, Telefon (04821) 8881580, Fax 8881581 oder E-Mail: joergheidenreich@googlemail.com



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Eine wichtige personengeschichtliche Quelle

Kürzlich konnte Dr. Axel Beer von der Uni Mainz bei einer Auktion die kompletten Jahrgänge 1892 und 1893 des „Ragniter Kreisblatts“ erwerben, das von 1846 bis 1922 in wöchentlichen Ausgaben erschien. Es handelt sich um ein typisches preußisches Amtsblatt, wie es in zahlreichen Städten veröffentlicht wurde; inhaltlich überwiegen (neben überaus interessanten Werbeanzeigen) behördliche Bekanntmachungen, Verordnungen, Steckbriefe und dergleichen mehr. Von besonderem personengeschichtlichen Wert sind die Listen der Militärpflichtigen – in den beiden Bänden mehr als 900 Personen der Jahrgänge 1870 bis 1873 –, die mit Namen, Geburtsort und -datum, Wohnort sowie Beruf aufgeführt werden. Daneben finden sich noch Verzeichnisse von Waffenscheininhabern, Gewerbetreibenden, Wahlvorstehern, (neuen) Rentenempfängern und manche andere personengeschichtlich bemerkenswerte Notiz.

Lediglich die Berliner Staatsbibliothek verfügt ansonsten über einen, und zwar umfangreichen, wenn auch bei weitem nicht vollständigen, Bestand an kompletten Jahrgängen der Zeitung (1846–1855, 1861–1864, 1871, 1872, 1874, 1882, 1883, 1885–1891, 1894, 1898–1901, 1906, 1907, 1910, 1911, 1913); die jetzt aufgetauchten Bände fehlen dort und werden demnächst Herrn Fritz Loseries, der das auf Ostpreußen konzentrierte genealogische Internetportal Ahnenspuren betreibt (http://www.portal-ostpreussen.eu/) zur Auswertung anvertraut, wobei zunächst die relevanten Teile eingescannt werden sollen. Überdies ist eine Bestellung der in Berlin vorhandenen Mikrofilme zunächst ausgewählter Jahrgänge bereits im Gange, um in einem weiteren Schritt den Umfang der personengeschichtlich auswertbaren Verzeichnisse festzustellen und einen Plan für eine zielgerichtete Erfassung und Zugänglichmachung des Materials entwerfen zu können.

Selbstverständlich werden gerne Auskünfte aus den erwähnten beiden Bänden gegeben; Kopien sind leider nicht möglich, da das Papier überaus empfindlich und die Bindung (bei insgesamt mehr als 1000 Seiten) sehr eng ist.

Dr. Axel Beer, Hauptstraße 22, 55270 Klein-Winternheim, Telefon (06136) 45522. E-Mail: axel-beer@uni-mainz.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Schultreffen

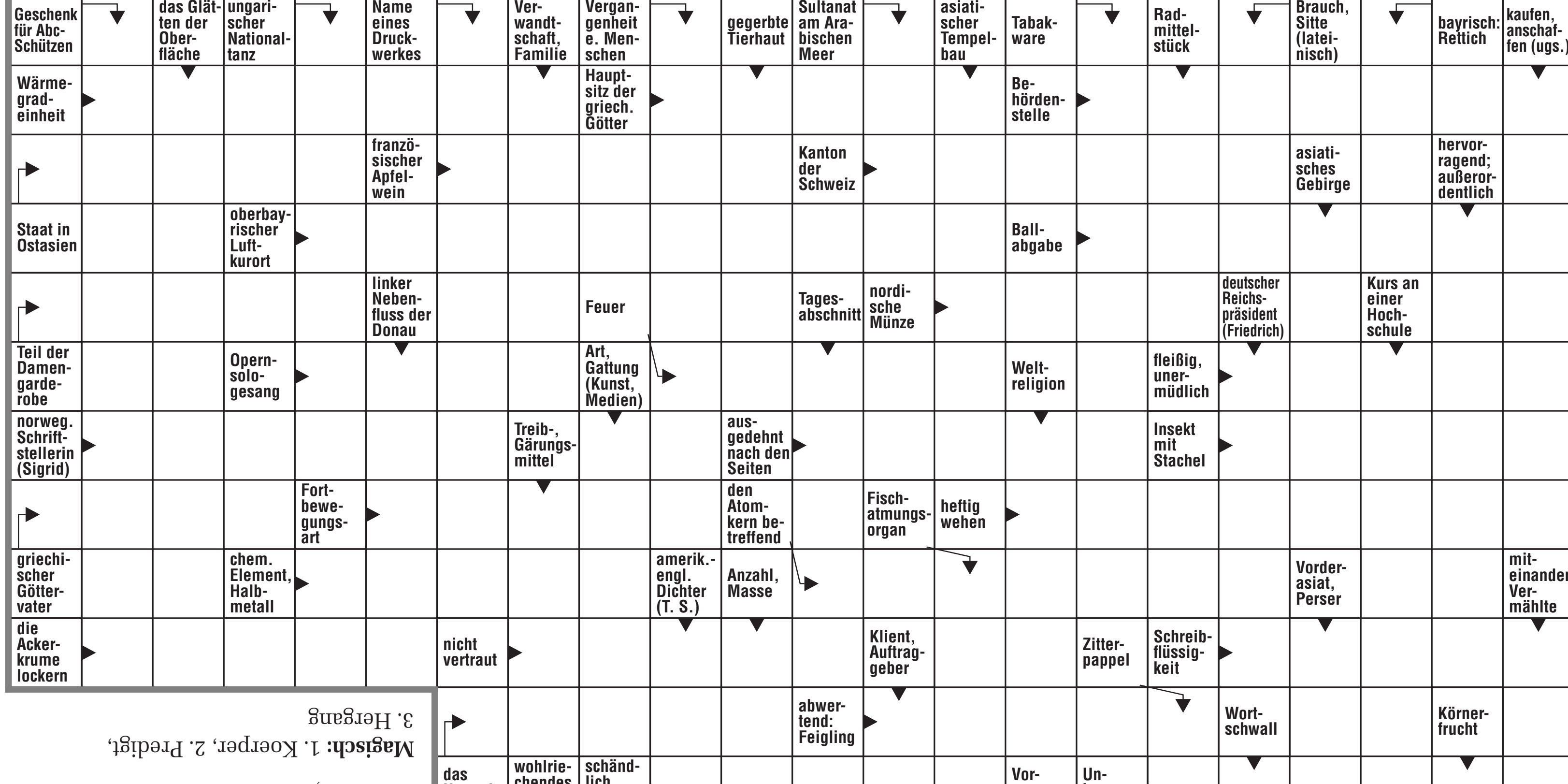
Die Schulgemeinschaft „Neustädtische Schule Tilsit“ wird 2014 von Montag, 4. August, bis Mittwoch/Donnerstag, 7./8. August, ihr Jahrestreffen zum neunten Male in der Lüneburger Heide durchführen. Es findet statt in der „Zur Alten Fuhrmanns-Schänke“, Dehningshof 1, 29320 Hermannsburg/OT Oldendorf, Telefon (05054) 98970, E-Mail: info@fuhrmanns-schaenke.de. Nach dem Verlust von Günther Voigt 2013 haben wir in diesem Jahr schon wieder den Tod eines treuen Mitstreiters, Dr. Reinhard Mattern aus Erfurt, zu verschmerzen. Wir, „das letzte Aufgebot“ der Neustädtischen, gestalten die Erinnerung an unsere ostpreußische Heimat zu allen Gelegenheiten, solange Gesundheit und Fitness das zulassen. Das bedeutet auch die Teilnahme am Großen Ostpreußentreffen in Kassel.

Schulsprecher Erwin Feige

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonnabend, 24. Mai, 11 bis 17 Uhr, Sonntag, 25. Mai, 11 bis 16 Uhr: Malworkshop für Erwachsene, „Akademische Strenge und künstlerische Freiheit“. Kunstakademische Sichtweisen im Zeichen- und Malunterricht des 19. und 20. Jahrhunderts. Malworkshop und kunsthistorische Exkurse mit der Breklumer Künstlerin Elena Steinke. Kosten für beide Tage: 100 Euro pro Person inklusive Museumseintritt und Materialkosten. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04131) 75995-20 oder 75995–0, E-Mail: info@ol-lg.de. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal zehn Personen begrenzt. Wir empfehlen rechtzeitige Reservierung.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0.



Schüttelrätsel

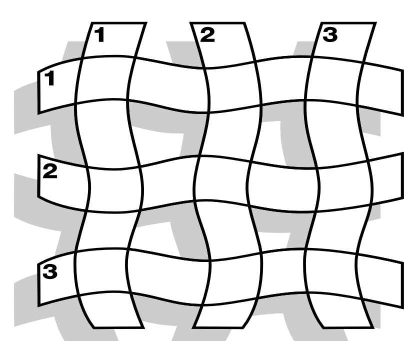
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BEERS	▼	AGRT	AGNST	▼	ACHHS		AEHR	EGIL	CENT
▶					CCHI ▶				
EEGNW			EEEG GH ▶						
AABEN PRSU ▶									
AETT ▶					AHLT ▶				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung die Bezeichnung für die Lehre und Wissenschaft von Pflanzen.

Nr.			Mitte		
1	KARAMELL				FARBEN
2	TOR				SCHUSS
3	GROSS				TAG
4	BLITZ				SAHNE
5	BIER				WURST
6	DURCH				MUSTER
7	FILM				WAND



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Leib der Lebewesen
2 Kanzelrede
3 Verlauf eines Geschehens

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: S A S / WEGEN CHIC / RR GEHEGE / BAUSPAREN / ETAT HALT

Mittelworträtsel: 1. Bonbon, 2. Posten, 3. Mutter, 4. Schlag, 5. Schinken, 6. Schnitt, 7. Plakat – Botanik

Magisch: 1. Koerper, 2. Predigt, 3. Hergang

Ostpreuße im Rheinland

Der Schriftsteller Karl-Heinz Jakobs wurde 85 Jahre alt

Nur einmal hat der einstige DDR-Schriftsteller Karl-Heinz Jakobs seine ostpreußische Heimat in seinen Büchern erwähnt.

In seinem dokumentarischen Buch „Das endlose Jahr“ (1983), das zwei Jahre nach seiner Ausbürgerung aus dem SED-Staat nur in Westdeutschland erscheinen konnte und eigentlich der unglaublichen Lebensgeschichte der Altkommunistin Dorothea Garai gewidmet war, beschrieb er, wie er während eines Besuchs zu DDR-Zeiten in der Sowjetrepublik Litauen heimlich auf die Kurische Nehrung gefahren und dort bei Nidden auf der Hohen Düne umhergeirrt war wie damals als Kind, bis er das Kurische Haff hatte aufleuchten sehen und aus der Verirrung herausgefunden hatte.

In Kiauken, Kreis Elchniederung, geboren

Der Schriftsteller, der seit 1981 in Velbert/Rheinland lebt und dort am 20. April seinen 85. Geburtstag feierte, wurde 1929 in Kiauken im Landkreis Elchniederung, der Ort wurde später in Wartenberg umbenannt, geboren.

Zum Kriegsende 1945 wurde er noch als Flakhelfer eingezogen, geriet in Kriegsgefangenschaft und wurde in die Sowjetische Besatzungszone entlassen, wo er 1948 eine Maurerlehre begann. Von der Belegschaft der Baustelle des Kraftwerks Trattendorf bei Spremberg in der Niederlausitz wurde er 1956 zum Studium an das Leipziger Literaturinstitut delegiert, seit 1958 arbeitete er dann als Journalist und Schriftsteller und veröffentlichte 1961, wenige Wochen vor dem Mauerbau in Berlin, seinen ersten Roman „Beschreibung eines Sommers“, der ihn über Nacht berühmt machte.

Dieser Roman, der bereits 1962 mit Manfred Krug und Christel Bodenstein in den Hauptrollen von der Defa verfilmt wurde, ist das erste Zeugnis der DDR-„Ankunftsliteratur“ zwölf Jahre nach der Staatsgründung 1949. Berichtet wird vom beschwerlichen und mühevollen Aufbau eines Chemiewerks im ungewöhnlich heißen Sommer 1959 in Schwedt an der Oder, im Buch Wartha genannt, was zum „Jugendobjekt“ ausgerufen worden war.

Hunderte begeisterungsfähiger „Jugendfreunde“ sind aus allen Gegenden der noch jungen Republik angereist, leisten harte Arbeit und, wenn es die Planerfüllung erfordert, auch Überstunden für den „Aufbau des Sozialismus“. In ihren Anstrengungen werden sie oft zurückgeworfen aus Materialmangel, durch Waldbrände, die zeitraubend zu löschen sind, und durch Sabotageakte von „Klassenfeinden“, wobei zwei Toten zu beklagen sind. Dennoch sitzen sie abends singend am Lagerfeuer und schwärmen von der kommunistischen Zukunft!

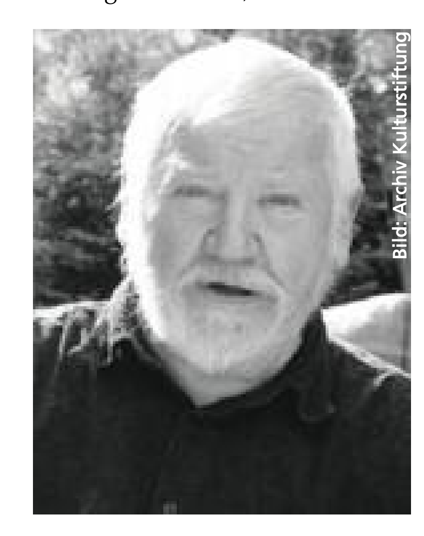

Autor Karl-Heinz Jakobs

Bild: Archiv Kulturstiftung

Der Roman wurde, trotz einiger Schwachstellen, zum begehrten Lesestoff wegen der ungewöhnlichen und aufregenden Liebesgeschichte zwischen dem parteilosen Bauingenieur Tom Breitsprecher (30), einem Säufer und Frauenverführer, und der verheirateten Junggenossin Margrit Marduk, deren parteifrommer Ehemann in Oelsnitz/Erzgebirge unter Tage arbeitet. Schließlich wird diese nach Parteikriterien „ungesetzliche“ Liebesbeziehung von einem Parteigericht für beendet erklärt, obwohl Tom überhaupt kein SED-Mitglied ist.

Der Leser aber bleibt zornig und ratlos zurück. Das begehrte Buch erreichte bis zum Mauerfall 1989 eine Auflage von 200 000 Exemplaren.

Sein Autor Karl-Heinz Jakobs wurde im Januar 1977, wegen seiner Solidarisierung mit dem vertriebenen „Liedermacher“ Wolf Biermann, aus der SED ausgeschlossen und 1979, nach einer ungenehmigten Lesung im Düsseldorfer „Haus des Deutschen Ostens“ (heute: Gerhart-Hauptmann-Haus), auch aus dem DDR-Schriftstellerverband. Da war sein Buch „Das endlose Jahr“ (1983), an dem er in diesen letzten DDR-Jahren arbeitete, noch nicht erschienen.

Dieses Buch von außergewöhnlicher Sprengkraft, das bis heute auf seine Ausschöpfung wartet, konnte erst 1990, nach dem Mauerfall, im Ostberliner Morgenbuch-Verlag erscheinen.

Buch über Verbannung erschien erst nach Mauerfall

Es geht um das Schicksal der aus Görlitz/Schlesien stammenden Altkommunistin Dorothea Garai (1899-1982), die mit ihrem Ehemann, einem ungarischen Kommunisten, nach 1933 nach Moskau emigriert war, dort 1937 verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft in Sibirien verurteilt wurde und 1947 zu weiteren zehn Jahren „Verbannung“. Am 29. November 1956 durfte sie in die DDR, nach Dresden, ausreisen, wo sich niemand für ihre Geschichte interessierte.

Im Januar schrieb sie ihm, der 1975 ein Reisebuch über Sibirien veröffentlicht hatte, nach Falkensee bei Berlin und machte ihm deutlich, dass sie auch in Sibirien „gelebt“ habe. Er war völlig ahnungslos, was sie meinte, wenn sie vom Ochotskischen Meer, von Magadan und der Halbinsel Kolyma schrieb, weil er von den Exzessen des Hochstalinismus nicht das Geringste wusste. Er besuchte sie mehrmals in Dresden, brachte immer besprochene Tonbänder mit, die er heimlich außer Landes bringen ließ. Sie starb im Jahr 1982 in Dresden, ein Jahr später erschien das Buch in Düsseldorf.

Jörg Bernhard Bilke

Schöpfer des Taugenichts

Lycker Künstler Wys rekonstruierte Denkmal für Breslau

Stanislaw Wysocki, ein in Lyck geborener Bildhauer, hat das Breslauer Eichendorff-Denkmal rekonstruiert. Eine überarbeitete Vorform der Statue steht im Park von Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherott.

Wysocki – unter dem Künstlernamen Stan Wys europaweit bekannt – verriet bei der Einweihung der Vorform des im Botanischen Garten von Breslau stehenden Denkmals, dass er froh sei, sie in einem so passenden Rahmen zu sehen. Mitten im Park des historischen Bauensembles ist die weiße Eichendorff-Figur ein Blickfang. Aus aktuellem Anlass wurde sie im Rahmen einer Presseveranstaltung von einem „Empfangskomitee“ begrüßt, bestehend aus dem Künstler und Maciej Lagiewski, Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Universität Breslau und Leiter der Städtischen Museen Breslau, sowie Vorstandsmitgliedern des Vereins Haus Schlesien e. V. Auch Freunde des Hauses ließen es sich nicht nehmen, die neue Attraktion zu würdigen. Zu Ehren des Dichters wurde unter dem Motto „Er ist wieder da“ ein Vortrag über die Verbundenheit des Hauses mit Eichendorff und der Statue geboten.

Nicola Remig, Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde, betonte, dass mithilfe von Spenden die Vor-Figur der Eichendorff-Statue im Haus Schlesien eine dauerhafte Bleibe finden konnte. Die Identifikationsfigur für Schlesien passe sehr gut in das Konzept der Einrichtung, die nicht nur über einen Eichendorffsaal verfügt, sondern den Romantiker immer wieder in thematischen Ausstellungen würdigt.

Am Rande der Einweihung in Königswinter sprach Wysocki sowohl über die Entstehung der Statue als auch über seinen Geburtsort und künstlerischen Weg. Der Bildhauer wurde am 15. August 1949 in Lyck geboren. Die Stadt Lyck gehört zu Ostpreußen und liegt rund 120 Kilometer östlich der Stadt Allenstein am Lyck-See. Auch wenn der Künstler im Laufe der Jahre in Breslau heimisch geworden ist und dort ein Atelier betreibt, behält sein Geburtsort immer einen besonderen Platz in seinem Herzen. Da seine Mutter und weitere Familienangehörige noch in Masuren leben, pflegt er gute Kontakte dahin und ist oft in seiner früheren Heimat.


Im Park von Königswinter: Stan Wys mit Eichendorff-Skulptur

Bild: D.G.

Die Vorform für den Bronzeguss des rekonstruierten Eichendorff-Denkmals für den Botanischen Garten in Breslau war bereits im Sommer 2013 im Königswinterer Park zu sehen gewesen. Wysocki schuf gemeinsam mit seinem Sohn Michał die originalgetreue Replik der Bronze-Figur, die bis 1945 im Scheitniger Park von Breslau stand. Die Kunststoff-Figur war Teil der Skulpturen-Ausstellung „Schönheit der Form“, die von Juli bis Oktober gezeigt wurde.

Mit der Heimat Masuren verbunden

Viele Besucher konnten sich den Park ohne dem frohen Wandersmann kaum noch vorstellen. Nachdem feststand, dass die Skulptur in Königswinter verweilen darf, verbrachte der Künstler sie in sein Breslauer Atelier. Hier wurde sie überarbeitet und mit einem neuen Sockel aus Granit versehen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Hut und Stock festgeschraubt, so dass ihn der nächste Wind nicht wegblasen kann.

Die Original-Statue des schlesischen Dichters Joseph Freiherr von Eichendorff war vom Bildhauer Alexander Kraumann aus Frankfurt am Main im Auftrag der Stadt Breslau geschaffen und im Jahr 1911 im Beisein des Dichterenkels Hartwig Freiherr von Eichendorff eingeweiht worden.

Die Anregung zur Wiederherstellung des zerstörten Denkmals kam aus dem Kreise der Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Universität Breslau. Mit Wysocki wurde ein prominenter Breslauer Bildhauer für das Projekt gewonnen. Lagiewski trug wesentlich dazu bei, dass Stan Wys das für die Metropole Breslau so wichtige Denkmal schuf, das seit Mai 2012 im Botanischen Garten steht.

Dieter Göllner

Pizza in Nizza

Die Perle der Côte d'Azur hat nicht nur glänzende Seiten – Koschere Armutstafel für Menschen in Not findet regen Zulauf

Nizza ist eine Stadt der Gegensätze. Während die Reichen und Schönen an der berühmten Promenades des Anglais flanieren, fristen andere ein armseliges Leben in den Vororten.

Nizza. Perle der Côte d'Azur nennt sie sich. Die Schöne, die mehrere Hunderttausend Touristen im Jahr anlockt. Paläste und teure Hotels säumen die Uferpromenade an der Baie des Anges, der Engelsbucht. Luxussanierte Stadtvillen aus drei Jahrhunderten schmücken die Boulevards in der Innenstadt. Jenseits der Bahnlinie beginnt das andere Nizza: Billige Hochhäuser aus den 60er und 70er Jahren, rußgraue Altbauten, Armut. Allein von den etwa 25000 jüdischen Bewohnern Nizzas lebt fast jeder Zehnte von weniger als 750 Euro im Monat. Michel und Marga Grosz helfen: In einer Gasse hinter dem Bahnhof hat das Paar eine koschere Tafel eröffnet. Bedürftige bekommen hier ein komplettes Menü für zwei Euro und Hilfe in fast allen Lebenslagen.

Ein hagerer Mann hebt an einem der Tische die Hand und bittet um Ruhe. Grosz erinnert mit wenigen Worten an einen kürzlich Verstorbenen: „Ihr kennt ihn alle.“ Die Menschen an den Tischen der koscheren „Table Ouverte“, der jüdischen Tafel, vertiefen sich ins Gebet: Kaddisch, Totengebet für einen Gast, der vielen hier ein Freund war.

Nach dem Gedenken servieren Männer und Frauen in weißen Kitteln das Hauptgericht: Jeder bekommt seine Portion Couscous mit Merguez-Würstchen und Ratatouille-Gemüse oder eine Pizza gereicht. Jemand schenkt Wein und Wasser ein. An den freundlich gedeckten Tischen sitzen Menschen, die man anderswo in Nizza selten sieht. Mütter, die für ihre Kinder nicht genug zum Essen kaufen können oder Ältere wie der 71-jährige Micha: 1962 kam er „mit einem Koffer und 30 Francs in der Tasche“ aus Algerien. Arbeit fand er auf dem Bau, bei der Bahn und schließlich bei der Post. Trotzdem reicht seine Rente nicht für seine beiden behinderten Kinder und die blinde Frau. Ruhig und sachlich erzählt der vom Schicksal gebeugte Mann seine Geschichte. Er weiß nicht, was er ohne die Unterstützung der „Table Ouverte“ machen würde: „Ich danke diesen Menschen von ganzem Herzen für ihr Engagement.“

„Sie sind alle Menschen wie wir“, sagt Marga Grosz. Jeder erhält das gleiche Essen und die gleiche Zuwendung. „Wir wollten keine typische Armenküche“, ergänzt Gründer Grosz. Weil sich der Armut meist die Falschen, die Armen, schämen, verkauft Grosz die Essensmarken diskret in einer Ecke am Eingang. Jeder zahlt, was er kann: Zwei Euro die Armen, acht Euro Selbstkostenpreis, wer kann, gibt mehr. Dafür erhalten Mittellose ihre Essensmarke oft kostenlos. Am Tisch zeigen alle das gleiche Ticket – für Grosz eine Frage der Würde.

Grosz begrüßt seine Gäste persönlich, geht zu den Tischen, um sich mit den Menschen zu unterhalten. Er kennt ihre Geschichten – wie die von Rosi: Mit ihren fünf Kindern lebt die 37-Jährige in einer Ein-Zimmer-Wohnung für 600 Euro. Ihr Mann hat sie verlassen, zahlt keinen Unterhalt. Wenn die Kinder in der Schule sind, geht Rosi putzen oder hilft alten Leuten beim Einkaufen. Oft zahlen ihre Auftraggeber nur fünf Euro die Stunde – oder nichts. Einklagen kann sie ihren Lohn jedenfalls nicht: Schwarzarbeit. Jetzt soll sie eine Wasserrechnung von 800 Euro bezahlen. Denn der Vermieter repariere die Leitung nicht, die leck ist.

Für Notfälle hat Grosz aus Spenden eine Kasse angelegt. Damit hilft er seinen Gästen, wenn sie die Miete, Strom oder Wasser nicht bezahlen können.

Auch für die Toten seiner Gemeinde sammelt Grosz. Für rund 120000 Euro hat er eine Grabstätte auf dem Nizzaer Ostfriedhof gekauft. Vor allem Gläubige quäle es, dass sie in einem anonymen Gemeinschaftsgrab bestattet würden, wenn ihre Familien ein jüdisches Begräbnis nicht bezahlen können.

Nizza ist teuer. Selbst in den günstigeren, vielerorts heruntergekommenen Vierteln im Norden kosten Mietwohnungen kaum weniger als in Paris, Tel Aviv oder München. Damit wenigstens die Kinder satt werden, verzichtet Rosi oft aufs Essen. Sie sieht blass aus. Die Reparatur ihres Gebisses kann sie sich nicht leisten.

Grosz hat einen Zahnarzt gefunden, der den Bedürftigen kostenlos die Zähne repariert. Drei Optiker fertigen ehrenamtlich Brillen. Ein Fleischer spendet Gutscheine für koscheres Fleisch.

„Hauptberuflicher Schnorrer“ nennt sich Grosz lachend. Äußerlich unterscheidet sich der 70-Jährige kaum von seinen Gästen: kariertes Hemd unter einem schlichten dunkelblauen Pullover, einfache Hose. In der Stadt fällt er nur durch seine schwarze Kipa auf. Bedroht fühle er sich deswegen in Nizza nicht. Wenn überhaupt höre er von arabischen Jugendlichen mal dumme Kommentare. „Als ehemaliger israelischer Soldat kann ich mich wehren, falls mich wirklich mal jemand angreift.“

Seine Familie stammt aus Ungarn. 44 seiner Angehörigen überlebten den Holocaust nicht. Seine Eltern sind ins damalige Palästina geflohen. Dort kam er 1943 zur Welt. Aufgewachsen in Israel arbeitete er als junger Mann auf dem Bau in Deutschland, studierte Betriebswirtschaft, wurde Manager und Unternehmensberater. Er hat gut verdient und zusammen mit seiner Frau Marga eine auskömmliche Rente.

Als Jude widmet er sein Leben den Menschen, die nicht so viel Glück hatten. Ein Jude müsse gute Taten erbringen. Jeder Mensch besitze ein „N'Eschamá“, eine Seele, mit einem eigenen Ziel, das man vielleicht in seinem vorherigen Leben nicht erreicht hat. Wenn jemand stirbt, bevor er ankommt, kehrt seine Seele in einem anderen Menschen zurück, um diese Aufgabe abzuschließen.

Vor 14 Jahren hat Grosz seine Bestimmung gefunden. Im Fernsehen sah er einen Bericht über eine 80-Jährige, die in Nîmes eine Tafel gegründet hatte. „Die Frau hat mich mit ihren leuchtenden Augen und ihrer Energie beeindruckt. Ich rief sie sofort an“, erinnert sich Grosz. Er fuhr hin, blieb vier Tage und brachte das Konzept mit nach Nizza, wo er einen Saal der jüdischen Gemeinde für die koschere „Table Ouverte“ mietete. Im letzten Jahr haben sie 15000 koschere Mahlzeiten verteilt. Die Hauptgerichte liefert die Küche des jüdischen Altersheims, Vor- und Nachspeisen bereiten ehrenamtliche Helfer zu. Grosz ist mit seinem Werk zufrieden. Jetzt fühle er sich im „Schalom“, im Frieden.


Ein paar Cent für das Mittagessen hinzuverdient: Straßenmusikanten beim Blumenmarkt von Nizza Bild: tws

Der Glaube gibt ihm die Kraft für sein Engagement. Sein Hauptgesellschafter, sagt Grosz lachend, „ist der große Boss da oben“, und zeigt mit dem Finger zur Decke. Der finde immer eine Lösung.

Zwischen zwölf und 20 Ehrenamtler erledigen bei der Tafel die gesamte Arbeit – von der Küche bis zur Buchhaltung. Groszs Ehefrau Marga ist eine von ihnen. Sie freut sich, „nützlich zu sein“ und den Menschen in Not ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Viele der ehrenamtlichen Helfer seien gute Freunde geworden. „Wir werden nicht bezahlt. Da gibt es keine Konkurrenz untereinander.“

Die meisten Helfer der offenen koscheren Tafel in Nizza sind Rentner, aber auch ein Pilot ist dabei, der im Liniendienst fliegt. Neben Juden helfen ein paar „Gojim“ (Nichtjuden) in der Küche oder beim Servieren: Michel Fénard hat „das Glück, gesund und vermögend zu sein“. Er möchte Menschen helfen, denen das Schicksal weniger gewogen ist. „Das klassische Motiv für ehrenamtliches Engagement“, analysiert er nüchtern. Als Wissenschaftler mag er den scharfen jüdischen Geist, dem Europa viel zu verdanken habe. Hier finde er neben einer sinnvollen Aufgabe auch „Esprit und Spiritualität“.

Über die Jahre haben sich Gäste und Gastgeber kennengelernt. Die meisten duzen sich, hören einander zu, lachen und genießen die Achtung voreinander.

Grosz empfindet die Tafel mittlerweile als Routine: „Sie brauchen mich nur noch als Geldsammler.“ Deshalb plant er sein

Auch die »Gojim« helfen mit

nächstes Projekt: Weil die Vermieter in Nizza von jedem Bewerber einen Einkommensnachweis und eine Mietbürgschaft verlangen, finden Geringverdiener und Arbeitslose kaum noch eine Bleibe. Ältere hätten gar keine Chance mehr. „Wer eine Wohnung mieten will, muss nachweisen, dass er im Monat das Dreifache der Miete verdient“, erklärt Grosz, „wenn du 600 Euro im Monat hast und ein Ein-Zimmer-Appartment in einer schlechten Gegend schon 400 Euro kostet, kannst du dir die Wohnungssuche sparen.“ Deshalb will Grosz mit Vermögenden eine Gesellschaft gründen, die Unterkünfte mietet und an arme Wohnungssuchende untervermietet.

„Wir haben hier 400, 500 Leute, die regelmäßig zum Essen kommen, und noch mal so viele Arme, die da draußen umherirren.“, sagt er. Als Betriebswirt rechnet er wie ein Geschäftsmann. So kommt er auf ein Ausfallrisiko von bis zu 20000 Euro im Jahr. „Für viele Reiche“, rechnet er aus, „ist der Betrag so viel wie für dich 50 Euro – oder weniger.“ Peanuts eben. *Robert B. Fishman*

Potsdams Garten Eden

Sanssouci bietet in einer großen Gartenschau »Paradiesäpfel« an – Lustwandeln wie im mythischen Arkadien

Zwischen Hecken, Rabatten und mit roten Bändern umwickelten Baumgruppen, bleiben die Blicke unweigerlich hängen. Bisher war hier alles immer grün. Auf einmal locken rote Flecken. Wenn man die Natur so richtig sichtbar machen möchte, muss man schon zur Komplementärfarbe greifen.

Erstmals würdigt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) in einer Ausstellung das Herz des preußischen Arkadiens schlechthin: den Park Sanssouci. Diese seit 1990 zum Weltkulturerbe gehörende Kulturlandschaft ist einzigartig in der Welt. Dass so etwas auf märkischem Boden entstehen konnte, verdanken wir Friedrich dem Großen, der 1744 einen schlichten Hügel zum terrassierten Weinberg anlegen ließ. Der König liebte es, das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden. So folgten Anlagen für köstliches Obst, Wein und Südfrüchte.

Die Arbeit der unzähligen Gärtner zu würdigen, ist auch Thema der jüngst eröffneten ersten Freiluft-Ausstellung in Sanssouci. Unter dem Titel „Paradiesapfel“ läuft sie – bei freiem Eintritt – noch bis zum 31. Oktober.

Ohne die gärtnerische Arbeit wäre der märkische Garten Eden schnell versandet. Man kann in das Landschaftsgemälde durch drei Tore gelangen. Wer am Neuen Palais startet, findet sich im ersten Themenbereich „Inszenierung“ wieder. Friedrichs Palast, seine „Fanfaronade“, überwältigt nicht allein durch die Ausmaße, sondern auch durch das Ensemble der gegenüberliegenden Communs. Hier wird im September die barocke Pferdeoper „Le Carrousel de Sanssouci“ die Gäste begeistern.

Ungleich zarter wirkt das neben dem Schloss gelegene Heckentheater. Zum 300. Geburtstag Friedrichs 2012 wieder freigelegt, lädt es zu barocken Sinnesfreuden ein. Ein Höhepunkt ist hier der ehemalige Rosengarten der Kaiserin Auguste Viktoria. Keine vorgegebene Richtung zwingt den Besucher, seinen Spaziergang zu absolvieren. Ganz im Sinne höfischer Verspieltheit darf man lustwandeln und nur den Sinnen folgen.


Der Frühling naht: Innenhof der Römischen Bäder Bild: Friedrich

Rote Fähnchen mit unterschiedlichen Symbolen weisen den Weg zu 19 Stationen dreier Themen, die es zu entdecken gilt. Unterwegs warten 20 versteckte „Sinneswecker“, die durch Düfte die Wahrnehmungsorgane betören.

Ein irdisches Paradies bedürfe der Pflege, ließ der Generaldirektor der Stiftung, Hartmut Dorgerloh, wissen und verwies auf 270 Jahre währende gärtnerische Leistung im Park. 289 Hektar Areal sind zu bewirtschaften.

Dazu gehört auch das Thema „Ernte“. Wer sich auf die Südhänge zwischen Klausberg, Weinbergschloss und Winzerberg begibt, erkennt die wiederhergestellten Obstgärten. Des Königs liebste Frucht, die Kirsche, wird hier seit 2005 auch wieder angebaut. Ins frühe 19. Jahrhundert führt einen der Weg, wenn man zu den Römischen Bädern abbiegt. Der „Architekt auf dem Thron“, Friedrich Wilhelm IV., ließ hier als Kronprinz ab 1825 seiner Italiensehnsucht freien Lauf und beauftragte Peter Joseph Lenné und Karl Friedrich Schinkel, ein norditalienisches Landgut mit Garten anzulegen. Italienisch grün-weißrot gestreift, deuten jetzt Holzstäbe die Ausmaße der 400 Quadratmeter großen ehemaligen Pflanzfläche davor an. Hier soll wieder südländisches Gemüse wachsen.

„Genuss“ heißt das dritte Thema. Ein mediterraner Garten zum Träumen, ganz nah das Schloss Charlottenhof mit historischem Rosengarten und Pergola. Wen hält es da daheim? Auf nach Arkadien, wo die Zitronen blühen!

Wer nicht so gut zu Fuß ist, kann kostenfrei zwei Shuttles benutzen. Für alle Laufmüden, sind rote Bänke aufgestellt. Ergänzend dazu findet im Hofgärtnerhaus der Römischen Bäder die Ausstellung „Von Blumenkammern und Landschaftszimmern. Der Garten als Landschaftsraum 1740–1860“ statt. *Silvia Friedrich*

MELDUNG

Omega-3 gegen Heuschnupfen

Tübingen – Mit dem Frühlingsstart jucken bei vielen die Augen und schwellen die Nasen zu: Es ist Heuschnupfenzeit. Doch eine entzündungshemmende Ernährung kann die Beschwerden lindern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, welche eine Tübinger Forschungsgruppe um Dr. Wolfgang Feil durchgeführt hat. Die sportmedizinische Forschungsgruppe, zu denen der Biologe Feil sowie der Arzt und frühere Weltklasse-Leichtathlet Thomas Wessinghage zählen, stellte fest, dass eine Nährstoffkombination aus probiotischen Bakterien, Kalzium, Zink und Mangan sowie aus hochwertigen Omega-3-Fettsäurequellen wie Speiseleinöl und Hanfsamen entzündete Schleimhäute stabilisieren. Von 100 Studien-Teilnehmern verspürte deutlich über die Hälfte innerhalb einer kurzen Zeit von nur neun Wochen eine deutliche Verbesserung, indem sie regelmäßig Nährstoffgetränke in Verbindung mit Hanfnüssen und Speiseleinöl zu sich nahmen. *tws*



Diplomatie versagte

Nach dem Attentat 1914

Nur 33 Tage lagen zwischen dem tödlichen Attentat in Sarajevo auf Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este, Thronfolger der österreichisch-ungarischen Monarchie, und seiner Frau Sophie und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Marko Rostek hat diese Zeit in seinem Roman „33 Tage. Der letzte Sommer des alten Europa“ thematisiert und die Aktionen der Beteiligten akribisch geschildert.

Das Attentat ereignete sich in einer Zeit, als Europa sich im Umbruch befand. Die europäischen Staaten hatten seit der Jahrhundertwende immer weiter aufgerüstet und rasselten mit ihren Waffen. Dem Dreibund der „Mittelmächte“, bestehend aus Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien standen England, Frankreich und Russland als „Triple Entente“ gegenüber. Nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger war die allgemeine Erwartungshaltung, dass Österreich-Ungarn jetzt Stärke gegenüber Serbien zeigen müsse, obwohl es auch abwägende Stimmen gab. Noch handelte es sich um einen regionalen Konflikt, der aber durch politische Zauderer auf der einen und Befürworter eines schnellen energischen Angriffsschlages gegen Serbien auf der anderen Seite ausgeweitet wurde. Und während im historischen Rückblick abstrakt die Taten der Staaten als Ganzes betrachtet werden, wurde dieser Krieg letztendlich durch die Handlungen von Menschen ausgelöst, von Herrschern, Politikern, Diplomaten und auch den Militärs.

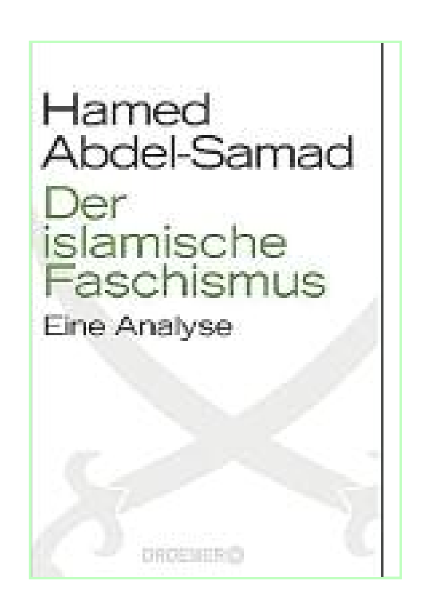
Rostek schildert den Ablauf der letzten Tage im Frieden chronologisch wie ein Tagebuch und zeigt minutiös, was die Handlungen und Entscheidungen der maßgeblichen Protagonisten in der komplexen europäischen Beziehungslage bewirkten und wie es letztendlich zu einem Weltkrieg kam. Dabei ging es mit der Kriegsbereitschaft auf und ab. Auch der Deutsche Kaiser versuchte noch, mit den Russen und den Engländern eine Übereinkunft zur Abwendung des Kriegsausbruchs zu finden. Doch die Situation war zum Schluss so festgefahren, dass es nur noch um den Zeitpunkt der Mobilmachung ging, um nicht als Aggressor dazustehen. Der Erste Weltkrieg begann.

Rostek lässt den Leser tief in die Gedanken der Akteure eintauchen. Hier verschwimmen naturgemäß auch Tatsachen und Fiktion, allerdings hat Rostek es so gut umgesetzt, dass beim Lesen der Eindruck entsteht, genauso müsste es gewesen sein. Die Gespräche und Ereignisse, die auf den Weg in den Krieg führten, sind hautnah geschildert und historisch fundiert dargestellt. Die Charaktere sind sehr genau gezeichnet. Man glaubt den Akteuren ihre Zwiespälte und dass auch Zweifel ihre Entscheidungen begleiteten. Die Betrachtung aus Sicht der verschiedenen Staaten zeigt das tiefe Konfliktpotenzial und den Weg in den Krieg. Dabei entsteht beim Lesen der Eindruck, dass dieser Weg nicht unausweichlich war, sondern durchaus andere Auswege bestanden hätten. Der Autor zieht den Leser mit fesselnden Beschreibungen in den Bann der Ereignisse. Auch wenn das historische Ende bekannt ist, mag man das Buch bis zur letzten Seite nicht aus der Hand legen.

33 Tage zwischen Krieg und Frieden

Britta Heitmann

***Marko Rostek: „33 Tage. Der letzte Sommer des alten Europa“**, Styria Premium, Wien 2014, geb., 400 Seiten, 22,99 Euro*



Faschistische Schatten

Scharfe Islamkritik mit beängstigenden, aber guten Argumenten

Es war schon fast erstaunlich, wie ruhig der Autor Hamed Abdel-Samad auf die meisten Aussagen des in der Talkshow „Maischberger“ neben ihm sitzenden Leipziger Imam Hassan Dabbagh reagierte. Allerdings bestätigte dieser mit seiner Weigerung, die gegen den 1972 in Kairo geborenen Abdel-Samad ausgesprochene Mord-Fatwa zu verurteilen, auch vor laufender Kamera die Thesen des Autors. Etwas Besseres konnte dem ägyptischen Islamkritiker also nicht passieren.

In „Der islamische Faschismus. Eine Analyse“ legt Abdel-Samad dar, warum er den Islam für eine faschistische Religion hält. Viele seiner Argumente überzeugen, doch trotzdem liest sich sein Buch zäh. Möglicherweise relativiert der unterschwellige Groll, ja Hass gegenüber der Religion seiner Ahnen den Wert der Analyse.

Der Autor beginnt mit dem Mord-Aufruf, den ein einflussreicher ägyptischer Salafist gegen ihn getätigt hat. „Sie glauben, jemanden töten zu können, nur weil er anders über das denkt, was ihnen heilig ist. Wie sollte man das anders nennen als islamischen Faschismus“, fragt der Autor, der Islam und Islamismus fast überwiegend gleichsetzt. In seinen Ausführungen konzentriert sich Abdel-Samad aber darauf, Parallelen zwischen dem Faschismus und dem Islamismus herzustellen, erwähnt aber auch anhand von Beispielen, dass im Islam selbst bereits der Anspruch des Überlegenheit angelegt sei und vermeintlich nur die eigenen Gläubigen den Zugang zur absoluten Wahrheit hätten. Doch das sind Positionen, die sich auch in anderen Religionen finden lassen, was der Autor unerwähnt lässt, auch wenn diese nicht wie der Islam zur Vernichtung „Ungläubiger“ aufrufen.

„Da, wo Faschisten, Kommunisten oder Islamisten die Macht übernommen, verwandelten sich die Gesellschaften in Freiluftgefängnisse“, behauptet der Autor, wobei ihm zu widersprechen ist, denn aus Frauensicht ist Saudi-Arabien noch nicht einmal ein Freiluftgefängnis, da das Haus zu verlassen nur unter strengen Bedingungen erlaubt ist.

Der Groll des Autors schadet jedoch der Analyse

Vor allem der Geschichte und Entwicklung der Muslimbrüder widmet sich der Autor. Aber auch der Islamisten außerhalb Ägyptens wie zum Beispiel im Libanon und im Iran nimmt er sich an. Des Weiteren spielt der im Islam bedeutende Antisemitismus eine Rolle. Zudem beschäftigt sich der Autor mit der schizophrenen Einstellung, wonach Sexualität im Leben der Moslems keine Rolle zu spielen habe, im Paradies hingegen es so viel Sex gebe, wie Mann will. Und wer im Kampf für den Glauben stirbt, wird extra belohnt. Abdel-Samad zitiert aus islamischen Büchern, die das Paradies beschreiben, was selbst abgeklärten Lesern die Schamesröte ins Gesicht treibt, da es Pornografie pur ist. Dann erwähnt er noch Extremisten, für die Ungläubige wertloser sind als Tiere und zu deren „Schlachtung“ indirekt aufrufen.

Da Abdel-Samad immer wieder in das Land seiner Geburt gereist ist, schildert er dort gemachte Erlebnisse. So berichtet er von einem Treffen mit dem Gründer der „Vereinigung ägyptischer Atheisten“, die es erst seit Kurzem gibt. Oder von dem Frust einer jungen Tunesierin, für die der Umstand, dass sie als Frau nicht an der Beerdigung ihres Großvaters teilnehmen durfte, eine Art Erweckungserlebnis war, das sie zur Atheistin werden ließ. „Was ist das für ein Glaube, der eine Mauer zwischen mir und meinem geliebten Großvater baut?“, zitiert Abdel-Samad sie.

Abschließend betont der Autor, dass das, was er als deutschen und japanischen Faschismus bezeichnet, nur durch Druck von außen habe vernichtet werden können. Und so ruft er den Staat auf, Islamverbänden nicht zu viel Macht einzuräumen, denn in ihnen würden sich vor allem konservative Muslime organisieren, die ihr Gesellschaftsbild verbreiten wollten.

Rebecca Bellano

***Hamed Abdel-Samad: „Der islamische Faschismus. Eine Analyse“**, Droemer, München 2014, geb., 221 Seiten, 18 Euro*

Lieber Original als Kopie

Zwei Bücher über Karl den Großen: Unterhaltung contra Geschichtsforschung

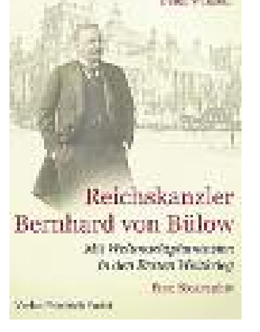
Wenn man an einem Jahrtausend-Ereignis wie dem Todesjahr Karls des Großen interessiert ist, gibt es zweierlei Möglichkeiten, sich dem Thema zu nähern. Wenn Sie ein vielbeschäftigter und ungeduldiger Internet-Nutzer sind, suchen Sie Karl den Großen bei Google. Da finden Sie unsagbar viele Informationen. Aber alle verschwinden auch schnell wieder vom Bildschirm wie eine flüchtige Sinnestäuschung, ohne sich in Ihrem Gedächtnis angedockt zu haben. Das heißt, im Kopf bleibt nichts. Oder Sie lesen ein Buch über den ersten deutschen Kaiser, der das heutige Deutschland und sogar Europa entscheidend mitgeprägt hat.

2014 ist das Jubiläumsjahr Karls des Großen, also musste ein „Spiegel“-Buch her. So wie vorher das Buch „Wer war Jesus wirklich?“ herauskam und morgen ein Buch „Wer war Uli Hoeneß wirklich?“ vorliegen wird. Dietmar Pieper und Johannes Saltzwedel haben so „Karl der Große. Der mächtigste Kaiser des Mittelalters“ herausgebracht. 22 Schreiber haben jeweils nur ein paar Seiten Platz, über alles, was für sie interessant ist, zu plaudern, zu spekulieren und zu tratschen, am liebsten natürlich über Karls Potenz, seine vielen Frauen, sein Verhältnis zum Geld, seine privaten Vorlieben und Macken. Er liebte es, warm zu baden, war kinderlieb, konnte aber auch sehr brutal sein. Die Herausgeber haben wirklich an alles gedacht, vor allem daran, dass wir einen deutschen Sachverständigen und Autor haben, der nun mal das beste Buch, einfach das Buch über Karl den Großen geschrieben hat: Johannes Fried. Der Mediävist ist geradezu Spezialist für die Beantwortung der Frage: Wer war Karl der Große? Das wussten die klugen Macher des „Spiegel“-Buches natürlich auch und lösten den Fall ganz einfach: Sie nahmen in ihren Band ein Interview mit Fried auf. Und so konnte niemand behaupten, sie hätten nichts von ihm gewusst oder alles nur geklaut.

Zum Glück können Sie beide Bücher kaufen. Doch die Auswahl fällt eigentlich nicht schwer. Fried beschäftigt sich seit 30 Jahren mit dem Thema, während die „Spiegel“-Schreiber – husch, husch – die ihnen wichtigen Informationen herausgepickt und in den „Spiegel“-Einheitston gepresst haben. Dabei unterliefen einige Fehler. Erst rebellierten die Sachsen gegen Karl. „Dann verschmolzen sie mit den Franken und anderen Stämmen zum Volk der Deutschen.“ So einleuchtend wie falsch.

Mein Rat an alle, die sich für Karl den Großen und seine Schöpfung Europa interessieren und die die Frage interessiert, woher wir kommen und wohin wir gehen, und an den langen Abenden noch nicht zu erschöpft sind: Kaufen Sie sich das fundamentale Buch von Fried und vermachen Sie es später Ihren Enkelkindern. Es ist haltbar bis zum Jahr 3000 und darüber hinaus. *K. R. Röhl*

***Johannes Fried: „Karl der Große. Gewalt und Glaube“**, C.H. Beck Verlag, München 2013, geb. 736 Seiten, 29,95 Euro; **Dietmar Pieper, Johannes Saltzwedel (Hrsg.): „Karl der Große. Der mächtigste Kaiser des Mittelalters“**, DVA, München 2013, geb., 288 Seiten, 19,99 Euro*



Ein »zweiter Bismarck« oder nur ein Blender?

Aufschlussreiche, aber zu zeitgeistig geratene Biografie über Reichskanzler Bernhard von Bülow

Das Deutsche Reich wolle niemand in den Schatten stellen, „aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne“. Diese Worte des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten Bernhard von Bülow in seiner ersten Reichstagsrede am 6. Dezember 1897 wurden zur Metapher für das Weltmachtstreben des deutschen Kaiserreiches, vom Kaiser angefangen bis weit ins Bürgertum. Das Protokoll des Reichstags verzeichnet an dieser Stelle der Rede „Lebhafter Beifall“. Drei Jahre später war Bülow Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident; die vielzitierte „Ära Bülow“ dauerte bis zum Juli 1909.

Bernhard von Bülow (1849–1929), seit dem Jahr 1905 Fürst, war einer der schillerndsten Politiker im Kaiserreich. Für die einen war er ein „zweiter Bismarck“, für andere ein Blender und Scharlatan, der mit einer dilettantisch betriebenen Großmachtpolitik Deutschland in die Isolation getrieben und indirekt Mitschuld am Ersten Weltkrieg habe.

Zu einer Zeit, in der dieser Krieg so intensive Beachtung findet, rücken auch die Jahrzehnte davor wieder stärker ins Blickfeld, eben jene Jahre, in denen Bülow die Politik des Reiches bestimmte. Darum nimmt man gerne die umfangreiche Biografie des lange an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften tätigen Historikers Peter Winzen „Reichskanzler Bernhard von Bülow. Mit Weltmachtphantasien in den Ersten Weltkrieg“ zur Hand, der in akribischer Detailarbeit Bülows Leben und dabei vor allem dessen politische Jahre 1897 bis 1909 in den Blick nimmt.

Er verlangte »Platz an der Sonne«

Bülow, mit glänzenden intellektuellen Fähigkeiten ausgestattet und meist von gewinnender Liebenswürdigkeit, kam durch seinen Vater noch unter Bismarck in die auswärtige Politik und diente sich rasch an die Spitze des Auswärtigen Amtes empor. Für ihn gab es nur eines: Reichskanzler in der Nachfolge Bismarcks zu werden und dem Reich die ihm gebührende Weltmachtstellung zu verschaffen. Dank einflussreicher Freunde wie Philipp zu Eulenburg kam er in den engsten Freundeskreis von Kaiser Wilhelm II., der ihn bald überaus schätzte und ihn „meinen Bismarck“ nannte. Drei Jahre musste er als Staatssekretär – de facto war er damit Außenminister – ausharren, am 17. Oktober 1900 war das heiß ersehnte Ziel erreicht. Neun Jahre später stand er außen- wie auch innenpolitisch vor einem Scherbenhaufen.

Winzen zeichnet Bülows Politik minutiös nach. Vor allem die irrationale Abneigung gegen England verleitete Bülow zu folgenschweren Fehleinschätzungen. Zu Recht wird in der Literatur beklagt, dass er die von England um 1900 angebotene engere Zusammenarbeit mit Deutschland brüsk zurückgewiesen hat; als sich dann um 1907 die befürchtete „Einkreisung“ in Form einer britisch-französisch-russischen Allianz tatsächlich einstellte, war es zu spät.

Im Innern erlebte Bülow ein ähnliches Desaster wie zwei Jahrzehnte zuvor sein großes Vorbild Bismarck. Eine Weile gelang das Spiel mit wechselnden Parteienbündnissen, aber im Frühsommer 1909 brach Bülows ebenso eigensinnig wie starr betriebene Blockpolitik zusammen. Der Eklat der berühmten „Daily Telegraph“-Affäre, in deren für den Kaiser blamablem Verlauf der Kanzler seinem Herrn nicht beisprang, war bereits der Anfang vom Ende.

Winzen zeichnet einen Politiker, dessen Ansichten, dessen Verhalten und dessen politisches Handeln aus heutiger Sicht nur mit Kopfschütteln verfolgt werden kann. Vereinfachend gesagt: Der schöne Schein habe hinten und vorn getrogen; Bülow sei für Deutschland einer der verhängnisvollsten Politiker, den es je gehabt habe, gewesen, nur gehalten durch seine „berechnende Unterwürfigkeit“ gegenüber dem Kaiser und geprägt von großdeutschen Allmachtsphantasien.

Alles nur Allmachtsphantasien?

Historiker sollen, so das Diktum des römischen Geschichtsschreibers Tacitus, vorurteilsfrei und unparteilich sein. Bei Bülow legt es der Autor, so hat man doch mehrfach den Eindruck, mitunter allzu sehr darauf an, von ihm ein rundweg negatives Bild zu zeichnen. Aber man muss doch auch sehen: Mit seiner Mentalität stand Bülow nicht allein; diese war typisch – zumindest bis in den Krieg hinein – für weite Kreise aller gesellschaftlichen Schichten. Als er 1929 in Hamburg starb, säumten Tausende seinen Weg. Die Reichsregierung war vertreten, der Sarg war unter Kränzen kaum noch zu sehen, die öffentlichen Gebäude waren halbmast geflaggt.

Dirk Klose

***Peter Winzen: „Reichskanzler Bernhard von Bülow. Mit Weltmachtphantasien in den Ersten Weltkrieg. Eine politische Biografie“**, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2013, geb., 576 Seiten, 36,95 Euro*



George Turner
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihre Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
Der Autor schlägt einen großen Bogen und schildert, wie seine Familie gezwungen wurde, ihre Heimat im Salzburger Land im Jahr 1732 aus Glaubensgründen zu verlassen, wie sie von keinem der Kriegsereignisse der folgenden mehr als 200 Jahre in Ostpreußen verschont geblieben ist, wie sie schließlich auch aus dieser inzwischen zur Heimat gewordenen Region vertrieben und in alle Winde verstreut wurde und versucht hat, wieder Wurzeln zu schlagen. Dabei lässt er gleichaltrige Verwandte zu Wort kommen, die wie er die Flucht der Jahre 1944/45 als Kinder oder Jugendliche über sich haben ergehen lassen müssen und macht persönliche Berichte aus Nachlässen der älteren Generation zugänglich, die Vertreibung und Neuanfang als Erwachsene erlebt haben. 304 Seiten
Nr. P A0253 Gebunden mit Schutzumschlag 24,50 €

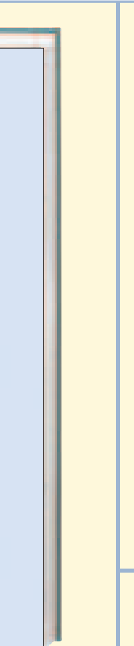
Gerd Hardenberg
Reiseführer Ostpreußen
polnischer Teil – Westpreußen und Danzig
94 Abbildungen und Karten. Format 11,5 x 16,5 cm. 288 S.
Nr. P 533157 Kart. 14,95 €

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von der Neumark über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch zu einem unentbehrlichen Reisegefährten. Gerd Hardenberg ist ein ausgezeichneter Kenner der Region, die er als Reiseleiter ständig bereist.

Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



Wulf Wagner
Ostpreußen in 1000 Bildern
Reise in die alte Heimat in 1000 Bildern
Ostpreußen das Land zwischen Memel und Weichsel: Dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 1000 Bilder geben einen Eindruck vom Leben in Ostpreußen eine ausführliche Zusammenstellung von bisher unveröffentlichten Aufnahmen der Sammlung Koschwitz. Gehen Sie auf eine Reise durch Königsberg und Ostpreußen, beginnend am Königsberger Schloss, dem Mittelpunkt der Hauptstadt. Weiter geht es zum Schlossteich, dem Paradeplatz, dem Königstor, über Roßgarten, Sackheim und Löbenicht, von der Lomse durch die Kaiserstraße zum Haberberg, vorbei am Ostbahnhof und der Börse, zu den Ostseebädern Warnicken, Neukuhren und Cranz bis zur Begehung der Marienburg. Tauchen Sie ein in die Geschichte Ostpreußens und lassen Sie sich auf eine Reise mitnehmen. 400 Seiten
Nr. P A0582 Gebunden 16,99 €



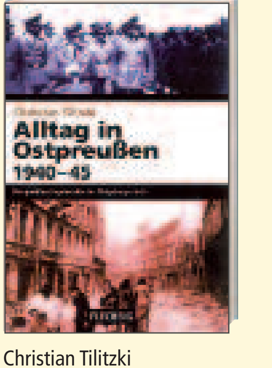
Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
Kindheit in Königsberg
20 S/W-Abbildungen.
192 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533162 16,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlsituierten Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



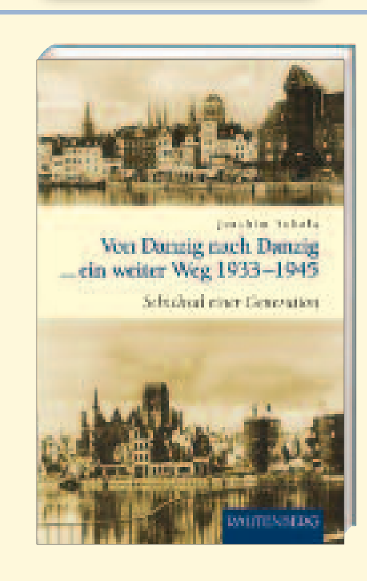
Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.

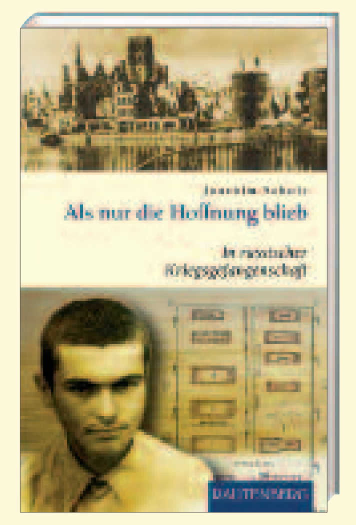


Christian Tilitzki
Alltag in Ostpreußen 1940–1945
Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz
56 S/W-Abb. 324 Seiten
Nr. P 1083 Gebunden 14,95 €

Die Königsberger Gerichtslageberichte gestatten für die Zeit von 1940–1945 Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Behördenchefs der Justiz waren angewiesen, die Reaktion der Bevölkerung auf außenpolitische und militärische Ereignisse zu beobachten und zweimonatlich darüber einen Bericht zu verfassen. 53 Berichte von Gerichtspräsidenten, Oberstaats- und Generalstaatsanwälten und weiterer hochgestellter juristischer Amtsträger sind in diesem Werk versammelt und geben ein beeindruckendes Bild der Stimmungen in dieser Zeit.



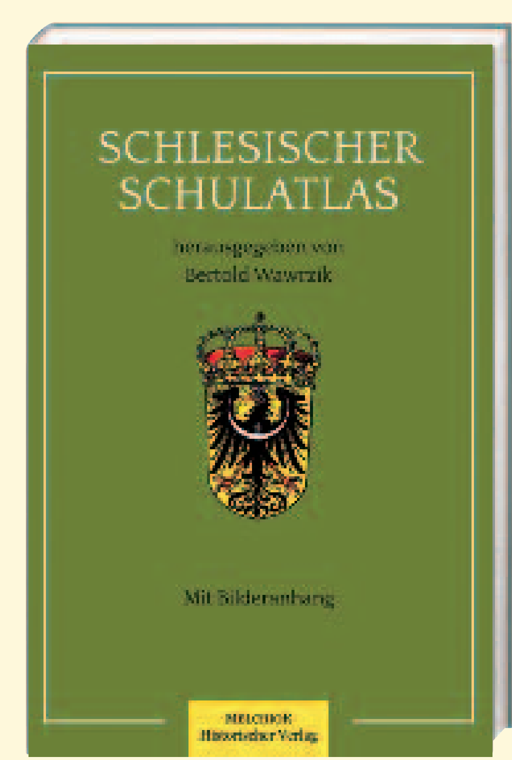
Joachim Scholz
Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945
Schicksal einer Generation
War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann. 30 farbige Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533142 Gebunden 14,95 €



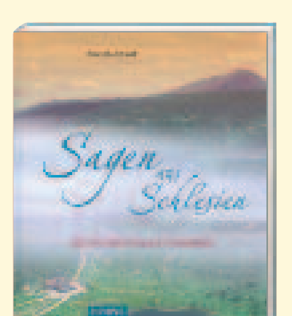
Joachim Scholz
Als nur die Hoffnung blieb
In russischer Kriegsgefangenschaft
Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg" die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht. 66 Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533151 Gebunden 14,95 €

Helmut Lindenblatt
Pommern 1945
Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches
105 S/W-Abb. 404 Seiten
Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.



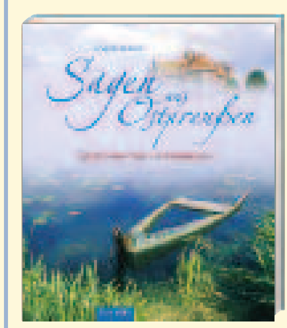
Bertold Wawrzik (Hrsg.)
Schlesischer Schulatlas von 1912
Reprint der Originalausgabe von 1912.
Mit diesem Atlaswerk lernten die Kinder Schlesiens ihre Heimat und die Welt kennen. Nach Karten über die Heimatregion führten Karten des Deutschen Reiches zu den Nachbarstaaten und dann hinaus in die weite, weite Welt. Um den Kindern eine noch bessere Vorstellung von den Gebieten unserer Erde zu vermitteln, erhielt der Atlas einen umfangreichen Bildteil, der die Sehenswürdigkeiten und Menschen der Kontinente und Nationen vorstellte.
Format 21 x 29 cm, 40 Kartenseiten mit 40 Haupt- und 60 Nebenkarten. 32 Seiten geographische Bilder. 72 Seiten.
Nr. P A0725 Gebunden 19,95 €



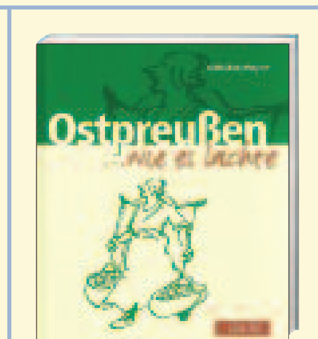
Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Schlesien
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575624 7,95 €



Albrecht Baehr
Schlesien wie es lachte
Schlesien wie es lachte zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Regionen von ihrer humorvollen Seite.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575430 7,95 €



Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575584 7,95 €



Ruth Maria Wagner
Ostpreußen wie es lachte
Ostpreußen wie es lachte zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Regionen von ihrer humorvollen Seite.
112 Seiten/Gebunden
Nr. P 575425 7,95 €



Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575691 7,95 €

Klaus Granzow
Pommern wie es lachte
Pommern wie es lachte zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Regionen von ihrer humorvollen Seite.
112 Seiten/Gebunden
Nr. P 575427 7,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €

Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 19,95 €



5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 18,95 €

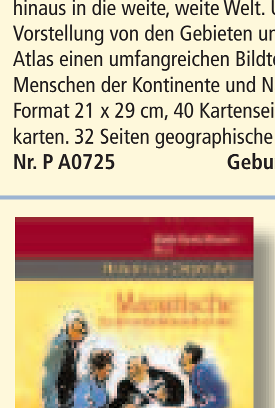
Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,99 €



Klänge der Heimat
Pommernlied, Mein schönes Land, Danziger Heimatlied, Märkische Heide, Ostpreußisches Reiterlied, Westpreußenlied, Riesengebirgs Heimatlied, Schlesierlied, Tief in dem Böhmerwald, Heimwärts
(Laufzeit ca. 40 Minuten)
Nr. A0728 CD 10,00 €





Heiteres aus Ostpreußen
Masurische Schmunzelgeschichten
Ruth Maria Wagner liest: Onkelchens Brautschau, masurische Weihnachten ... mit Musikstücken zwischen den einzelnen Erzählungen.
(Laufzeit ca. 50 Minuten)
Nr. P 5880 CD 12,95 €





Heimatklänge aus Ostpreußen
Berühmte ostpreußische Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau. Ein Hörerlebnis für jeden Ostpreußen.
(Laufzeit 77 Minuten)
Nr. A0098 CD 12,80 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ______ Name ______
Straße/Nr. ______ Telefon ______
PLZ/Ort ______
Datum ______ Unterschrift ______

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Der Betreiba und sein Doktox

Berlin – Soziologen der Berliner Humboldt-Universität haben einen Leitfaden für feministische Sprache veröffentlicht. Danach sollen alle „männlichen“ Endungen ersetzt werden. Statt „Betreiber“ soll es „Betreiba“ heißen, statt „Drucker“ nun „Drucka“. „Doktor“ oder „Doktorin“ soll künftig „Doktox“, Mehrzahl „Doktoxs“ heißen. Die Reform erinnert entfernt an Pidgin-Englisch, wo die Anrede „Dear ...“ (Lieber ...) „Dia ...“ geschrieben wird. *H.H.*

Muezzin-Ruf soll Pflicht werden

Berlin – Eine im Internet laufende Petition will erreichen, dass in ganz Deutschland ab dem 1. Januar kommenden Jahres fünfmal täglich der islamische Gebetsruf des Muezzin erschallt, „verpflichtend für alle Städte“, so der Text. Initiator ist der deutsche Konvertit Alexander Neß. Auch große Islam-Gruppen wie „Milli Görüs“ unterstützen die Initiative, die bereits Mitte April mehr als 10000 Unterzeichner fand und noch bis zum 26. Juni läuft. *H.H.*

ZUR PERSON

Das Phantom von Algier

Vor den Präsidentschaftswahlen in Algerien las man im Internet makabre Witze über **Abdelaziz Bouteflika**: „Wählt ihn – tot oder lebendig!“ Schließlich stand ein bereits Totgesagter zur Wahl. Vor einem Jahr, als er sich drei Monate lang wegen eines „leichten Schlaganfalls“ abgeschottet in einer Pariser Klinik behandeln ließ und man nichts über seinen Gesundheitszustand erfuhr, keimten bereits Gerüchte über den Tod des damals 76-Jährigen auf.

Doch Bouteflika kehrte auf die politische Bühne zurück, zwar schwach auf den Beinen und mit stammelnder Stimme, aber doch stark genug, um bei den Wahlen anzutreten. Als das „Phantom von Algier“ geisterte er allerdings hinter den Kulissen herum. Er absolvierte keinen einzigen Wahlkampfauftritt und ließ sich von Abdelmalek Sellal vertreten, der seinen Posten als Premier aufgab, um die Kampagne zu leiten. Über Bouteflika, der zur Stimm-Abgabe mit dem Rollstuhl ins Wahllokal gefahren wurde, sagte Sellal, der US-Präsident Franklin D. Roosevelt habe im Rollstuhl wichtige Verträge unterzeichnet.



Das überzeugte: Mit 81,5 Prozent der Stimmen erhielt Bouteflika ein „diktatorisches“ Ergebnis. Seitdem er in den 90er Jahren für Frieden in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land mit 150000 Toten gesorgt hat, gilt Bouteflika als Garant der Stabilität. Aber auch als Marionette von „Le Pouvoir“, „die Macht“, womit jene gesichts- und namenlose Clique aus Militär, Geheimdienst und Wirtschaftsbonzen bezeichnet wird, die ihn 1999 an die Staatsspitze verholfen hat. Mit Unterstützung der von algerischen Gaslieferungen abhängigen USA hält er den islamischen Einfluss fern, weshalb Algerien bislang vom „Arabischen Frühling“ verschont blieb. Das Volk dankt es ihm, auch wenn das Land wirtschaftlich auf der Stelle tritt. *tws*



Haus Abendfrieden?

Unverfälscht

Wieso sie an den Pirinçci nicht rankommen, warum Pussy Riot nicht vulgär ist, und wo alle plötzlich gegen Multikulti sind / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Nun wischen sie sich erst mal den Schweiß von der Stirn und ziehen Bilanz. Die fällt leider ziemlich durchwachsen aus: So richtig sind sie nicht rangekommen an den „Skandalautor“ Akif Pirinçci, der sie mit seinem Buch „Deutschland von Sinnen“ aus den Sesseln geschubst hat.

Irgendwie unerklärlich, denn eigentlich sind die politisch korrekten Medienmacher der Meinung, alles Erdenkliche gegen den Provokateur aufgefahren zu haben. Sie haben ihn sogar zum „Hitler“ gemacht oder ihm vorgeworfen, auf der geistigen Blutspur von Anders Breivik zu wandeln. So etwas hätte den Mann doch gesellschaftlich töten müssen! Haben die Mainstream-Medien etwa ihre Macht verloren?

Die ganz Schlauen machten sich ausschließlich über den vulgären Stil des neuesten deutschen Bestsellers her. Die Tour ist besonders geschickt, weil man nur vom hohen Olymp der guten Manieren herab näseln muss, um dabei zu sein. Der Geschmäckler muss sich weder mit den Inhalten eines Textes befassen noch mit dessen möglicher Berechtigung. Er beobachtet die brausende Schlacht aus sicherer Entfernung und stöhnt: „Mir ist egal, wer gewinnt. Hauptsache, der Krach hört auf, der beleidigt mein zartes Ohr.“

Die Inhalte interessieren die übrigen Kritiker aber auch kaum. Sie werden nur insofern gestreift, als man ein paar Schlagwörter herauspickt und sie geschickt zusammenstellt, um den rassistischen, minderheitenfeindlichen Charakter herauszukitzeln. Eine Methode, an die wir uns schon längst gewöhnt haben: Der Tugendwächter hört nicht mehr zu, er horcht die Leute ab in der geilen Erwartung, ein Wort, eine Formulierung aufzustöbern, die „an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte erinnert“, um dann zuzuschlagen.

Pirinçcis Verlagsleiter Andreas Lombard wundert sich zudem, dass die Kritiker nicht einmal auf den Auslöser des Buches eingegangen sind. Es war die Bluttat von Kirchweyhe 2013, wo ein Türke völlig grundlos einen jungen Deutschen totgetreten hat. Als Reaktion darauf berief der Bürgermeister den „Runden Tisch gegen Rechts“ ein, weil er in Trauer und Empörung über das Verbrechen nichts als „Rassismus“ entdecken wollte – die *PAZ* berichtete damals. Gegen „Rechts“? Weil ein Türke einen Deutschen erschlug? Da ist Akif Pirinçci der Kragen geplatzt, woraus das Buch „Deutschland von Sinnen“ entstand. Wie zu erwarten, wurde es ein Wut-Buch.

Der Autor ist etwas, was man in Deutschland nicht sein darf: Er hat sich, Zehnjährig nach Deutschland gelangt, zum glühenden deutschen Patrioten gemausert. Er ist also voll und ganz „assimiliert“, ein Ausländer, der mit Begeisterung Deutscher wurde.

> Der Autor ist etwas, was man auf keinen Fall sein sollte: Ein assimilierter deutscher Patriot

Für die Multikulti-Phalanx ist das furchtbar: Immigranten sollen sich nicht assimilieren, sie sollen gefälligst Nichtdeutsche bleiben. Das verhasste Deutschland soll doch langsam verschwinden, und außerdem lebt die gesamte Integrations- und Antirassismus-Industrie davon, dass Migranten Migranten bleiben, das ganze Leben lang und auch für die kommenden, längst hier geborenen Generationen.

So offen sagt man das natürlich nicht, sondern spricht von „Integration unter Beibehaltung ihrer kulturellen Wurzeln“. Für die Anti-Rassismus-Industrie ist das enorm wichtig mit den „Wurzeln“, denn das sichert ihre Erwerbsquelle.

Unbemerkt hat sie den Deutschen damit nämlich eine unentrinnbare Rassismus-Falle gestellt. Denn Rassismus ist es ja bekanntlich schon, wenn ein Deutscher öffentlich bemerkt, dass der Nicht- oder Halbdeutsche irgendwie anders ist als er, der „Nur-Deutsche“. Wenn wir nun dafür sorgen, dass die Zuwanderer ihre ausländischen Wurzeln hegen und pflegen, bleibt das Anderssein zentral für ihr Selbstverständnis. Wenn der Deutsche das aber öffentlich bemerkt, ist er automatisch ein Rassist, der sich dauernd entschuldigen muss und dennoch schuldig bleibt. Sehr praktisch: Wer sich schuldig fühlt, ist fügsam.

So fügen wir uns in eine wirklich witzige Abmachung: Jeder Zugewanderte hat das Recht, ja, ist sogar dazu aufgefordert, seine Besonderheit hervorzuheben, weil er ja noch die fremden Wurzeln besitzt, die er den „Nur-Deutschen“ voraus hat.

Stellen Sie sich aber mal vor, der „Nur-Deutsche“ kontert einfach, dass er dem Zugewanderten dafür auch etwas voraus habe, nämlich, dass er ein vollständiger Deutscher sei und der andere höchstens ein Teils-Teils-Germane. Jeder von Ihnen lebt lange genug in unserer deutschen Gegenwart, um sich vorstellen zu können, welche Lawine an Rassismus-Vorwürfen über diesen „Nur-Deutschen“ hereinbräche. Wir geben uns daher lieber fügsam und lassen das sein.

Pirinçci hängt diese Fügsamkeit und Verlogenheit zum Hals heraus, und er brüllt seine Wut ins erschrockene Land. Dabei tritt etwas zutage, was die Sache für seine politisch korrekten Gegner vollends zur Tortur macht: So deutsch-patriotisch er auch sein mag, Pirinçcis Philippika kommt im Tonfall des pöbelnden Türkenprolls unserer Brennpunkt-Stadtteile daher.

Dass allein ist nicht das Problem: Hätte der Autor auf diese Weise die Deutschen, die „Spießer“, die verkappten Nazis hinterm Jägerzaun angefahren, hätte man ihn nicht „vulgär“ genannt, sondern „authentisch“. Pirinçci würde nicht angegiftet ob seiner „Beleidigungen“ und der „Fäkalsprache“, sondern gelobt, weil er „die verlogene Bürgerlichkeit einer vermeintlich gepflegten Sprache herausgefordert“ habe – oder so ähnlich.

Glauben Sie nicht? Dieselben, die Pirinçci wie von Sinnen angreifen, bejubeln seit Monaten eine Bande namens Pussy Riot und räumen ihr eine (im Verhältnis zur wahren „Bedeutung“) geradezu atemberaubende Medienresonanz ein: halbnackte Frauen mit groben Parolen auf den bloßen Brüsten, schreiend, zeternd, gern auch handgreiflich. Die aber sind eben nicht vulgär, sondern „provokant“, nicht „umstritten“ (heißt: böse), sondern „kritisch“ (heißt: gut), weil sie irgendwie links sind und die Kirche hassen.

Ist es nicht erstaunlich, wie schnell sich die Geschmacksnerven umstellen können, wenn die Soße aus der richtigen Richtung spritzt?

Und was die Verlogenheit angeht – das hier werden Sie auch schon mal bemerkt haben: Dieselben, die alles „Nur-Deutsche“ nicht laut genug verhöhnen können, denen es nie „bunt“ und multikulti genug wird, sind ganz stolz, wenn sie ihren Urlaub „abseits der Touristenpfade“ gemacht haben. Warum? Wieder zu Hause, berichten sie mit leuchtenden Augen, wie sie dort das „ursprüngliche“, das „unverfälschte Bild“ des Landes gesehen hätten. Man könnte auch sagen: Sie sind ganz weg vor Entzücken, dass sie die „multikulti-freien“ Reservate entdeckt haben, die noch nicht von vagabundierenden Weltbürgern, von modernen Kurzzeit-Migranten überrollt wurden. Und natürlich haben sie sich in diesen wunderbar unversehrten Refugien auf Zehenspitzen bewegt. Schließlich muss man Verständnis dafür haben, dass die „Unverfälschten“ dort unter sich bleiben wollen.

Zurück in der Heimat drehen sie das alles komplett auf den Kopf. Was sie in anderen Ländern als „unverfälscht“ und „ursprünglich“ vergöttern, schlagen sie hier als „dumpf-deutsch“ in den braunen Bann. Deutsche, die unter sich bleiben wollen, mögen sie sich gar nicht erst vorstellen. Selbst der alte Mann, der bei einem Immigrantenanteil von 70 oder 80 Prozent in seiner Straße die ungeheuerliche Meinung flüstert, dass es „zu viele Ausländer“ in seiner Gegend geben könnte, ist ja schon „Nazi“ genug.

Doch dann kommt dieser Deutsch-Türke Pirinçci und verkündet vor laufender „Mittagsmagazin“-Kamera: „Ich will mein altes Deutschland wiederhaben! Und ich bekomme es auch zurück.“ Diese Drohung hat eingeschlagen.

MEINUNGEN

__Wolfram Weimer__ rechnet im Internetportal des Senders ntv (15. April) mit der __Inkompetenz__ der EU-Außenbeauftragten __Catherine Ashton__ ab, die in der Ukraine-Krise für jedermann offensichtlich geworden sei:

„Ashton hat die Entwicklung zunächst falsch eingeschätzt, dann ungeschickt verhandelt, unklar und plump kommuniziert, schließlich Kompromisslinien nicht erkannt und am Ende bloß noch uralte Feindbilder geschürt. Die Krise hätte über einen diplomatischen Deal mit Moskau längst beigelegt sein können. Doch Ashton verstolpert seit Monaten jede Option. Am Ende misstrauen ihr die Russen, die Ukrainer und die Amerikaner gleichermaßen.“

Der Arzt und Publizist __Adorján F. Kovács__ knöpft sich im Portal „Freie Welt“ (11. April) die wütenden __Kritiker__ des neuen Buches von __Akif Pirinçci__, „Deutschland von Sinnen“, vor:

„Ihr verweigert, wie immer, die echte Diskussion, weil Ihr das Recht und die Zukunft gepachtet zu haben glaubt. Wo Ihr seid, ist angeblich Moderne und Liberalität. Doch das stimmt nicht. Ihr seid durchschaut. Und man sieht an Euren entsetzten Reaktionen, das Ihr das gemerkt habt. Ihr seid getroffen. Eine erste Erschütterung, ein leiser Zweifel rührt Euch an. Veränderung braucht Zeit. Noch habt Ihr nicht umgedacht. Aber der Wind dreht sich.“

__Thomas Böhm__, Betreiber des Netz-Portals „journalistenwatch.com“, nimmt sich im Magazin „Eigentümlich frei“ (online, 15. April) ebenfalls der Reaktionen auf __„Deutschland von Sinnen“__ an:

„Akif Pirinçci hat das geschafft, was vielen Autoren vorher nicht gelungen ist. Er hat mit ‚Deutschland von Sinnen‘ die Mainstream-Journalisten aus der Reserve gelockt und sie gleichzeitig als das bloßgestellt, was sie sind: Handlanger und Profiteure eines fett gefressenen Systems, die das wieder ausspucken, was ihnen von der Politik in den Hals gestopft oder auf den Redaktionstisch gelegt wurde.“

__Axel Schrinner__ kritisiert im „Handelsblatt“ vom 16. April die __kurzsichtige Politik der Großen Koalition__:

„Derzeit mag die Euphorie über die starke deutsche Wirtschaft manche ökonomische Fehlentwicklung übertünchen. Doch schon einmal, zum Ende des Wiedervereinigungsbooms, schien die deutsche Wirtschaft ... unverwundbar. Was schließlich folgte war Stagnation, Massenarbeitslosigkeit – und Wahlschlappen für die Regierungen. Kurzfristig mag man wider ökonomische Vernunft regieren können. Langfristig führt kein Weg an der Realität vorbei.“

__David Signier__ kommentierte am 18. April die __Wahl in Algerien__ in der „Neuen Zürcher Zeitung“:

„Die Algerier sind immer noch traumatisiert vom Bürgerkrieg, der hinter ihnen liegt, und eingeschüchtert vom Chaos in den umliegenden Ländern, das sie für den Fall eines abrupten Wechsels vor ihrer eigenen Zukunft warnt. Algerien, aber auch die ganze Region, muss in einem desolaten Zustand sein, wenn sich seine Bewohner an einen stummen Greis im Rollstuhl klammern, weil sich offenbar kein anderer unter den 38 Millionen Algeriern findet, der den Menschen nicht Angst vor Veränderung, sondern vielmehr Hoffnung auf einen Neubeginn vermitteln könnte.“